

Soziale Arbeit

März 2005

54. Jahrgang

Gabriele Gerngroß-Haas ist Dipl.-Soziologin. Sie arbeitet als selbstständige Planerin, Forscherin und Beraterin für den Sozialbereich. Anschrift: Heusteigstr. 94, 70180 Stuttgart
E-Mail: Gabriele.Gerngross@t-online.de

Professor Dr. Oldrich Chytil hat eine Professur für Theorie und Methoden der Sozialarbeit und leitet das Institut für Sozialarbeit an der Medical-Social Faculty, University of Ostrava, Fr. Srámka 3, 70900 Ostrava – Mariánské Hory, Tschechien
E-Mail: oldrich.chytil@osu.cz

Christian Spatscheck ist Dipl.-Pädagoge und Dipl.-Sozialarbeiter und arbeitet beim Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. in Berlin. Privatanschrift: Eldenaer Str. 18, 10247 Berlin
E-Mail: christian.spatscheck@gmx.net

Claudia Degenhardt ist Dipl.-Sozialpädagogin und -Sozialarbeiterin mit einer Zusatzausbildung zur DGO-Qualitätsbeauftragten und internen Auditorin. Privatanschrift: Herrenmühlstr. 18, 97980 Bad Mergentheim, E-Mail: cmdegenhardt@web.de

Frauenwohnprojekte 82
Anders leben als gewohnt
Gabriele Gerngroß-Haas, Stuttgart

DZI-Kolumne 83

Internationalisierung der Ausbildung für Sozialarbeit in Tschechien 89
Oldrich Chytil, Ostrava

Soziale Arbeit im neoliberalen Kontext 94
Perspektiven für eine professionelle Modernisierung
Christian Spatscheck, Berlin

Qualitätsmanagement in Kindertageseinrichtungen 104
Claudia Degenhardt, Bad Mergentheim

Rundschau Allgemeines 111
Soziales 111
Gesundheit 112
Jugend und Familie 113
Ausbildung und Beruf 114

Tagungskalender 114

Bibliographie Zeitschriften 115

Verlagsbesprechungen 118

Impressum 120



Eigenverlag
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Frauenwohnprojekte

Anders leben als gewohnt

Gabriele Gerngroß-Haas

Zusammenfassung

Immer mehr Frauen wollen nicht allein, sondern in Gemeinschaft mit anderen Frauen leben. Sie machen sich auf den Weg, suchen nach anderen Interessierten und entwickeln in einem mitunter längeren Prozess eine gemeinschaftliche Wohnform. Die Fachszene hat hierfür den Begriff „selbstorganisierte Frauenwohnprojekte“ geprägt. Der Artikel geht auf die Hintergründe dieses aktuellen gesellschaftlichen Phänomens ein, gibt einen Einblick in die Vielfalt der Projekte, skizziert die Motive der beteiligten Frauen, schildert auf der Basis von Intensivinterviews mit Bewohnerinnen Chancen und Probleme einer solchen Wohnform und beschreibt einige notwendige Schritte auf dem Weg zum Projekt. Abschließend wird die Rolle der Professionellen, insbesondere die der Sozialen Arbeit, bei selbstorganisierten Frauenwohnprojekten beleuchtet.

Abstract

More and more women wish – instead of living alone – to live together with other women. They look for those who are equally interested and create in a sometimes longer process a common way of living. Among experts this is called „selbstorganisierte Frauenwohnprojekte“ (self-organized residential projects for women). The article reflects the background of this current social phenomenon, shows the variety of the existing projects, outlines the motivation of these women on the basis of interviews with inhabitants. It further describes chances and problems of such a way of living and gives an account of some necessary steps on the way to realize such project. Finally the role of the professionals, particularly professionals of social work, is illustrated with regard to self-organized projects by women.

Schlüsselwörter

Frau - Wohnverhältnisse - Lebensqualität - Projekt - Selbsthilfe - Motivation - Soziale Arbeit

Das Phänomen und seine Hintergründe

Selbstorganisierte, gemeinschaftliche, teilweise auch Generationen übergreifende Wohnprojekte sind momentan recht aktuell. In den populären sowie in den Fachmedien wird immer wieder davon berichtet, im Kreise interessierter Menschen immer wieder darüber diskutiert. Eine Reihe von Projekten ist seit kurzem bezogen, einige entstehen und andere sind gerade angedacht. Diese Wohnprojekte betonen einerseits

die Selbstbestimmung und Selbstgestaltung der Beteiligten sowie andererseits die ganz bewusste Gemeinschaftsorientierung. Besonders interessant ist, dass in diesem Rahmen viele frauenspezifische Projekte entstehen, Wohnprojekte, die von Frauen gemeinsam mit anderen Frauen und (ausschließlich) für Frauen entwickelt werden.

Diesem Trend mögen verschiedene Ursachen zu Grunde liegen: Spätestens ab der Lebensmitte sind Frauen damit konfrontiert, dass sie wahrscheinlich, selbst wenn sie momentan (noch) in einer Partnerschaft leben, im Alter allein leben werden. Dies liegt an der höheren Lebenserwartung der Frauen und an der Tatsache, dass sie oftmals ältere Partner wählen. Eine Reihe von Frauen hat bereits in den mittleren Jahren Erfahrungen gemacht, die sie dazu führen, die vor ihnen liegenden Jahre bewusst ohne männliche Partner beziehungsweise frauenbezogen gestalten zu wollen. Einige Frauen haben sich in ihrem bisherigen Leben nicht an Männer gebunden und wollen dies auch in den kommenden Jahren nicht tun.

Hinzu kommt, dass Frauen offenbar interessierter und fähiger sind, sich auf alternative Wohnformen bewusst einzulassen und sie als eine ganz besondere Herausforderung in der Lebensgestaltung der vor ihnen liegenden Jahre zu sehen. Für diese Annahme spricht, dass manche Wohnprojekte, die zunächst offen für Frauen und Männer geplant waren, nun von Frauen bewohnt werden, da sich Männer nicht zum Einzug entschließen konnten.

Als Probleme, die durch die neuen Frauenwohnprojekte überwunden werden sollen, werden in den Projektkonzeptionen unter anderem genannt: zunehmende Vereinzelung, Isolierung und Vereinsamung allein stehender Frauen, Einsamkeit im Alter; die Lebensform der Kernfamilie (Eltern mit Kindern) wird aus verschiedenen Gründen abgelehnt, häufig trägt sie auch nicht mehr durch ein ganzes Leben. Weitere Problempunkte sind: fehlende Hilfsbereitschaft und mangelnde Kontakte in der Nachbarschaft, Schwierigkeit beim allein Leben, Hilfe im Krankheitsfall zu organisieren, notwendige Unterstützung allein erziehender Mütter, die nur schwer eine bezahlbare Wohnung finden. Andererseits haben Frauen im Ruhestand einen großen Schatz an Kompetenzen und Erfahrungswissen, der meist nicht mehr genutzt wird.

Demzufolge streben die Frauenwohnprojekte an: Wahlverwandtschaft als neuen Typus von Sozialbindung, soziale Verantwortung für die Mitbewohnerinnen und Beziehungsgeflechte gegenseitiger Unterstützung, Solidarität und Verbindlichkeit, Autonomie

und Selbstorganisation, Vermischung der Lebensbereiche Arbeiten-Wohnen-Freizeit, ein neues positives Rollenverständnis älterer Frauen. Sie können damit als Wegbereitende einer neuen Frauenkultur angesehen werden. Oft wird in den Konzeptionen auf das Vorbild der mittelalterlichen Beginen Bezug genommen. Die Beginen des Mittelalters waren spirituell unabhängige und wirtschaftlich selbstständige Frauen, die gemeinschaftlich in Beginenhäusern oder -höfen lebten und in unterschiedlichen Berufen tätig waren.

Das Spektrum der Projekte

Die Formen gemeinschaftlicher Frauenwohnprojekte sind recht unterschiedlich. Es gibt diejenigen, die von Frauen gemeinsam mit anderen Frauen, für sie selbst und andere initiiert, geplant, entwickelt und umgesetzt wurden, also selbstinitiierte oder selbstorganisierte Projekte. Daneben gibt es Modelle, die von „Profis der Sozialszene“, Trägern oder Institutionen für Frauen in besonderen Lebenslagen oder mit besonderem Hilfebedarf entwickelt wurden, zum Beispiel für wohnungslose Frauen, Frauen mit Gewalterfahrung, für Migrantinnen, Aussiedlerinnen, behinderte, hilfe- oder pflegebedürftige Frauen (Beispiel: Atrium-Haus in Espelkamp). Weitere dieser fremdinitiierten Projekte haben ihren Ursprung bei den „Profis der Architekturszene“. Im Rahmen von Architekturwettbewerben oder Bauausstellungen werden beispielsweise Projekte frauengerechter Stadt- und Wohnungsbauplanung entwickelt. Auch diese, für Frauen geplant und umgesetzt, werden als Frauenwohnprojekte bezeichnet. Ich möchte mich jedoch auf die selbstinitiierten, selbstorganisierten, gemeinschaftlichen Frauenwohnprojekte konzentrieren, die ich als Frauenwohnprojekte im eigentlichen Sinne verstehe.

Hierbei gibt es Einrichtungen, in denen die Bewohnerinnen zwar ihr eigenes Zimmer haben, aber eine gemeinsame Küche und ein gemeinsames Bad miteinander teilen (Wohngemeinschaften). Und es gibt die nach meiner Einschätzung weitaus häufigere Form, in der die einzelnen Bewohnerinnen ihre abgeschlossene Wohnung haben, aber in einem Haus zusammenleben, also eine Hausgemeinschaft gegründet haben. Es ist sicher nicht möglich, eine Typologie der Frauenwohnprojekte aufzustellen, da sie alle sehr unterschiedlich und einzigartig sind. Voneinander unterscheiden lassen sich aber:

▲ Hausgemeinschaften älterer Frauen, wie zum Beispiel das Wohnprojekt „Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter“ in München-Pasing; hier leben seit Februar 1997 acht Frauen im Alter von derzeit 65 bis 82 Jahren;

DDI-Kolumne Schattenkinder

Hundertfünzigtausend – Diese Zahl lässt einen so schnell nicht los. Nein, nicht die mehr als 150.000 Toten der Tsunami-Katastrophe in Südostasien sind gemeint. Jeffrey Sachs, der Leiter des Millennium-Programms der Vereinten Nationen, wies vor wenigen Wochen darauf hin, dass in Afrika monatlich 150.000 Kinder an Malaria sterben. Von diesen toten Kindern gehen keine spektakulären, aufrüttelnden Bilder über die Bildschirme und folglich gibt es keine vergleichbare Spendenbereitschaft. Das ist für uns in den wohlhabenden Länder umso beschämender, als es für Malaria einen wirksamen Schutz und Behandlungsmöglichkeiten gibt. Die UNO-Fachleute sagen, dass ein Erfolg über Malaria nur zwei bis drei Dollar je Einwohner der reicheren Staaten kosten würde.

Über 516 Millionen Euro haben allein die Deutschen für die Opfer der Naturkatastrophe in Asien gespendet; das sind durchschnittlich 6,30 Euro je Einwohner. Andere Länder waren sogar noch großzügiger: Die Schweizer gaben jeweils 23 Euro, die Norweger 15,90 Euro und die Niederländer 10,70 Euro. Diese Welle der Hilfsbereitschaft wurde mit Recht viel gelobt. Erstaunt registrierten zahlreiche Kommentatoren, zu welchen finanziellen Zusatzleistungen die Deutschen in der Lage sind, obwohl es ihnen wirtschaftlich doch angeblich so schlecht geht.

Die – sichtbar gemachte – Not der Tsunami-Opfer hat uns Wohlhabenden die Sicht auf die eigene Lage zurechtgerückt, zumindest zeitweise. Was wäre erst, wenn die täglich zu Tausenden an Malaria sterbenden Kinder mit ähnlicher Bildermacht in unsere Wohnzimmer drängen würden – und sie stehen nur stellvertretend für die vielen anderen im Schatten der internationalen Aufmerksamkeit Leidenden. Bilder bauen Brücken des Mitgefühls. Wo Bilder fehlen, fehlt das Mitgefühl. Das darf nicht unser letztes Wort bleiben.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

- ▲ Generationen übergreifende Projekte, in denen ältere Frauen und allein erziehende Mütter mit ihren Kindern leben (Beispiel: Frauenwohnprojekt des Vereins Offensives Altern in Berlin-Neukölln; hier leben seit Mai 1999 26 Frauen im Alter von derzeit 30 bis 77 Jahren mit 15 Kindern bis zu 18 Jahren);
- ▲ Beginenhöfe, in denen Wohnen und Arbeiten miteinander verbunden werden sollen (Beispiel: Beginenhof Lieselotte in Tännich/Thüringen, der seit 1999 von gegenwärtig dreizehn Frauen im Alter von 28 bis 65 Jahren bewohnt und betrieben wird).

Die Projekte unterscheiden sich häufig hinsichtlich der Anzahl der Bewohnerinnen. Das Wohnprojekt der Sappho Frauenwohnstift in Wüstenbirkach (Unterfranken/Bayern) besteht seit 1986. Hier wohnen gegenwärtig fünf Frauen im Alter von derzeit 53 bis 72 Jahren. Im Bremer Beginenhof-Modell, einem Wohn- und Wirtschaftprojekt für Frauen, leben seit Mai 2001 70 Frauen und 28 Kinder. Frauenwohnprojekte unterscheiden sich weiter im Hinblick auf die „Zielgruppe“ der Bewohnerinnen. Bei selbst initiierten Projekten sind dies ältere Frauen, die bereits im Ruhestand sind, jüngere oder Frauen mittleren Alters, häufig noch berufstätig, allein erziehende Frauen mit Kindern oder lesbische Frauen. Einige Projekte werden Generationen übergreifend, einige altershomogen bewohnt.

Äußerst verschieden sind auch die finanziell-rechtlichen Konstruktionen. Die Bewohnerinnen können Mieterinnen sein, zum Teil von (öffentlich bezuschussten) Sozialwohnungen, zum Teil als Mitglied einer Genossenschaft, oder Eigentümerinnen, teilweise Stifterinnen. So verfolgt die Beginenstiftung Tübingen das „Stiftungsmodell“. Sie wurde im Oktober 2003 von einer Initiatorin mit mehreren Zustifterinnen und Spenderinnen gegründet. Als Stiftungszweck ist hier unter anderem der Bau eines Beginenhauses für gemeinschaftliches Wohnen von Singlefrauen und allein Erziehenden jeden Alters vorgesehen.

Motive der beteiligten Frauen

Im Rahmen einer qualitativen Studie besuchte ich verschiedene Projekte und führte Intensivinterviews (mit Tonbandaufzeichnung) mit ihren Bewohnerinnen. Um die Sichtweise und Gründe der beteiligten Frauen zu verdeutlichen, sollen einige Passagen aus diesen Gesprächen zitiert werden: Zunächst eine Bewohnerin des Wohnprojekts der Wabe im Generationenhaus Stuttgart Heslach, in dem seit August 2001 fünf Frauen im Alter von derzeit 31 bis 70 Jahren leben: „Ich bin ledig geblieben, und als ich auf die 60 zugeing, merkte ich, ich hatte für mich überhaupt keine Perspektive nach der Berufstätigkeit entwi-

ckelt. Dann hab ich mich umgehört, was gibt's für Möglichkeiten. Und da war's mir vollkommen klar, irgendwo alleine zu wohnen und anonym anzufangen, das will ich nicht. Ich möchte mit anderen Menschen zusammen leben, dass man sich gegenseitig unterstützt, sich gegenseitig hilft, aber jeder hat seine eigenen vier Wände. Und mir war vor allem auch sehr wichtig, dass ich früh genug in so ein Wohnprojekt ziehe, um die Chance zu haben, mit anderen zusammen älter zu werden. Denn jedes Jahr, das man zusammen gelebt hat, verbindet.“

Zwei weitere Stimmen, die den Wunsch nach einer Perspektive fürs Alter nach dem Motto „nicht allein und nicht ins Heim“ (Osterland 2000) betonen: „Die Idee kam von meiner Lebenssituation her: nämlich, dass ich allein lebend bin, dass ich das unheimlich gerne tue, dass ich mich nicht langweile, dass ich nicht einsam bin, bin ich alles nicht. Und dennoch weiß ich, ich kann das im Alter nicht fortsetzen. Und ich weiß ja auch, dass das Leben in so einem Projekt schön ist, einfach von den Projekten her, die ich kenne.“ „Da hatten wir gesagt, nein, also das wollen wir mal nicht, in einem Altersheim an den Stadtrand geschoben werden, und also nur unter alten Menschen leben, das wollen wir nicht. Und dann kam so allmählich der Gedanke mit dem Generationen übergreifenden. Hoffnungen waren die, dass ich mit gleich Gesinnten mal zusammen alt werden kann und eben auch mit Jüngeren, mit Lebendigem um mich herum.“

Um gegenseitige Hilfe und Unterstützung ging es auch bei einer allein erziehenden Mutter. Sie schloss sich einer Gruppe an, die ein Frauenwohnprojekt für Ältere und allein Erziehende vorbereitete: „Wir sind dann zu einer Versammlung gekommen, wo das Konzept noch mal erklärt wurde, dieses Generations-übergreifende, was ja hier der Schwerpunkt ist. Und dann war für mich ganz klar, man muss auch mal ein bisschen aus seiner eigenen Problematik raus, nur allein Erziehende, da kann man sich ganz schnell verrennen. Es ging darum, in der Großstadt fehlende Familienstrukturen zu ersetzen. Und das war so'n Satz, der mich bewogen hat, zu sagen, ja, das kann ich mir gut vorstellen. Das ist das geniale Konzept und Projekt.“ Einige Frauen sehen ihr in der Tradition der Beginen stehendes Projekt nicht nur als Wohn-, sondern als politisches Projekt: „Die einen wollen eben nur wohnen und machen dann noch so ein bisschen was zusammen, während wir ja ein ziemlich ehrgeiziges Projekt sind. Bei uns ist der Schwerpunkt Wohnen und Arbeiten. Für uns ist der Punkt, dass wir Arbeitsplätze schaffen, dass wir selbstständig und unabhängig sind und unser Le-

ben selbst gestalten können ... Also ich wollte anders leben, als es diese Welt mir geboten hat, mit hoch interessierten, selbstständigen, selbstbewussten Frauen zusammen."

Aus der breiten Palette der von mir erhobenen Motive, Erwartungen und Hoffnungen der befragten Frauen lässt sich herauskristallisieren, was diese neue Wohnform letztlich ausmacht, was sie von dem bisher üblichen unterscheidet und was das Besondere und Neue an ihr ist. Die Frauen wollen:

- ▲ nicht allein und anonym im Mietshaus wohnen;
- ▲ kein speziell für ältere Menschen Betreutes Wohnen oder ein Heim;
- ▲ nicht mit ihren erwachsenen Kindern zusammen wohnen;
- ▲ mehr als die übliche nachbarschaftliche Beziehung;
- ▲ keine Wohngemeinschaft und nicht zu dicht aufeinander hocken;
- ▲ sich in die eigene Wohnung zurückziehen können, bei sich sein und Distanz haben können;
- ▲ ein eigenes Leben führen und doch nicht allein sein (*Eigenständigkeit in Geborgenheit*);
- ▲ in Gemeinschaft wohnen, mit anderen Menschen zusammen leben, Nähe und Möglichkeit der Ansprache haben;
- ▲ eine gemeinsame, verbindende Idee;
- ▲ gegenseitige Hilfe und Unterstützung, wenn sie notwendig werden;
- ▲ gemeinsame Unternehmungen, wenn gewünscht;
- ▲ eventuell gemeinsames Wohnen und Arbeiten;
- ▲ in einigen Projekten Besitz und Vermögen in Frauenhänden erhalten und
- ▲ selbstverantwortlich diese Wohn- und Lebensform mitgestalten.

Die Projekte aus der Innenansicht

„Gemeinschaft“ ist ein zentraler Punkt der Frauenwohnprojekte. In den Konzeptionen und Zielvorstellungen des Zusammenlebens tauchen immer wieder Formulierungen auf wie: Gemeinschaft bilden, Gemeinschaft, Kommunikation und Miteinander ermöglichen, gemeinsam wohnen und leben, gemeinschaftliches Wohnen in einer solidarischen Hausgemeinschaft, Gemeinschaft der gegenseitigen Hilfeleistung in allen Lebenslagen.

Aus meinen Interviews lässt sich schließen, dass der Begriff „Gemeinschaft“ sehr weit gefächert ist und der persönlichen Interpretation breiten Spielraum lässt. Wird hier im Prozess der Gruppenbildung und Projektentwicklung nicht ausreichend geklärt und ausgehandelt, was jede einzelne Frau darunter versteht, welche Wünsche und Erwartungen sie diesbezüglich an das Projekt hat, und ob diese Wünsche

mit denen der anderen Frauen und mit dem Konzept zusammenpassen, sind spätere Enttäuschungen und Schwierigkeiten in der Praxis vorprogrammiert.

Eine Reihe der Frauen verbindet mit Gemeinschaft offenbar zunächst Geselligkeit, Unternehmungen, Zusammensein, (kleine und große) Feste feiern, gemeinsame Spiele, sportliche oder kulturelle Aktivitäten. Wenngleich gemeinschaftliche Unternehmungen in den Projekten gepflegt und positiv erlebt werden, sind die Vorstellungen bezüglich des erwünschten Ausmaßes dieser Art von Gemeinschaft bei den beteiligten Frauen in der Praxis recht unterschiedlich und führen immer wieder auch zu enttäuschten Erwartungen. Gemeinschaft ist noch mehr als Geselligkeit: Weitaus ähnlicher sind die Erwartungen und die Zufriedenheit offenbar im Hinblick auf die konkret zu leistende Hilfe und Unterstützung, wenn sie nötig werden. Hier geht es um das Erbringen kleiner Gefälligkeiten, wie der Nachbarin etwas vom Einkaufen mitzubringen, oder darum, dass man sich um die kranke Mitbewohnerin kümmert oder kurzfristig jemand zur Kinderbetreuung finden kann.

„Die persönliche Hilfe, das finde ich etwas sehr Positives“ ist deshalb eine charakteristische Aussage von Bewohnerinnen der von mir besuchten Frauenwohnprojekte. „Einfach das Wissen, dass Hilfe da ist, wenn ich sie brauche“ – dies wird als besonderes Positivum der Projekte erlebt und trägt zu einem Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit bei.

Auf der einen Seite gibt es viele positive Dinge, große und kleine, alltägliche und nicht alltägliche, wie gemeinsame Feste und Unternehmungen, wie konkrete Hilfe bei Bedarf, wie Begleitung im Krankheitsfall und auch beim Sterben. Und zum Beispiel aus der Perspektive einer älteren Bewohnerin in einem Generationen übergreifenden Projekt auch die Freude über „die Kinder, die man heranwachsen sieht. Die drei, die hier geboren sind, die sind jetzt schon so selbstständig. Also das ist unwahrscheinlich schön, das möchte ich nicht missen.“

Auch das Bedürfnis nach Rückzug und Distanz ist in den Projekten gut lebbar und wird von den Frauen positiv hervorgehoben: „Also ich liebe die Gemeinschaft, aber ich mach wahnsinnig gerne auch mal die Türe zu“ ist wieder so eine charakteristische Aussage. Im Gegensatz zu den wohl eher unterschiedlichen Bedürfnissen der beteiligten Frauen nach Kontakt, nach gemeinsamen Unternehmungen, nach Nähe und Gemeinschaftlichkeit innerhalb der Wohnprojekte scheint das Bedürfnis nach Rückzug und Distanz in den Projekten unter der Rahmenbedingung der eigenen Wohnung und der „abschließba-

ren Tür“ gut lebbar zu sein. Es hatte auch bei den Erwartungen der Frauen vor dem Einzug und somit in der Planung oftmals eine wichtige Rolle gespielt.

Die geschilderten Faktoren hatten sich die Frauen von dem Einzug in das Wohnprojekt erhofft, und es gehört zu den eindeutigen Pluspunkten, dass sie sich im Projekt verwirklichen können. Aber es gibt doch auch immer wieder Reibereien und Meinungsverschiedenheiten, Konflikte und „Kleinigkeiten im Alltag“, die „kleinen Unebenheiten“, die, können sie nicht adäquat bearbeitet werden, das Zusammenleben schwierig machen. Hier haben die Frauen als Teil einer Gruppe einen manchmal mühsamen, aber notwendigen Weg der Aushandlung und des sozialen Lernens vor sich. Dass dies nicht gegen die Projekte spricht, sondern einfach dazu gehört – diese Meinung wurde von allen meinen Gesprächspartnerinnen geteilt. Mit den Worten einer Bewohnerin: *„Ich meine, andere Berufe oder Ausbildungen müssen auch erlernt werden und das Zusammenleben auch. Mit eigenwilligen, selbstbestimmten Frauen zusammen zu leben, das ist manchmal nicht so einfach. Da müssen wir lernen, trotz aller Unterschiede miteinander auszukommen.“*

Zusammenleben und -arbeiten ist generell nicht so einfach, wie man in den unterschiedlichsten „traditionellen“ Konstellationen beobachten kann, zum Beispiel am Arbeitsplatz oder in der Familie. Zudem sind die Bewohnerinnen der Frauenwohnprojekte oft besonders selbstständige, selbstbewusste, eigenwillige Frauen. Wie eine andere Projektfrau dies formuliert: *„Was mir eben auch sehr gut gefällt, ist, dass hier Frauen sind, die schon sehr viel gelebt und erlebt haben und darum einen ziemlich selbstbewussten Stand dessen haben, was sie möchten und was sie nicht möchten. Das gefällt mir schon mal.“*

Das ist die eine Seite der Medaille. Und die andere ist: Wenn bei aller Unterschiedlichkeit der beteiligten Frauen das Zusammenleben auf Anhieb ohne Konflikte klappen würde, dann wäre dies eher die überraschende Ausnahme. Konkrete Konfliktpunkte sind zum Beispiel in einem Generationen übergreifenden Projekt die unterschiedlichen Vorstellungen bezüglich Sauberkeit, Ordnung, Einrichtung, Ästhetik, Kindererziehung und Lärm zwischen den älteren und den jüngeren, allein erziehenden Frauen. Aber auch ohne Generationenunterschiede innerhalb eines Projekts gibt es immer wieder Ursachen für Konflikte, wie sonst im menschlichen Zusammenleben auch. Diese reichen von kleinen Meinungsverschiedenheiten, wie oder wann eine bestimmte Gartenarbeit zu erledigen ist, bis hin zu großen Gefühlstur-

bulenzen und „Eifersuchtsgeschichten“, und dies nicht nur bei lesbischen Frauen.

Wird der Weg der Aufarbeitung von Reibereien und Konflikten nur zögerlich oder gar nicht beschritten, dann kann es zu der Situation kommen, dass (zumindest zunächst) die Gemeinsamkeiten und gemeinschaftlichen Unternehmungen immer mehr verschwinden und einige der Bewohnerinnen enttäuscht auf ihren Erwartungen sitzen bleiben.

Die Gruppe als Wohnverbund ganz unterschiedlicher Frauen muss sich konstituieren und entwickeln, ihre Form finden. Dazu gehören individuelle Lernprozesse, aber auch Regeln und Absprachen. Unterstützung bei diesem Prozess der individuellen und der Gruppenentwicklung kann hilfreich, manchmal notwendig sein – so haben dies viele meiner Gesprächspartnerinnen gesehen: *„Wir bräuchten wirklich ‘ne begleitende Supervision, ‘ne regelmäßige. Wir machen dann immer mal Supervision, manchmal ein Wochenende. Das ist dann auch toll, da gibt’s tolle Gespräche. Und dann stehen alle auf und sagen, boh, war das toll, aber es wird dann nichts umgesetzt, weil es nicht weiter geht.“ „Ich würde sagen, dass grundsätzlich so’n Projekt nicht laufen kann ohne Supervision oder Mediation. Ich weiß das auch von anderen Projekten, die auch an diesen Punkt gekommen sind. Wir treffen uns ja alle zwei Monate mit dem Dachverband ‚Forum für gemeinschaftliches Wohnen‘, und da tauschen wir ja auch Erfahrungen aus. Und da ist eigentlich die einheitliche Meinung, Supervision muss begleitend sein oder Mediation, also irgend ‘ne Begleitung.“*

Wege zum Projekt

Ganz am Anfang des Projekts stehen einzelne Frauen und ihr Wunsch, anders als gewohnt in Gemeinschaft mit anderen Frauen zu wohnen (und zu arbeiten). Unterschiedliche Wege können von der einzelnen Frau zur Gruppe, die gemeinsam das Projekt vorbereitet und realisiert, führen. Einige der Frauen ergreifen (ganz allein) die Initiative und suchen Mitstreiterinnen für eine neue Wohn- und Lebensform, eventuell über eine Annonce oder Berichte in der Tagespresse (Beispiel: Beginenstiftung Tübingen). Häufig ist es auch so, dass sich Interessentinnen bei einer Veranstaltung, zum Beispiel im Rahmen von Bildungsangeboten (für ältere Menschen) oder bei einer Initiative im Frauenzentrum, kennen lernen und im Anschluss eine Gruppe gründen, die die Idee zum Projekt weiterentwickelt und gemeinsam an der Umsetzung arbeitet (Beispiele: Wohnprojekt Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter in München-Pasing oder Frauenwohnprojekt des Vereins Offensives

Altern in Berlin-Neukölln). Eine weitere Möglichkeit ist, sich einem bereits bestehenden Verein zur Verwirklichung alternativer Wohnformen oder einem in Entwicklung befindlichen (oder bereits fertigen) Projekt anzuschließen (Beispiel: Wohnprojekt der Wabe im Generationenhaus Stuttgart-Heslach).

Es gibt große Unterschiede, wie lange die Vorbereitungszeit von der ersten Idee bis zum Einzug dauern kann. Beim Projekt in München-Pasing vergingen rund elf bis zwölf Jahre vom ersten Kennenlernen der Frauen bis zum Einzug in das neue Gebäude. In einer Bestandsaufnahme aktueller Frauenwohnprojekte in Deutschland werden als Umsetzungszeiträume bei Neubau vier bis sechs Jahre genannt (Rebe 2002). Sich gut kennen lernen, die gegenseitigen Erwartungen insbesondere auch bezüglich der Gemeinschaft und der Gemeinschaftlichkeit besprechen und klären, gemeinsame Ziele entwickeln, am Konzept des Projekts arbeiten und dies möglichst früh auch schriftlich festhalten, dies sind Aufgaben, die sich in der Vorbereitungsphase stellen.

Die Erfahrungen der Frauen aus der Vorbereitungsphase lassen sich dahin gehend interpretieren: Es ist wichtig und hilfreich, sich vor Projektbeginn so gut wie möglich kennen zu lernen. Aber dies ist keine Garantie, dass die Gruppe in dieser Konstellation zusammenbleibt, und dass das Projekt auf der gemeinsam erarbeiteten Basis gut funktioniert. Die Frauen müssen sich darauf einstellen, dass einige Mitbewohnerinnen den Prozess des Kennenlernens, aus welchen Gründen auch immer, nicht mitmachen können. Es wird Wechsel in der Gruppe geben, und neue Frauen werden hinzu kommen. Deshalb sind die Fähigkeiten gefragt, offen für Neues zu sein, tolerant miteinander umzugehen, kompromissbereit zu sein. Mit den Worten einer Bewohnerin: *„Toleranz, Offenheit und Vertrauen. Das müsste eigentlich über jedem Projekt stehen. Und das Wichtigste ist eben Toleranz, denn wir sind alle unterschiedlich, und da müssen wir uns respektieren, wie wir sind.“*

Weitere Erfahrungen sind, dass die Gründung eines Vereins wichtig und hilfreich sein kann, damit die Frauen ihre Interessen und die des Projekts im Ent stehen deutlich nach außen hin vertreten und so auch Ernsthaftigkeit und Verlässlichkeit vermitteln können. Hinter vielen Projekten steht ein gemeinnütziger Verein oder ein Förderverein. Weiter ist es wichtig, die Rechts- und Trägerform (wie Stiftung, Genossenschaft, Baugemeinschaft) vorher zu klären und abzusichern. Unabhängig von der Rechts- und Trägerform ist eine Vielzahl weiterer Dinge während des Planungsprozesses zu bedenken und zu entschei-

den: es muss ein Grundstück gefunden – oft eine besonders schwierige Aufgabe – und entschieden werden, ob sich dieses für das Projekt eignet; häufig sind Behörden oder kommunalpolitische Gremien dafür zu gewinnen, dass die Gruppe den Zuschlag für das Grundstück bekommt; es müssen Informationen über Fördermittel, über die Modalitäten der Antragstellung eingeholt werden; es geht um ein Haus, das heißt ein bereits bestehendes Gebäude muss umgebaut oder ein neues errichtet werden, hier ist dann ein (Bau-)Träger zu finden, es ist mit Architektinnen oder Architekten zu kooperieren, bei der Grundrissgestaltung mitzusprechen, mitzuplanen; in diesem Rahmen ist auch immer wieder mit außen stehenden Stellen und Akteuren zu verhandeln.

Eine Fülle von Dingen, mit denen sich die meisten Projektfrauen vorher kaum befasst hatten. Sachkenntnisse aus verschiedensten Bereichen sind vonnöten. Deshalb wird auch geraten, sich so viel wie möglich kompetente Beratung vorab und im Prozess (im Hinblick auf rechtliche, finanzielle oder bauliche Fragen) zu holen. Empfohlen wird, bestehende Wohnprojekte zu besuchen und sich nach Möglichkeit auch dort über die Wege und zu vermeidende Umwege beraten zu lassen, ebenso wie sich an einschlägige Professionelle, Beratungs- und Anlaufstellen zu wenden, wie den bundesweiten Verein „Forum gemeinschaftliches Wohnen“.

Zur Rolle der Professionellen der Sozialen Arbeit

Bislang war in erster Linie von den Frauen die Rede, die mit bewundernswertem Engagement persönliches und gesellschaftspolitisches Neuland betreten und sich für die Schaffung neuer selbstorganisierter Wohn- und Lebensformen einsetzen. Welche Rollen und Funktionen kommen in diesem Prozess den Professionellen, insbesondere der Sozialen Arbeit zu? Ich sehe hier verschiedene Ansatzpunkte. Wie bereits geschildert, war externe Begleitung der Gruppe (in der Vorbereitungsphase und beim Zusammenleben) in Form von Moderation, Supervision oder Mediation ein Thema, das in den Gesprächen mit den beteiligten Frauen immer wieder auftauchte und breiten Raum einnahm: Sei es, dass von positiven Erfahrungen mit der gruppendynamischen Begleitung berichtet wurde, sei es, dass einige Gruppenmitglieder sich Supervision wünschten, einige dies aber (noch) nicht wollten oder dass beklagt wurde, dass die Begleitung durch Supervision nicht kontinuierlich genug stattfände. Sinnvoll und hilfreich kann die externe Begleitung des Gruppenprozesses aus folgenden Anlässen sein:

▲ in der Vorbereitungsphase als Moderation, damit alle Frauen mit ihren Interessen und Bedürfnissen gleichermaßen zum Zuge kommen und nicht dadurch, dass einzelne Frauen vielleicht weniger geübt im Reden oder zurückhaltender sind, große Ungleichgewichte entstehen: „*Es ist gut, wenn man sich durch eine Moderatorin begleiten lässt. Das ist wirklich sehr hilfreich, das möchte ich auch für die Gründungsgruppe haben, weil es schon da wichtig ist, dass keine Frau untergebuttert wird.*“;

▲ um in der Vorbereitungsphase sich und die anderen besser kennen zu lernen und den Gruppenfindungsprozess zu unterstützen. Über die Supervision, die die Frauen eines Wohnprojektes vor dem Einzug machten, wird berichtet: „Die Gruppenmitglieder sollten lernen, das Verhalten der anderen besser einzuschätzen und besser zu deuten, aber auch ihre eigenen Grenzen und Unzulänglichkeiten kennen-zulernen, zu verstehen und zuzugeben. Ziel war dabei nicht, sich zu ändern, sondern den anderen und sich selbst annehmen zu können“ (Henckmann 1998, S. 53). Und mit den Worten einer Bewohnerin: „*Ich fand das sehr, sehr wohltuend, dass ich wirklich auch in der Gruppe das Gefühl hatte, ich konnte offen über meine Ängste oder über das, was mich bewegt, reden, weil jemand da war, der, wenn die anderen aufgebracht gewesen wären, das alles hätte regeln können.*“;

▲ bei der Bearbeitung von heiklen oder tabuisierten Themenbereichen, die für das Zusammenleben wichtig werden, wie Hilfe annehmen und geben sowie die Auseinandersetzung mit Einschränkungen, Behinderungen, Sterben und Tod;

▲ oder bei der Erarbeitung von Kriterien für Nachrückerinnen. Die Frauen eines Wohnprojekts haben hier beispielsweise in der Supervision erarbeitet, „*welche Punkte wichtig sind, was wünschen wir und was können wir bieten, das haben wir herauskristallisiert.*“;

▲ und nicht zuletzt kommen Supervision oder Mediation dort sinnvoll zum Einsatz, wo Konflikte nicht mehr auflösbar erscheinen oder Gruppenprozesse festgefahren sind. So meinte auch eine Gesprächspartnerin: „*Wenn das nicht kommt, dann muss ich gehen, wir schaffen das sonst nicht miteinander.*“

Auch wenn es sich um selbstorganisierte gemeinschaftliche Wohnprojekte handelt, zeigt die Erfahrung, dass – neben der Supervision – entsprechende Weichenstellung, Unterstützung und Beratung durch Professionelle an vielen Punkten des Weges hilf-

reich sein können: Etwa wenn es um die Information geht, dass und wo es derartige neue Wohnformen (überhaupt) gibt; wenn es um Unterstützung bei der Gruppenfindung, Konzeptentwicklung oder Öffentlichkeitsarbeit geht; oder wenn Beratung bei finanziellen, rechtlichen oder baulichen Fragen erforderlich wird. Mitarbeitende in Wohnberatungsstellen oder sozialen Diensten, in der Altenhilfe oder in Frauenprojekten können als Multiplikatorinnen die Idee der Frauenwohnprojekte weitertragen und unterstützen. Letztlich wurde aus diesem Grunde auch das Buch geschrieben, auf dem dieser Artikel basiert (Gerngroß-Haas 2005).

Und noch eine weitere Vision: Der Verein Arche Nora e.V. hat die Idee entwickelt, dass sich interessierte Frauen, die an ihrer Wohnsituation (noch) nichts verändern wollen, im Rahmen von Stadtteilprojekten oder Selbsthilfegruppen zusammenschließen. Nach dem Prinzip der kurzen Wege können sie einen Kreis von Gleichgesinnten in der näheren Wohnumgebung kennen lernen, die Interesse an gegenseitiger Hilfe und hin und wieder gemeinsamer Freizeitgestaltung mitbringen (siehe auch www.archenora.de). Hier wäre zu überlegen, inwieweit es nicht eine Aufgabe für soziale Dienste sein könnte, dass eine Nachbarschafts Koordinatorin versucht, im Wohnungsbestand zwischen interessierten Frauen derartige soziale Netze – als Vorstufe oder an Stelle von Frauenwohnprojekten – zu knüpfen. Das hieße, sich von dem breiten Spektrum der Frauenwohnprojekte inspirieren zu lassen und im weitesten Sinne von den Frauen und ihren alternativen Wohn- und Lebensmodellen zu lernen.

Literatur

Gerngroß-Haas, Gabriele: Anders leben als gewohnt. Wenn verschiedene Frauen unter ein Dach ziehen. Königstein 2005
Henckmann, Antje: Aufbruch in ein gemeinsames Altern. Neue Wohnformen im Alter am Beispiel des Modellprojekts „Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter“. Hrsg.: Frau im Beruf im Evang.-Luth. Dekansbezirk München 1998
Osterland, Astrid: Nicht allein und nicht ins Heim – Alternative: Alten-WG. Hrsg.: Freie Altenarbeit Göttingen e.V.; Eva-Meurer-Stiftung. Paderborn 2000
Rebe, Sabine: Aktuelle Frauenwohnprojekte in Deutschland. Hrsg.: Niedersächsisches Innenministerium. Internet: www.niedersachsen.de/M/1.htm. 2002

Internationalisierung der Ausbildung für Sozialarbeit in Tschechien

Oldrich Chytil

Zusammenfassung

Das Ziel des Artikels besteht darin, am Beispiel Tschechiens die Bedeutung der Internationalisierung für die Entwicklung der Ausbildung in der Sozialarbeit sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene zu dokumentieren. In dem ersten Teil des Beitrags wird der Begriff Internationalisierung im Gegensatz zu dem Begriff Globalisierung definiert. Anschließend wird die internationale Zusammenarbeit bei der Konzipierung und Realisierung der Ausbildung in der Sozialarbeit in der Tschechischen Republik in den historischen Kontext eingefügt. Der letzte Teil beschäftigt sich mit einem konkreten Beispiel von Kooperation im Bereich der Ausbildung in der Sozialarbeit am Lehrstuhl für Sozialarbeit der Medizinisch-sozialen Fakultät der Ostravská-Universität in Ostrava.

Abstract

Taking Czechia as an example, this article intends to document the significance of internationalization for the development of professional education in social work, both on a national as well as an international level. In the first part of the article the term „Internationalization“ is defined as opposed to „Globalization“. The second part fits the international cooperation exercised in the development and realization of education in social work in Czechia into its historical context. The last part portrays a concrete example of international cooperation at the professorship for social work, medical-social faculty of Ostravská University in Ostrava.

Schlüsselwörter

Sozialarbeit - Ausbildung - Tschechien - international - Globalisierung - Kooperation - Fachhochschule - Projekt - Austausch

Einleitung

In der Diskussion zum Thema Internationalisierung erscheint dieser Terminus oft in Zusammenhang mit den Prozessen der Globalisierung. Der tschechische Soziologe *Keller* (2003) unterscheidet drei Arten von Definitionen der Globalisierung als eines weltweiten Prozesses:

▲ Optimistische Definitionen basieren auf der Voraussetzung, dass durch die ganz ungebremsste Entwicklung des Freihandels allmählich die Prosperität

aller Länder erhöht wird. Die Globalisierung wird zu einer kulturell heterogenen Gesellschaft führen, die reicher sein wird als die heutige Gesellschaft. Dadurch öffnen sich ganz neue Möglichkeiten der gegenseitigen kulturellen Bereicherung. Die Globalisierung ist ein Instrument für die Lösung von vielleicht allen vorstellbaren Problemen.

▲ Nach anderen Definitionen, die der Globalisierung gegenüber kritisch sind, ermöglicht dieser weltweite Prozess denen, die das große Kapital kontrollieren und die in verschiedene Länder und Regionen ihre Investitionen orientieren, ihre Profitrate zu erhöhen. Der Prozess der Deregulierung beseitigt alles, was früher die Arbeitnehmenden schützte, wobei dies nur zu einem neuen Ungleichgewicht zwischen den Reichen und den Armen beiträgt. Die Globalisierung führt also zu keinem Wohlstand für alle, sondern zu einer sozialen Polarisierung.

▲ Schließlich eine weitere Definition, die *Keller* als realistisch bezeichnet. Diese spricht davon, dass die Globalisierung in bedeutendem Maße das Verhältnis zwischen den Kräften der Wirtschaft (Ökonomik) und der Politik ändert. Während die ökonomischen Kräfte die Staatsgrenzen überschreiten, verbleibt die Politik in den bestehenden Grenzen geschlossen. Ökonomische Interessen gewinnen also immer mehr die Oberhand über die Möglichkeiten der Politik. Infolge dessen sind die Politik und die Politik Ausübenden für etwas, was sie immer weniger beeinflussen können, verantwortlich.

Was folgt aus diesen unterschiedlichen Definitionen für die Institution des sozialen Staates? Nach dem ersten Typ ist der Sozialstaat und die Art und Weise, auf welche er in den sozialen Bereich eingreift, eines der Hindernisse oder der Barrieren für den freien Handel. Es ist erforderlich, seine Interventionen in die Gesellschaft zu beseitigen, oder mindestens diese deutlich – auf ein Minimum – zu reduzieren, damit der Raum für das durch den Markt konzipierte Gleichgewicht entstehen kann.

Der zweite Definitionstyp stellt eigentlich dasselbe fest wie der erste, bewertet aber völlig anders. Auch er behauptet, dass der Sozialstaat beseitigt wird, weil er die Maximierung des Privatverwerks behindert. Dies wird aber zu keiner Harmonie führen, sondern es kommt zu einer scharfen Zuspitzung der sozialen Probleme sowie zu einer deutlichen Polarisierung der Gesellschaft. Im Bestreben, ausländische Investoren anzulocken, werden die einzelnen Länder die Steuern für die Firmen und die soziale Sicherung der Angestellten herabsetzen.

Die dritte Definition wird meistens mit der Überzeugung verbunden, dass der Sozialstaat in seiner Art erhalten bleibt. Politik und Wirtschaft sind sich dessen bewusst, dass der Sozialstaat als Instrument der inneren Befriedung der Gesellschaft funktioniert. Es ist nämlich möglich, eine relativ freigiebige Sozialpolitik ohne die Demokratie aufrecht zu erhalten, es ist aber nicht möglich, die Demokratie ohne eine genügende Sozialpolitik zu sichern. Eine leidenschaftliche Diskussion über das Maß der Funktionsfähigkeit, der Rentabilität und der Finanzierbarkeit des Sozialstaates ist ein Nachweis der Dominanz des ökonomischen Codes über alle anderen, einschließlich der politischen, sozialen oder kulturellen Aspekte. Kritik am Sozialstaat fechtet dessen finanzielle Aufwand an, durch den der Fluss der Investitionen in die Ökonomik unterbunden wird, durch welche Unternehmen demotiviert und die Möglichkeiten des ökonomischen Wachstums verlangsamt werden.

Auch die Argumente der Befürwortenden des Wohlfahrtsstaates zeugen von der Überhandnahme der vorherrschenden ökonomischen Rationalität über andere Werte. Die allgemeine Zugänglichkeit der Gesundheitsfürsorge und der Ausbildung wird als ein Beitrag zu der Erhöhung der Qualität und der Qualifizierung der Arbeitskraft verteidigt. Die Sicherstellung des minimalen Einkommens und der Sozialleistungen wird als Beitrag zu der Kaufkraft der Nachfrage entschuldigt (*Keller 2003*).

Die Akzeptanz des ökonomischen Diskurses in der Sozialen Arbeit seitens mancher Autorinnen und Autoren ist meiner Meinung nach genauso problematisch wie in dem Diskurs über den Sozialstaat. Falls in Zusammenhang mit der Sozialen Arbeit die Begriffe wie Markt, Effektivität und Rentabilität benutzt werden, im guten Glauben, dass dies der einzige Weg sei, die Existenz der Sozialarbeit als Profession zu verteidigen und zu behaupten, dann ist das der gleiche Irrtum wie die Befürwortung des Sozialstaates, die auf die ökonomische Argumentation eingeht. Der Sozialstaat stellt immer eine unmittelbar teurere Variante der Entwicklung dar, weil er mit den Kosten für die Befriedigung der Erwartungen der Schichten der Bevölkerung rechnet, die durch die neoliberalen Politik einfach abgeschrieben wären (*Scheer 1995, S. 144*).

Die Einführung des ökonomischen Diskurses in der Sozialarbeit bedeutet den Rückschritt von den Kategorien, die bei der Entstehung der Sozialarbeit existent waren und von denen diese während des vergangenen Jahrhunderts gekennzeichnet wurde, und zwar von den Kategorien der Hilfe, Unterstützung,

Solidarität und sozialen Gerechtigkeit. Was den Begriff der Internationalisierung betrifft, verstehe ich ihn als Gegenteil zur Globalisierung. Die Internationalisierung am Anfang der Arbeiterbewegung war ein Ausdruck der Solidarität und der Zusammenarbeit. Die Internationalisierung in der Ausbildung zur Sozialen Arbeit bedeutet für mich eine Äußerung der internationalen Zusammenarbeit unter gleichwertigen Partnern und Partnerinnen. Diese Art der Kooperation stellt im Unterschied zu der Globalisierung keine ultimativen Bedingungen für ein beliebiges Land, eine Region oder Ortschaft. Die Internationalisierung respektiert verschiedene Kulturen und Werte. Einer der Imperative der Globalisierung ist die Deregulierung, die den übernationalen Firmen ermöglicht, keine Rücksicht auf andere Codes (kulturelle, politische, soziale) zu nehmen als auf diejenigen, die der ökonomische Sektor mit seinem Imperativ der Maximierung des Gewinns aussendet. Alle anderen Codes, die sich im Prozess der Differenzierung der Subsysteme der modernen Gesellschaft entwickelt haben, werden als eine rein irrationelle Barriere des Handels wahrgenommen, die es gilt, möglichst schnell zu beseitigen. Die Wertpluralität der Gesellschaft wird gerade in heutiger Zeit mit der Deregulierung unbarmherzig in Zweifel gestellt, in der das postmoderne Denken über die außergewöhnliche Blütezeit und Bewahrheitung phantasiert.

Zur Sozialarbeit in der Tschechischen Republik

Wenn ich über die Internationalisierung in der Ausbildung zur Sozialen Arbeit in Tschechien sprechen möchte, muss ich zuerst ihre Geschichte und die gegenwärtige Situation erwähnen. Die Sozialarbeit hat in der Tschechischen Republik eine lange Tradition und ihre Entwicklung war immer eng mit der Veränderung der Ausbildung verbunden. Mit dem Entstehen der selbstständigen Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1918 ging die Gründung der ersten Schule für die Sozialarbeit einher, die in dem selben Jahre unter dem Namen „Höhere Schule für die Sozialpflege“ in Prag entstand. Die Studienzeit betrug vier Semester. Die Gründung der Schule war eine Reaktion auf den Bedarf von fachlich ausgebildeten Mitarbeitenden, die im Stande waren, im Rahmen der öffentlichen Armenpflege, der Jugendpflege und der freiwilligen Tätigkeiten von verschiedenen Verbänden eine moderne Sozialpflege aufzubauen.

1935 wurde die Höhere Schule für die Sozialpflege geschlossen und durch die Masaryk-Staatsschule für gesundheitliche und soziale Pflege ersetzt. Diese Schule vermittelte eine höhere Fachausbildung, die fünf Semester dauerte. Die Anforderungen der Praxis führten zu Bestrebungen, einen Universitätsausbil-

derungsgang für Soziale Arbeit einzurichten. Im Jahre 1945 wurde die Hochschule für Politik und Sozialwesen mit der Sozialen Fakultät in Prag gegründet und 1947 entstand die Soziale Hochschule in Brno. Diese Institutionen vermittelten die Universitätsausbildung in der Sozialarbeit im Laufe von acht Semestern.

Beide Schulen wurden im Jahre 1953 als eine Folge der kommunistischen Wende von 1948 geschlossen, wobei man dachte, dass es in der Zeit des Sozialismus keine sozialen Probleme mehr gebe und dass keine Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mehr erforderlich seien. Von 1953 bis 1989 gab es verschiedene Arten der Ausbildung, in den 1950er-Jahren gab es in Prag sogar eine Fachausbildung, die mit dem Abitur abgeschlossen wurde.

Bis 1968 war die Prager Schule die einzige, in der die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in einem zweijährigen, dem Abitur folgenden Studium ausgebildet wurden. Sodann entstand eine sozialrechtliche Fachschule mit einem zweijährigen, dem Abitur folgenden Studium in Ostrava und ein Jahr später kam es zu einer Neugründung in Brno. Die wichtigste Anregung für die Entwicklung der Sozialarbeit in der Tschechoslowakei brachte das Jahr 1968. Eines der Ergebnisse des Prager Frühlings war die Anerkennung der Tatsache, dass es auch im Sozialismus Sozialprobleme gibt, was zu der Gestaltung einer neuen Konzeption der Sozialpolitik führte. Das Ministerium für Arbeit und Sozialwesen wurde neu gegründet und auf Grund der in den westeuropäischen Ländern erworbenen Erfahrungen wurden Programme der Sozialarbeit mit Familien und Kindern, mit alten und gesundheitlich behinderten Menschen, mit Straftatlassenen und Obdachlosen konzipiert. Es wurde die Sozialarbeit in Betrieben, im Bereich des Schul-, Gesundheits- und Gefängniswesens sowie in den Anstalten für Sozialpflege entwickelt.

Die Sozialarbeiterausbildung gehört seit 1990 zu den sich am schnellsten entwickelnden Studien. Im Jahre 1989 gab es nur drei bereits erwähnte sozialrechtliche Fachschulen, wobei schon im Jahre 1990 an den philosophischen Fakultäten der Karls-Universität, der Masaryk-Universität und der Palacký-Universität Ausbildungsprogramme für Sozialarbeit entstanden. Die weitere Entwicklung nach 1990 führte zum Entstehen des heutigen Ausbildungssystems:

- ▲ Höhere Fachschulen (dreijähriges Studium),
- ▲ Bakkalaureatprogramme an Hochschulen (dreijähriges Studium),
- ▲ Magisterprogramme an Hochschulen (zweijähriges oder fünfjähriges Studium) und
- ▲ Postgraduales Doktorandenstudium (*Chytil* 2000).

Zur internationalen Zusammenarbeit

Zu Beginn der Entwicklung in den 1990er-Jahren, in der die neu entstehenden und allmählich gestalteten Programme der Ausbildung noch nicht an lebendigen und anerkannten inländischen Vorbilder von europäischem Niveau anknüpfen konnten, zeigte sich der Bedarf an einer Bestimmung von grundsätzlichen Maßstäben für die Ausbildungsqualität. Ein Qualitätsmerkmal sollte der Minimalstandard der Ausbildung in der Sozialarbeit werden, zu dem die Gestaltung, Anwendung und Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit gehört.

Im November 1992 fand ein Treffen zwischen Fachleuten der ausbildenden Universitäten, der sozialrechtlichen Akademien, der Arbeitgeber und der Sozialarbeitergemeinschaft zwecks Diskussion über den Inhalt des Studienprogramms statt. An dem Seminar nahmen auch Repräsentanten der Sozialarbeiterschulen aus Großbritannien und den Niederlanden teil. Unter der Ausnutzung der Erfahrungen aus Großbritannien entstand die Idee, den Studieninhalt der Sozialarbeit als einen Maßstab zu konzipieren, der bei der Gestaltung einer ziemlich großen Anzahl der neu entstehenden Studienprogramme der Sozialarbeit respektiert werden sollte. Im März 1993 nahm die erwähnte Arbeitsgruppe den Vorschlag eines Minimalstandards für die Ausbildung in der Sozialarbeit an. Der Studieninhalt ist hier in Form eines Minimalkomplexes der Studienfächer und Studiengrundlagen definiert.

Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den ausländischen Kolleginnen und Kollegen waren die, dass die ausländischen Teammitglieder die Diskussion anregten, ihre Lösungen nicht aufnötigten und die Notwendigkeit betonten, die tschechoslowakischen und später die tschechischen Bedingungen zu berücksichtigen. Diese Tatsachen führten meiner Meinung nach dazu, dass der Vorschlag des Minimalstandards durch die Assoziation der Ausbildenden in der Sozialarbeit akzeptiert wurde.

Die Assoziation der Ausbildenden in der Sozialarbeit in der Tschechischen Republik, ein freiwilliger Zusammenschluss von Hochschulen und höheren Fachschulen, die eine mindestens drei Jahre dauernde, dem Abitur folgende Ausbildung in der Sozialarbeit anbieten, entstand im Jahre 1993. Zu den langfristigen Zielen der Assoziation gehört die Verbesserung der Qualität der Ausbildung in der Sozialarbeit. Für ein entscheidendes Instrument zur Erreichung des erwähnten Ziels hält sie den Minimalstandard. Die Schlüsseltätigkeit der Assoziation besteht in der Gestaltung und Innovation, in der Unterstützung von

Mitgliedern bei der Anwendung des Minimalstandards und in der Kontrolle der Einhaltung an den Schulen, die Mitglieder sind (*Chytil* 2000a).

Der Lehrstuhl für Sozialarbeit der Medizinisch-sozialen Fakultät der Universität Ostrava realisiert inzwischen zwei Studienprogramme, und zwar ein fünfjähriges Magisterprogramm und ein Doktorandenprogramm. Der Lehrstuhl schloss bilaterale Vereinbarungen im Rahmen des Socrates-Programms mit 15 europäischen Schulen ab. Die internationale Zusammenarbeit erfolgt in den Bereichen Projekte, Lehreraustausch und Studentenaustausch.

Gemeinsame Projekte

Der Lehrstuhl für Sozialarbeit arbeitete in den Jahren von 1997 bis 2000 an einem Projekt des europäischen Moduls, genannt „Basic of Social Work in Selected European Countries – Historical and Political Context, Discussion of Present Theory and Practise and Perspectives“. Das Projektergebnis ist ein gemeinsamer Kurs, genannt „Sozialarbeit in Europa“. Das Projekt begleitete Schulen aus Deutschland, Finnland, Großbritannien, Spanien, Frankreich und den Niederlanden. Als Grundlage für den Unterricht dient ein gemeinsames dreiteiliges Lehrbuch. Der Unterricht wird von gastierenden Lehrkräften aus den einzelnen Partnerschulen geführt.

Der Lehrstuhl für Sozialarbeit nahm von 2001 bis 2003 an der Arbeit an dem Projekt Socrates CDA teil. Das Ziel des Projektes war das Entstehen eines gemeinsamen Ausbildungsprogramms mit der Benennung „European Master of Social Work“ an folgenden Partnerschulen:

- ▲ Canterbury Christ Church University College (UK),
- ▲ University Salford (UK),
- ▲ Katholische Universität Eichstätt (D),
- ▲ Universität in Ostrava (CZ),
- ▲ Universität in Kuopio (FIN),
- ▲ Katholische Universität Lille (F),
- ▲ Universität Utrecht (NL),
- ▲ Universität Trento (I),
- ▲ Universität Kalabrien (I),
- ▲ The Ramon Lull University Barcelona (ES),
- ▲ Universität Tartu (EE).

Die beteiligten Schulen akkreditieren von diesem Jahr an allmählich das gemeinsame Programm und begannen schrittweise den Unterricht. Das letzte Gemeinschaftsprojekt, dessen Vorbereitung zurzeit läuft, ist das Vorhaben, ein Doktorandenstudienprogramm auf Englisch zu akkreditieren, sodass in diesem Programm insbesondere Absolvierende der Magisterstudienprogramme der Sozialarbeit aus

Deutschland studieren könnten. Auf Grund der bisherigen Verhandlungen werden in diesem Studienprogramm neben dem gegenwärtigen Team der tschechischen Lehrkräfte und Frau Professorin Marynowicz-Hetka von der Universität in Lodz (Polen), Professoren aus Finnland, Deutschland und Großbritannien beteiligt sein.

Das Nebenprodukt der Zusammenarbeit an gemeinsamen Projekten ist meiner Meinung nach die Tatsache, dass die Beteiligten des Projektes gelernt haben, die Meinungen von anderen zu respektieren, zuzuhören, Kompromisse zu suchen, zusammenzuarbeiten, als gleichwertige Partner und Partnerinnen zu handeln und die Verantwortung für die gemeinsame Arbeit zu fühlen. Es zeigt sich, dass die Teilnahme der Schulen aus Mittel- und Osteuropa hilft, gegenseitige Vorurteile abzubauen und gleichzeitig den Projekten das gesamteuropäische Ausmaß zu verleihen.

Austausch von Lehrpersonal

Der gegenseitige Austausch der Lehrenden des Lehrstuhls für Sozialarbeit und denen aus den Partnerschulen im Ausland gewann nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zum Programm Socrates an Intensität. Der Austausch war insbesondere auf den Unterricht im Kurs der Sozialen Arbeit in Europa an den Partnerschulen orientiert und ist seit dem akademischen Jahr 2003/2004 auf den Unterricht in dem gemeinsamen Studienprogramm European Master of Social Work gerichtet. Der gegenseitige Austausch von Lehrkräften bringt neben den Möglichkeiten, den Studierenden aktuelle Informationen über den Stand des vorzutragenden Problems in dem entsprechenden Land zu vermitteln, auch weitere Ergebnisse. Zu ihnen gehören vor allem eine gemeinsame Publikationstätigkeit und die Vorbereitung der Forschungsprojekte sowie die Zusammenarbeit an deren Realisierung.

Austausch von Studierenden

Das Problem des Studentenaustauschs ist vor allem das der Sprachen. Unsere Studentinnen und Studenten, die ins Ausland fahren, haben kein Problem mit ihrer Sprachkompetenz. Das Problem liegt bei den anreisenden Studierenden. Die Studienaufenthalte in Tschechien sind auf die Kombination des Unterrichtes mit der Möglichkeit, die Praxis der Sozialarbeit kennen zu lernen, orientiert, und zwar an den Arbeitsplätzen, wo sich die Studierenden entweder in Deutsch oder Englisch verständigen können. Die ausländischen Studentinnen und Studenten können neben dem Erwerb der Kenntnisse und Fertigkeiten auch ihre Vorurteile abbauen. Als Ergebnis des Auf-

enthaltene unseres Nachwuchses an den ausländischen Schulen entstehen Diplomarbeiten, ausgearbeitet vor allem unter Nutzung der fremdsprachigen Literatur und begleitet von je einer Lehrkraft aus Tschechien sowie der Partnerschule im Ausland. Ein weiterer Beitrag besteht in der Realisierung verschiedener Projekte aus dem Ausland unter den tschechischen Bedingungen. Es handelt sich vor allem um solche aus den Bereichen der Jugendarbeit, der Gemeinwesenarbeit und der Arbeit mit Minoritäten.

Fazit

Im Jahre 1998 fand in Ostrava die ERASMUS-TNP-Konferenz mit der Benennung „Europäische Dimensionen in Ausbildung und Praxis der Sozialen Professionen“ statt, die seitens des Konsortiums ECSPRESS, gegründet von EASSW, FESET und ECCE, veranstaltet wurde. Das Ziel dieser Konferenz war, die Zusammenarbeit zwischen den Schulen für Sozialarbeit aus Westeuropa und aus den mittel- und osteuropäischen Ländern zu entwickeln. Das Ergebnis war die Gründung des ECSPRESS-Büros an der Medizinisch-sozialen Fakultät der Universität in Ostrava, dessen Aufgabe die Bildung einer Datenbank der Schulen für Sozialarbeit aus Europa, der Ausbildungsprojekte in der Sozialarbeit und der Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen den Schulen in Europa war. Die folgende und die letzte ERASMUS-TNP-Konferenz, veranstaltet unter dem Titel „Auf Erfahrung bauen – Vorbereitung der Sozialen Professionen auf das Europa von morgen“, fand 1999 in Modrá/Slowakei statt. Ein Ergebnis der Emanzipation der Schulen für Sozialarbeit aus den mittel- und osteuropäischen Ländern war dann die ECSPRESS-Konferenz mit dem Titel „Social Profession for a Social Europe – a way ahead“, veranstaltet von zwei Universitäten in Kaunas/Litauen im Jahre 2000. Das Programm dieser Konferenz wurde von litauischen Gastgebern in Zusammenarbeit mit den Kollegien anderer Partnerschulen westeuropäischer Länder organisiert. Die Erfahrungen sind:

▲ Die internationale Zusammenarbeit der Schulen aus verschiedenen Ländern, die die Prinzipien der Gleichberechtigung, der kulturellen Unterschiedlichkeit und des gegenseitigen Respekts anerkennt, ist möglich.

▲ Eine derart organisierte internationale Zusammenarbeit führt zu keinem kulturellen Kolonialismus, im Gegenteil. Sie unterstützt nationale Traditionen in der Ausbildung der Sozialen Arbeit und hilft eventuell bei der Gründung der Ausbildung in der Form, dass die Unterschiedlichkeiten der einzelnen Ländern respektiert werden.

Literatur

- Chytil, O.:** Die Ausbildung der Professionalität Sozialer. In: Steinert, E.: Die Ausbildung zur Professionalität Sozialer Arbeit in Polen, Tschechien und Deutschland. Frankfurt am Main 2000, S. 75-92
- Chytil, O.:** Co-operation between Czech Republic and European Union countries in creating study program of Social Work-experiences. In: Chytil, O.; Lorenz, W.; Seibel, F.W.; Strienec, Š.: Auf Erfahrung bauen. Blansko 2000a, S. 39-63
- Keller, J.:** Globalizace, síť a sociální stát. (Globalisierung, die Netze und der Sozialstaat) – der Text wurde nicht publiziert. 2003
- Scheer, H.:** Zurück zur Politik. München 1995, S. 144

Soziale Arbeit im neoliberalen Kontext

Perspektiven für eine professionelle Modernisierung

Christian Spatscheck

Zusammenfassung

Dieser Artikel beschreibt die Herausforderungen für die Soziale Arbeit durch ihre neuen neoliberalen Rahmenbedingungen und formuliert die Perspektiven einer fachlichen Antwort. Die gegenwärtige Umgestaltung unserer Gesellschaft kann als Übergang vom regulierten Kapitalismus zum Neoliberalismus beschrieben werden. Unter zunehmender Ausbreitung des Neoliberalismus kommt es zur Umgestaltung des Sozialstaats. Gegenwärtig wird dies anhand zweier sozialstaatlicher Entwicklungsmodelle deutlich. Angesichts des veränderten sozialstaatlichen Kontextes ergeben sich neue Anforderungen an die Soziale Arbeit. Diese lassen sich als öffentliche Erwartungen nach Accountability, Aktivierung und Prävention beschreiben. In diesem Zusammenhang ist die Soziale Arbeit von Tendenzen der Ökonomisierung und Funktionalisierung bedroht, sie gerät in Gefahr, vielen Belangen ihrer Adressaten nicht mehr gerecht werden zu können. Als möglicher Ausweg wird die Perspektive einer professionellen Modernisierung beschrieben, die zum einen die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen als Anforderungen aufnimmt und sich zum anderen an den legitimen Bedürfnissen der Adressaten orientiert. Nach diesem Verständnis Sozialer Arbeit ist unter ethischen Gesichtspunkten zu entscheiden, welchen Anforderungen aus fachlicher Sicht in welchem Kontext nachgekommen werden kann. Der hierfür nötige Freiraum muss immer wieder erkämpft und erhalten werden.

Abstract

This article describes the challenges for social work through its new neoliberal contexts and formulates the perspectives for a professional answer. The current restructuring of our society is describable as a transition from regulated capitalism to neoliberalism. Under the increasing spreading of neoliberalism we face a reorganisation of the welfare state. Currently this is becoming clearer in two models of welfare development. In view of the changing welfare context new requirements arise for social work. These can be described as public expectations for accountability, activation and prevention. Social work in this correlation is threatened by tendencies of economisation and functionalisation, it is endangered

to no longer being able to meet many of the interests of its addressees. A perspective of a professional modernisation is described as a possible way out which on one hand admits the new societal challenges as demands and on the other hand orientates itself towards the legitimate needs of its addressees. According to this perception of social work it must be decided by ethical aspects, which requests can be met from a professional perspective and in which context. The necessary margin for this has to be continually gained and preserved.

Schlüsselwörter

Soziale Arbeit - Sozialpolitik - Reform - Gesellschaft - Theorie - Funktion - Modernisierung - Neoliberalismus

1. Der neoliberale Umbau der Gesellschaft

Im Zuge einer wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung werden National- und Sozialstaaten mit grundsätzlichen Herausforderungen konfrontiert. Globalisierung wird als eine Umgestaltung der Wirtschaftssysteme nach neoliberaler Ausrichtung verstanden, die unter Zuhilfenahme neuer Medien zu einer drastischen quantitativen Zunahme der globalen Finanz-, Waren- und Kommunikationsströme führte und von einem zunehmenden kulturellen Austausch und zahlreichen Migrationsströmen begleitet wird (Castells 2001). Darüber hinaus macht sich Globalisierung im Sinne einer „Fernwirkung“ in der Neugestaltung der lokalen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Kontexte in den einzelnen Nationalstaaten bemerkbar (Giddens 1997, S. 23 ff.).

Hintergrund dieser Entwicklungen ist ein Paradigmenwechsel vom regulierten Kapitalismus zum Neoliberalismus (Chomsky 2001, Bourdieu 1998, 2001). Zunächst von Vorreitern wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher vertreten, fand das neoliberale Modell spätestens seit dem Niedergang der kommunistischen Regimes des Ostblocks zahlreiche Nachahmer und wurde zu einem nahezu globalen Modell. In Deutschland vollzogen sich die Entwicklungen mit zeitlicher Verzögerung. Seit den Debatten um die Zukunftsfähigkeit des verblässenden Modells der „Deutschland AG“, den Umbau des Sozialstaats und Forderungen nach mehr Eigenverantwortlichkeit werden Diskurse dieser Art auch in Deutschland intensiver denn je geführt. Letztlich handelt es sich hierbei um Auseinandersetzungen über zwei Grundmodelle der Gestaltung der Rollen von Staat und Wirtschaft. Auf der einen Seite betonen Vertreter und Vertreterinnen des regulierten Kapitalismus die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines regulierenden Staates, während auf der anderen Seite die

Verfechterinnen und Verfechter des Neoliberalismus die Aufgabe der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse den Kräften des freien Marktes überlassen wollen.

1.1 Regulierter Kapitalismus

Der regulierte Kapitalismus kann als das dominierende System der Gestaltung von Wirtschaft und Politik der westdeutschen Nachkriegszeit betrachtet werden (Plewe; Walpen 2002, S.185). Es war geprägt von der Grundannahme, dass eine ungezügelter Entfaltung des Kapitalismus die gesellschaftliche und wirtschaftliche Desintegration fördere und dass dieser deshalb staatlich reguliert werden sollte. Auf nationaler Ebene führte die Orientierung an dieser Grundidee zur Etablierung eines Sozialstaats fordristischer Prägung, der durch lenkende Eingriffe für sozialen Ausgleich und Versorgung sorgte. Gleichzeitig wurde die Vergesellschaftlichung von öffentlichem Transport, Erziehung, Bildung, Post und Telekommunikation forciert und an einer Ausweitung von Demokratie und Mitbestimmung gearbeitet.

Diese staatlichen Bestrebungen wurden insbesondere in den 1960er- und 1970er-Jahren durch zahlreiche soziale Bewegungen begleitet, die für die Ausweitung von Demokratie, Solidarität und Menschenrechte stritten und dabei auch die Erhöhung der versorgenden Anteile des Staates einforderten. Auch auf internationaler Ebene wurde ab den 1950er-Jahren immer wieder an kooperativen Formen der Zusammenarbeit gearbeitet. Dies machte sich zumindest in der westlichen Welt in Teilerfolgen wie der empfehlenden „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, den beiden verbindlicheren internationalen Pakten (Zivilpakt über bürgerliche und politische Rechte sowie Sozialpakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte), einer allgemeinen Ausweitung der Rolle der Vereinten Nationen sowie auf wirtschaftlicher Ebene in der internationalen Vereinbarung fester Wechselkurse bemerkbar (Habermas 2004, S. 113 ff.).

1.2 Neoliberalismus

Im Modell des Neoliberalismus wird die gegenteilige Grundannahme vertreten, dass eine freie Wirtschaft mit allenfalls marginalen staatlichen Eingriffen die beste Lösung für alle Beteiligten darstelle. Neoliberale Ökonomen und Ökonomeninnen formulierten schon in den 1950er-Jahren den Grundsatz, dass die Kräfte des freien Marktes und Wettbewerbs zu besseren wirtschaftlichen und sozialen Ergebnissen führen würden und die freie kapitalistische Gesellschaft deshalb vor staatlichen Eingriffen jeglicher Art geschützt werden sollte. Wohlfahrtsstaaten oder

staatliche Programme zur Bekämpfung von Armut oder Diskriminierung werden hierbei als autoritäre Markthindernisse empfunden, entsprechend verfolgen die Vertreterinnen und Vertreter der neoliberalen Schule die Reduzierung oder Abschaffung dieser Institutionen als zentrales Ziel. In neoliberalen Theorien enthält das Privateigentum des Einzelnen Vorrang vor öffentlichem Interesse, anderweitige Belange wie Sozial- oder Menschenrechte werden den Eigentumsrechten untergeordnet. Wesentliches Ziel neoliberaler Politik ist die Bekämpfung aller „diskriminierenden“ staatlichen Eingriffe sowie die radikale Öffnung aller Märkte durch die Abschaffung bestehender nationaler und internationaler Grenzen für wirtschaftsmächtige Subjekte. Letztlich werden dadurch sämtliche Lebensbereiche den Marktgesetzen von Angebot und Nachfrage unterworfen, der Staat soll sich allenfalls darauf beschränken, diesen Freiraum durch Regeln zu erhalten und hierzu nötigenfalls auch Mittel der Repression einsetzen.

1.3 Die Durchsetzung des Neoliberalismus

In den letzten zwei Jahrzehnten wurde der Neoliberalismus zum prägenden Modell der politischen Entwicklung und Modernisierung. Als es in den 1940er-Jahren entwickelt wurde, war es keineswegs mehrheitsfähig, das Modell des kooperativen Kapitalismus wurde in der Nachkriegszeit deutlich favorisiert. Die Durchsetzung des neoliberalen Ansatzes gelang maßgeblich erst ab den 1970er-Jahren, als angesichts der Grenzen der Prosperität und geringerem Wachstum neue Märkte gesucht wurden und keine weiteren Märkte für die Expansion eröffnet werden konnten (Chomsky 2001). Wichtige Unterstützung fand dieses Modell durch die Lobbyarbeit von Think Tanks wie der „Mont Pèlerin Society“, dem „Kronberger Kreis“ oder der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Institutionen dieser Art fördern die Verbreitung von neoliberalen Gedankengut und arbeiten hierzu an einer systematischen Beeinflussung von Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien (zu Think Tanks vgl. Infonetzwerk www.buena-vista-neoliberal.de). Neben der Beeinflussung der meisten westlichen Politiker und Politikerinnen gelang es den neoliberalen Kreisen nach und nach, auch die Welthandelsorganisation WTO und den Internationalen Währungsfonds IWF mit ihren Ideen zu beeinflussen. Im 1947 beschlossenen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) wurden internationale wirtschaftliche Liberalisierungen und Handelserleichterungen beschlossen, die in den vielen WTO-Handelsrunden der folgenden Jahrzehnte sukzessive ausgebaut wurden und vor allem zu Vergünstigungen für internationale Konzerne führten.

In den WTO-Verhandlungen der letzten Jahre wird zudem über das GATS (General Agreement on Trade in Services) verhandelt, das zu einer Liberalisierung von Dienstleistungen führen soll. Hierbei wird neben der Liberalisierung der Bereiche Post, Telekommunikation oder Transport auch über die Kommerzialisierung der essenziellen öffentlichen Versorgung mit medizinischen und sozialen Diensten, Bildung, Kultur sowie Energie- und Wasserversorgung diskutiert (Fritz: Scherrer 2002, S.7). Hier drohen öffentliche Güter, die bislang durch nationale sozialpolitische Maßnahmen für die Bedürfnisse möglichst aller zur Verfügung gehalten werden konnten, zu Gütern der Marktversorgung zu werden, die Profitinteressen unterworfen sind und dadurch nur noch einer zahlungsfähigen Kundschaft zur Verfügung stehen würden. Die Soziale Arbeit wäre insbesondere in den verhandelten Bereichen „medizinische und soziale Dienstleistungen“, „Bildungsdienstleistungen“ sowie „Erholung und Kultur“ direkt betroffen (Fritz 2003).

Bei erfolgreichen Abschlüssen der Verhandlungen würden für alle Dienstleistungen die Prinzipien des freien Marktzugangs und der Gleichbehandlung eingeführt werden. Die Anbieter Sozialer Arbeit hätten schon in naher Zukunft mit direkter Konkurrenz durch international Investierende zu rechnen. Dass dieser Markt auch für Global Players interessant ist, zeigt sich anhand der Tatsache, dass sich in den Vereinigten Staaten bereits der Rüstungskonzern Lockheed Martin und IBM um Dienstverträge in der Kinder- und Jugendhilfe beworben haben (Nightingale; Pindus 1997). Durch das GATS wäre es im Zuge der Gleichbehandlung von Investoren verboten, bei öffentlichen Ausschreibungen für Dienstleistungen lokale Anbietende zu bevorzugen oder höher zu subventionieren als internationale Konkurrenten.

Durch die in den letzten 20 Jahren sukzessiv vollzogene Abkehr vom Modell des kooperativen Kapitalismus setzte sich zunehmend die neoliberale Form einer konkurrenzorientierten Entwicklung durch. Diese politische Wende führte zu einer allgemeinen Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen und dadurch zu einer deutlichen Verschärfung des inter- und intranationalen Wettbewerbs. Die neoliberale Umgestaltung ist jedoch keinesfalls eine zwangsläufige und unausweichliche Notwendigkeit, vielmehr muss diese grundsätzlich als bewusst vollzogen und politisch gewollt betrachtet werden (Bourdieu 1998, S. 39 ff.).

2. Die Folgen für den Sozialstaat

Durch den erhöhten Konkurrenzdruck liberalisierter Märkte stiegen für die Bewohnerinnen und Bewoh-

ner westlicher Länder die Risiken des wirtschaftlichen und sozialen Scheiterns deutlich an. Gleichzeitig ist nach Dahrendorf (2002, S. 20) neben der zunehmenden Konkurrenz auch eine Abnahme der gegenseitigen Solidarität im alltäglichen Leben der Menschen festzustellen. Im Zuge eines Wettkampfs um die billigsten Arbeitskräfte und die niedrigsten Sozialabgaben sind die Entwicklungen des Sozialabbaus, der allgemeinen Prekarität der Arbeitsverhältnisse und die permanent unterbezahlten „Working Poor“ Erscheinungen, die längst nicht nur mehr aus den traditionell neoliberalen USA bekannt sind.

Spätestens seit den Programmen des „Job-AQTIV-Gesetzes“ sowie der „Agenda 2010“ mit ihren in den „Hartz“- und „Rürup“-Kommissionen beschlossenen Reformen der Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik wird auch in Deutschland klar, dass sich der Sozialstaat deutlich wandelt. Die eindeutige Devise dieser Programme lautet: Mehr Anforderungen an die Einzelnen bei gleichzeitiger Abnahme öffentlicher Leistungen. Dabei kommt es zu einem grundsätzlichen Wandel des sozialstaatlichen Gerechtigkeitsbegriffes. Das bisherige Paradigma einer versorgenden Bedarfs- oder Leistungsgerechtigkeit wird auf eine Chancengleichheit reduziert, die es den Einzelnen überlässt, das beste aus ihren Fähigkeiten und Potenzialen in einer flexibilisierten Gesellschaft zu machen (Mahnkopf 2000). Galuske beschreibt zwei aktuelle Modelle neoliberaler sozialstaatlicher Entwicklung, er unterscheidet einen „US-amerikanischen“ und einen „europäischen“ Weg (Galuske 2003).

2.1 Der „amerikanische“ Weg

Im US-amerikanischen Umbau des Sozialstaats zeigt sich die primäre Orientierung an der Befreiung der Arbeitsmärkte vom als „schädlich“ betrachteten Recht auf eine freie Wahl der Arbeit und der Absicherung der Arbeitslosen mit angemessener Hilfe. Hintergrund dieser Politik ist die Einschätzung der bisherigen Sozialpolitik als zu permissiv, neuere Programme orientieren sich an der „Vermeidung der Passivität“ und an der gezielten Aktivierung der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfangenden. In diesem Zusammenhang wird der programmatische Wandel von „Welfare“ zur „Workfare“ umgesetzt, die bisherige Versorgung und Unterstützung wird von einer neuen prinzipiellen Orientierung an einer (Wieder-) Aufnahme von Arbeit abgelöst. Hilfeempfängerinnen und -empfänger müssen prinzipiell jede Arbeit um jeden Preis annehmen. Wer sich diesem Leitbild nicht unterordnen will, verliert seinen Anspruch auf weitere staatliche Unterstützung oder muss mit drastischen Strafen rechnen. Hier zeigt sich der zweite Kernpunkt der US-amerikanischen Sozialpolitik, der

von den US-Republikanern mit „tough love“ bezeichnet wird. Die ohnehin minimalen Sozialleistungen sind grundsätzlich mit starken staatlichen Repressions- und Sanktionsmitteln gekoppelt, die alle jene treffen sollen, die ihr Leben trotz schwieriger Bedingungen nicht in die Hand nehmen wollen. Zur Umsetzung dieses Anspruches wurden umfangreiche Kontroll- und Disziplinierungsapparate eingerichtet, die die neoliberale Ideologie eines „schlanken Staates“ eigentlich in Frage stellen.

2.2 Der europäische „Dritte Weg“

Die Grundsätze der für viele europäischen Länder charakteristischen Sozialstaatsreformen sind vor allem bei *Anthony Giddens* oder *Ulrich Beck* zu finden, die insbesondere die Politik in England, Deutschland, Schweden und Holland beeinflusst haben (*Galuske* 2002, S. 208 ff., *Giddens* 1997, *Beck* 1997). Hier wird eine Politik des „Dritten Weges“ verfolgt, die „jenseits von links und rechts“ zu einem zukunftsweisenden Weg für die Gestaltung sozialstaatlicher Absicherung in einer globalisierten Welt mit ihren Konkurrenzverhältnissen werden sollte. Grundsätzlich wird der freie Markt mit seiner „Dynamik und Kreativität“ befürwortet, jedoch sollen „Verwerfungen des Marktes“ weiterhin von der Politik reguliert werden. In diesem Sinne wird mit dem „Dritten Weg“ der Versuch unternommen, den für die Identität der europäischen Staaten zentralen Aspekt der Sozialstaatlichkeit weiter zu erhalten (*Habermas* 2004, S. 51).

Gleichzeitig kommt es beim „Dritten Weg“ jedoch zu einer Absage an den „versorgenden Staat“, auch hier wird erwartet, dass die Einzelnen mehr Verantwortung für sich und ihre wirtschaftliche und soziale Situation übernehmen und den Risiken des neoliberalen Kapitalismus aktiv begegnen. Für jene, die dieser Aufgabe nicht nachkommen, werden aktivierende Elemente vorgesehen. Durch Anleitung und gezielten Druck sollen möglichst alle dazu gebracht werden, ihre Situation in Eigenregie zu bewältigen. Wie im Zuge des Job-AQTIIV-Gesetzes oder anhand der aktuellen Debatten um die Hartz IV-Gesetzgebung deutlich wurde, sind für diese Aktivierung auch Maßnahmen bis hin zur Reduktion der Bezüge oder dem Ausschluss aus Hilfeprogrammen vorgesehen. Im Gegenzug wird betont, dass sich „Leistung wieder lohnen“ solle, gut verdienende „Leistungstragende“ und insbesondere große Unternehmen sollen durch gezielte Steuerenkungen „entlastet“ werden. Die dadurch entstehenden Lücken in den öffentlichen Haushalten führen zu sinkenden öffentlichen Leistungen, die durch Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement wieder ausgeglichen werden sollen.

2.3 Ein Vergleich beider „Wege“

Letztlich kommt es bei beiden Modellen zu einer Umgestaltung des Sozialstaats nach neoliberalem Vorbild. Beide Modelle vertreten einen eindeutigen Rückzug des Staates aus den Aufgaben der Regulierung und Begrenzung der typischen sozialen Probleme des Kapitalismus. Gleichzeitig werden jene, die mit diesen Problemen konfrontiert sind, immer deutlicher sich selbst überlassen und durch verschiedenste disziplinierende Maßnahmen dazu gedrängt, sich mit den Widersprüchen der globalisierten Wirtschaft zu arrangieren. Im Gegensatz zum US-amerikanischen Modell gibt es beim „Dritten Weg“ zwar noch deutlich mehr Aspekte traditioneller sozialstaatlicher Hilfe und Absicherung, diese werden jedoch durch eine zunehmende Aktivierung und Disziplinierung mehr und mehr relativiert und von einem Rückzug des Staates aus öffentlichen Aufgaben der Hilfe und Förderung begleitet.

Nach *Galuske* (2003, S. 72, 2002, S. 221) lassen sich bei beiden Modellen folgende inhaltliche Kernpunkte identifizieren:

- ▲ Deregulierung: tendenzieller Abbau von Arbeits- und Sozialrechten,
- ▲ Ökonomisierung: verstärkter Druck auf effizienten Einsatz der Mittel,
- ▲ Privatisierung: Rückzug öffentlicher Institutionen, Zunahme der Eigenverantwortung,
- ▲ Kommodifizierung: Druck zur Aufnahme von Arbeit, begleitende aktivierende Maßnahmen,
- ▲ Paternalisierung: Verknüpfung von Unterstützung und repressiven Mitteln.

3. Die Folgen für die Soziale Arbeit

Von den Veränderungen der grundsätzlichen Verständnisse über Wirtschaft, National- und Sozialstaat wird auch die Soziale Arbeit nachhaltig beeinflusst. Zunächst fallen durch die sinkenden öffentlichen Steuereinnahmen wichtige Mittel weg, die bislang traditionell zur Aufrechterhaltung der Angebotsstruktur der Sozialen Arbeit zur Verfügung standen. Im Gegenzug steigt durch die konkurrenzbezogene Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft die Zahl jener Personen, die mit den gestiegenen Anforderungen nicht mehr mithalten können und dadurch vermehrt von sozialen Problemen bedroht oder betroffen sind. Insbesondere durch die dauerhaft hohen Arbeitslosenquoten, die Zunahme der Zahl insbesondere junger Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen, den steigenden Bedarf an qualitativ hochwertigen, ergänzenden Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche, die Aufgaben der interkulturellen Integration und der Zunahme der Zahl betreuungsbedürftiger älterer

Menschen zeichnet sich ein steigender Bedarf an Angeboten der Sozialen Arbeit ab. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung und der durch den „Tod des Sozialen“ (Rose 2000) bedingten sinkenden Bereitschaft zu Kooperation und gegenseitiger Unterstützung entwickeln sich für die Soziale Arbeit vor allem drei Herausforderungen, die im Folgenden erläutert werden sollen.

3.1 Der Wandel der allgemeinen Orientierung von Vertrauen zur „Accountability“

Im Rahmen der Reformen der öffentlichen Verwaltungen ist eine allgemeine Tendenz zur Schaffung eines „Marktes der Sozialen Arbeit“ zu beobachten (Hinte 1996, S. 127). Im Zuge der Orientierung an den Grundsätzen „outputorientierter“ Steuerung und den Leitsätzen des „New Public Management“ wird der Versuch unternommen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung über die Einführung marktförmiger Steuerungsmechanismen effizienter zu gestalten. Von vielen Sozial-, Jugend- und Arbeitsämtern werden bereits marktorientierte Strukturen eingeführt, bei denen die öffentlichen Behörden als nachfragende Auftraggebende fungieren, die die Dienstleistungen der Sozialen Arbeit bei den anbietenden Trägern einkaufen.¹ Angesichts des meist größeren Angebots der Dienstleistungsanbietenden dürfen die Behörden als Nachfragende nur dem besten und preisgünstigsten Anbietenden den Zuschlag für eine Maßnahme erteilen. Für die einzelnen Einrichtungen hat diese marktförmige Neuorientierung die Folge, dass diese als konkurrierende Anbietende mit den anderen Trägern in zunehmende Konkurrenz geraten und sie sich mit einem in Qualität und Preis überzeugenden Angebot profilieren müssen. Da sich das „Kaufinteresse“ der öffentlichen Nachfragenden am öffentlichem Interesse orientieren muss, sollte nur ein wirklich effizientes Angebot einen Zuschlag erhalten. In der Praxis zeigt sich jedoch, beispielsweise bei der Vergabe von berufsvorbereitenden Maßnahmen oder von Aufträgen für Hilfen zur Erziehung, häufig das enttäuschende Bild, dass nahezu ausschließlich das Kriterium des niedrigsten Preises der Grund für eine Vergabe ist.

3.2 Accountability

Als Folge dieser Entwicklungen sehen Sommerfeld und Haller (2003) einen prinzipiellen Wandel der Art der Organisation und Kontrolle von Leistungserbringungen in der Sozialen Arbeit. Sie beschreiben einen Wandel vom bisherigen Grundprinzip des „Vertrauens“ zu jenem der „Accountability“ (Zugänglichkeit oder Rechenschaftspflicht). In dem für die Nachkriegsjahre leitenden Arbeitsprinzip des „Vertrauens“ wurden Qualität, Organisation und Kontrolle der

Leistungen der Sozialen Arbeit vor allem mit der Qualifikation und dem Fachwissen der ausführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begründet, die sich in ihrer Tätigkeit allenfalls einer kollegialen Selbstkontrolle unterziehen mussten. Die Geldgeber der Sozialen Arbeit vertrauten auf die Professionalität der Anbietenden und der ihnen prinzipiell zugeschriebenen Fähigkeit, die optimalen Formen der Lösung von sozialen Problemen zu finden. Im Zuge des Wandels zu marktförmigen Beziehungen zwischen öffentlichen Auftraggebern und anbietenden Trägern kommt es zum neuen Arbeitsprinzip der „Accountability“. Durch eine Orientierung an Effizienz und Kostensenkung beginnen die öffentlichen Auftraggebenden, von den Anbietenden Nachweise über Kosten, Wirkungen und Erfolge ihrer Arbeit zu verlangen. Wo bislang das Vertrauen in die Fachlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen genügte, werden nun ausweisbare Ergebnisse erwartet, die durch Nutzerstatistiken, Verfahren der Qualitätssicherung, Zertifizierungen, Peer Reviews und Nutzerbefragungen ermittelt werden sollen.

Neben der prinzipiell sinnvollen Herausforderung, die eigene Arbeit fundiert zu evaluieren, bringt diese Neuorientierung auch zweifelhafte Folgen für die Soziale Arbeit mit sich. Zunächst führt eine Orientierung an den Grundsätzen der Accountability zu einem erheblichen Mehraufwand für Aufgaben der Dokumentation, Verwaltung und Präsentation. Dies hat zwangsläufig eine Reduzierung der Zeitkapazität für die direkte Arbeit mit den Adressaten zur Folge. Darüber hinaus drohen angesichts der zentralen Orientierung an Effizienz und Effektivität rein ökonomisch bestimmte Begriffe und Größen die zentrale Rolle der eigentlichen Fachlichkeit der Sozialen Arbeit zu übernehmen (Kappeler 1999, S. 333). Die Ökonomie würde von ihrer bisherigen Rolle einer Bezugswissenschaft der Sozialen Arbeit zu jener einer Leitwissenschaft befördert werden. Insbesondere in jenen Fällen, in denen die legitimen Interessen der Zielgruppen der Sozialen Arbeit den Interessen der öffentlichen Anbietenden entgegenstehen, dürfte es in diesem Zusammenhang zunehmend schwieriger werden, dem professionellen Anspruch einer Zielgruppenorientierung gerecht zu werden (Staub-Bernasconi 2003, 2000, S. 159).

3.3 Aktivierung, Disziplinierung und Kontrolle

Vor dem Hintergrund des neoliberalen Leitbilds des selbstständigen und flexiblen Menschen erhält die Soziale Arbeit vermehrt neue Arbeitsaufträge der Aktivierung ihrer Zielgruppen zu einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung (Kessl/Otto 2003, Kessl 2000). In diesem Zusammenhang wird individuelle

„Hilfe“ primär als Mobilisierung und Aktivierung der subjektiven Selbstsorge der Adressatinnen und Adressaten betrachtet. Bezogen auf Gemeinwesen sollen im Zusammenhang mit einer aktivierenden Ausrichtung zudem alle verfügbaren Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts geweckt und gefördert werden (Bußmann; Stöbe-Blossey 2003).

Sowohl bei individueller Hilfe als auch beim bürgerschaftlichen Engagement ist die Soziale Arbeit im Kontext der aktivierenden Neuausrichtung von Tendenzen der Funktionalisierung bedroht. Sie wirkt immer dann funktionalisierend, wenn sie sich inhaltlich nicht mehr primär an den Interessen und Bedürfnissen der Hilfeempfangenden orientiert, sondern ihren Schwerpunkt bei der Hervorbringung gesellschaftlich verwertbarer Potenziale und Fähigkeiten setzt, ohne dies mit ihren Adressaten abzustimmen. Im Sinne einer Steigerung ihrer persönlichen Fähigkeiten und Chancen sowie einer Verbesserung ihres sozialen und kulturellen Umfeldes mögen viele Adressaten der Sozialen Arbeit das Anliegen der Aktivierung von Potenzialen gerne teilen. Wenn dieses Interesse bei einer Zielgruppe jedoch gar nicht vorliegt, kommt es zu großen Diskrepanzen zwischen dem Anspruch auf Leistung einer aktivierenden „Hilfe“ und den wirklichen Interessen der Hilfeempfangenden. Beispiele von Arbeitslosen, die zu Aktivierungsmaßnahmen bei einer gleichzeitig gegen null tendierenden Anzahl von Stellenangeboten verpflichtet werden, von lernschwachen Jugendlichen, die von einer berufsvorbereitenden oder qualifizierenden Maßnahme zur nächsten geschoben werden, ohne eine Aussicht auf einen Einstieg ins Berufsleben zu bekommen, oder von Flüchtlingsfamilien, die zu einem sozialverträglichen und aktiven Verhalten animiert werden und gleichzeitig viele Lebensperspektiven durch die restriktive Gestaltung des Ausländerrechts systematisch verbaut sehen, machen mögliche Diskrepanzen zwischen aktivierender Hilfe und den Bedürfnissen der Betroffenen deutlich. Eine Aktivierung in diesem Sinne wirkt paternalistisch und lässt sich mit der Formel „Empowerment ohne Emanzipation“ charakterisieren.

In jenen Situationen, in denen die Soziale Arbeit vereinnahmende gesellschaftliche Interessen über die Bedürfnisse ihrer Zielgruppe stellt, ohne ihr wirkliche Perspektiven bieten zu können, tritt der Aspekt der „Hilfe“ letztlich ganz in den Hintergrund und ordnet sich dem Prinzip der Kontrolle und Disziplinierung unter. Sicherlich bewegt sich die Soziale Arbeit immer zwischen den Polen von Hilfe und Kontrolle. Um jedoch eine reine Disziplinierung zu

vermeiden, sollte sich der Aspekt sozialarbeiterischer Kontrolle nicht an einer blinden Übernahme gesellschaftlicher Machtverhältnisse orientieren (Staub-Bernasconi 2000a). Mit einer Vernachlässigung der Einflüsse von Macht und gesellschaftlichen Interessen beschränkt sich die aktivierende Soziale Arbeit auf eine Disziplinierung ihrer Adressaten bis hin zur bloßen Verwaltung ihres dauerhaften Ausschlusses aus relevanten Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung. Um dies zu vermeiden, ist es unerlässlich, aktivierende Formen der Sozialen Arbeit an die Bedürfnisse und Interessen der Zielgruppe zu koppeln, die Ziele der Hilfe mit ihr dialogisch auszuhandeln und diese Ansprüche auch öffentlich zu verteidigen.

3.4 Prävention

Seit den ausgehenden 1990er-Jahren wird vor allem die Kinder- und Jugendhilfe verstärkt mit der Aufgabe der Prävention betraut (Kappeler 1999a, Freund; Lindner 2001). Sozialer Arbeit wird eine präventive, also einem vermeintlichen Übel vorgreifende Wirkung zugeschrieben, die zur zukünftigen Reduzierung unerwünschter Phänomene wie Gewalt, Sucht oder Kriminalität beitragen soll. Auf dem Hintergrund eines Anspruchs neoliberaler Optimierung der Individuen und gleichzeitig fortbestehender Phänomene von Gewalt, Sucht und Kriminalität entsteht ein verstärktes öffentliches Interesse, sich bei der Vermeidung dieser Phänomene besonders handlungsfähig zu zeigen. Unter diesen Vorzeichen wird Prävention zu einem kriminal- und ordnungspolitischen Instrument mit neoliberaler Prägung (Ziegler 2001). Viele Träger der Sozialen Arbeit wurden in den letzten Jahren mit der Anforderung konfrontiert, auch ihre Arbeit an kriminal-, sucht- oder gewaltpräventiven Aufgaben zu orientieren. Um auch in Zukunft an weitere Gelder gelangen zu können, versuchen diese im Gegenzug, ihre Arbeit in Projekt- und Förderanträgen sowie Berichten als besonders präventionswirksam darzustellen.

In einer präventiven Orientierung liegt, ähnlich wie beim Paradigma der Aktivierung, eine deutliche Gefahr der Funktionalisierung Sozialer Arbeit. Wenn sich präventive Arbeit primär an normativen Vorstellungen der Dominanzkultur über wünschenswerte und nicht wünschenswerte Lebensformen orientiert und dabei die Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppen ausblendet, wird Soziale Arbeit zu einem Normalisierungsagenten gesellschaftlich mächtiger Gruppen, der „gute“ und „schlechte“ Lebensentwürfe anhand von Machtinteressen definiert und „präventionsbedürftige“ Jugendliche als potenzielle Gefahrentragende stigmatisiert. Darüber hinaus bleibt zu beachten, dass die meisten Präventionsstrategien sich

letztlich nur auf vage Vermutungen stützen können, die bislang nicht empirisch belegt sind. Angesichts der vielfältigen, komplexen und oft gar unvorhersehbaren Einflussfaktoren bei der Entstehung von Gewalt, Sucht oder Kriminalität können die meisten Präventionsstrategien ihr Versprechen, die potenziellen Lebensrisiken junger Menschen in den Griff zu bekommen, realistischerweise gar nicht einlösen.

Um sich nicht mehr länger an stigmatisierenden und funktionalisierenden Präventionsprogrammen beteiligen zu müssen, schlägt *Kappeler* (1999a, S. 33) vor, Soziale Arbeit offensiv als aktive Arbeit an einer „Herstellung von Bedingungen für eine optimale Kultur des Aufwachsens“ auszurichten und sich dabei am Ziel der Entwicklung einer kultivierten und demokratischen Zivilgesellschaft zu orientieren. Letztlich dürfte eine solche Orientierung die formulierten Ziele präventiver Programme sogar realistischer erfüllen und dabei gleichzeitig die Nebenwirkung der Diskriminierung ihrer Adressaten vermeiden.

4. Professionelle Modernisierung

Angesichts der neoliberalen Umgestaltung ihrer gesellschaftlichen Kontexte zeigt sich für die Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit der dringende Bedarf einer aktiven Neupositionierung. Andernfalls droht sie durch Prozesse der Ökonomisierung und Funktionalisierung in ihrer bisherigen relativen Eigenständigkeit deutlich eingeschränkt zu werden. Zudem kommt sie in Gefahr, gegen die eigentlichen Interessen ihrer Adressaten zu handeln und an einer ungerechtfertigten Disziplinierung und Stigmatisierung ganzer Personengruppen mitzuarbeiten.

Die beschriebenen neoliberalen Entwicklungen entstehen jedoch auf dem Hintergrund eines weltweiten Wandlungsprozesses der Umgestaltung ganzer Gesellschaften, der von einflussreichen internationalen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Kultur in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen mitgetragen wird. Soziale Arbeit ist als Profession und Disziplin von diesen Einflussfaktoren eindeutig abhängig und wäre nicht einmal annähernd in der Lage, einen solchen globalen Prozess wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umgestaltung aufzuhalten (*Webb* 2003). Dennoch bleibt der Sozialen Arbeit die Möglichkeit, sich aus ihrer fachlichen Position heraus im Sinne einer professionellen Modernisierung (*Sommerfeld; Haller* 2003) diesen Herausforderungen zu stellen und eigene Perspektiven für ihren Einflussbereich zu suchen:

▲ Den ersten Bezugspunkt für eine professionelle Modernisierung bilden die an die Soziale Arbeit her-

angetragenen Erwartungen nach Accountability, Aktivierung und Prävention. Soziale Arbeit wird von ihren Geldgebern und politischen Unterstützern gefordert, Nachweise über die Wirkungen ihrer Arbeit zu liefern und ihre Mitwirkung bei der Aktivierung von Potenzialen und bei der Verhinderung von sozialen Problemen zu leisten. Entsprechend muss sie sich auf diese Anforderungen einstellen und hierfür geeignete Verfahren entwickeln.

▲ Den zweiten Bezugspunkt professioneller Modernisierung bildet die fachliche Anforderung einer Orientierung an den Bedürfnissen der Zielgruppen der Sozialen Arbeit. Dieser Anspruch lässt sich ausführlicher erläutern in der im „Systemischen Paradigma der Sozialen Arbeit“ formulierten „Theorie menschlicher Bedürfnisse“ finden (*Obrecht* 1998, 2001, S. 59 ff., *Staub-Bernasconi* 1995, S. 127 ff., *Geiser* 2004, S. 55 ff., *Klassen* 2004, S. 80 ff.). Bedürfnisse werden dort als objektiv vorliegende Spannungszustände betrachtet, die menschliche Individuen dazu anregen, ihr Handeln so auszurichten, dass sie in ausgeglichene Systemzustände kommen (*Obrecht* 1998). Neben den objektiv vorliegenden Bedürfnissen wird das Handeln von Menschen zudem von Wünschen geleitet. Diese sind im Gegensatz zu den Bedürfnissen jedoch lokal, historisch und subjektiv geprägt. Die Befriedigung von Wünschen gilt entsprechend nur dann als legitim, wenn diese die Bedürfnisbefriedigung anderer nicht hindert.

Im systemischen Paradigma der Sozialen Arbeit wird verdeutlicht, wie es angesichts sozialer Phänomene von Schichtung und Macht nur wenigen Privilegierten ermöglicht wird, Zugang zu Bedürfnisbefriedigenden Ressourcen zu erhalten, während dies gleichzeitig vielen anderen verwehrt bleibt. Im Anschluss daran werden soziale Probleme als mangelnde Gelegenheiten der Befriedigung von Bedürfnissen verstanden, die sozial oder persönlich bedingt sein können. Soziale Arbeit wird als Disziplin und Profession verstanden, die sich primär an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und sich für eine aktive Gestaltung des Sozialen einsetzt. Dabei verfolgt sie das Ziel, soziale Strukturen so zu gestalten, dass sie für eine möglichst umfassende Bedürfnisbefriedigung aller Menschen dienen. Durch diese Orientierung lässt sich im systemischen Paradigma der Sozialen Arbeit ein Theoriemodell mit prägnanten Gegenpositionen zum neoliberalen Modell finden.

Zusammenfassend kann professionelle Modernisierung innerhalb der im folgenden Schaubild erläuterten Einflussfaktoren statt finden:

Gesellschaftliche Anforderungen:

Accountability
Aktivierung
Prävention

Fachliche Anforderungen:

Wahrung der
Bedürfnisse der
Adressaten



Professionelle Modernisierung: Synthese beider Anforderungen

▲ Eine gelungene professionelle Modernisierung würde also bedeuten, Soziale Arbeit inhaltlich so auszurichten, dass sie den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird, ohne dabei die Bedürfnisse ihrer Adressaten zu vernachlässigen.

▲ Die an diesem Prozess beteiligten Interessen sind oft konträr, entsprechend werden hier immer wieder Konflikte entstehen. Um ihre fachliche Eigenständigkeit erhalten zu können, müssen Vertreterinnen und Vertreter aus Praxis und Theorie der Sozialen Arbeit die beteiligten konkurrierenden Interessen jeweils aus fachlicher Sicht bewerten. Jene Ansprüche ihrer Adressaten, die durch legitime Bedürfnisse begründbar sind, müssen gegenüber nicht legitimierbaren öffentlichen Interessen verteidigt werden. Als Orientierung für die Klärung der dabei auftretenden ethischen Dilemmata können die Ethikkodizes der International Federation of Social Workers (IFSW) oder des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) genutzt werden (Banks 2001, Borrmann 2004).

▲ Um eine Wahrung der Bedürfnisse ihrer Zielgruppen zu erreichen, muss sich die Soziale Arbeit fachliche Freiräume erkämpfen. Diese Freiräume müssen es erlauben, die Kriterien für Effektivität und Effizienz und die Art der zu fördernden Potenziale und Problemverhinderungen so mit definieren zu können, dass diese sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren.

▲ Zur Verteidigung dieser Freiräume müssen sich die Vertreter und Vertreterinnen der Sozialen Arbeit auf verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen artikulieren und Unterstützende aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft von ihren Anliegen überzeugen.

▲ Darüber hinaus kann die Soziale Arbeit mit ihrem soziokulturellen Einflüssen bei ihren Adressaten weiterhin an der Verbreitung, Förderung und Gestal-

tung des Gedankens der kooperativen Entwicklung in sozialen Systemen tätig werden und Menschen bestärken, diesen Grundsatz nicht den neoliberalen Formen gegenseitiger Konkurrenz unterzuordnen. Hierzu sollte Soziale Arbeit für eine Interessens- und Bewusstseinsarbeit auf gruppenbezogener, lokaler, nationaler und internationaler Ebene aktiv eintreten (Staub-Bernasconi 1995, S. 179).

▲ Zudem kann sich die Soziale Arbeit am Aufbau und der Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft aktiv beteiligen. Eine aktive und demokratische Zivilgesellschaft kann die Gestaltung von Lebensbereichen übernehmen, die durch den Rückzug des Staates brachliegen und/oder durch rein marktorientierte Interessen zerstört werden würden. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass solches Engagement nicht zu einer Legitimation eines weiteren Rückzugs staatlicher Institutionen aus öffentlichen Aufgaben führen darf. Ein aktives Verständnis von Zivilgesellschaft reicht zudem weit über eine bloße Verwertung von bürgerschaftlichem Engagement als kostenfreie Ressource hinaus, engagierten Personen müssen reale Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitgestaltung geboten werden.

Das Spannungsfeld professioneller Modernisierung bietet für die Soziale Arbeit eine Perspektive, ihre fachliche Zielsetzung in neoliberalen Kontexten weiter zu erhalten. Gelingt hier eine aktive Positionierung, ist der Anspruch einer Menschenrechtsprofession nicht nur eine idealistische Utopie, sondern ein praktisch fassbares und begründbares Leitbild. Um konkrete Wirkungen zu erreichen, müssen diese Annahmen jedoch durch aktives und engagiertes Handeln in Praxis und Theoriebildung der Sozialen Arbeit umgesetzt und weiter entwickelt werden.

Anmerkung

1 Hier ist festzuhalten, dass die Analogie eines Marktes in diesem Zusammenhang auf Grenzen stößt. Weder soll, wie bei anderen Marktmodellen üblich, die Nachfrage prinzipiell erhöht werden, noch haben die Anbietenden die Wahl, sich an mehrere Nachfragende zu wenden, da der Staat gewissermaßen als Monopolist auftritt.

Literatur

- Banks, S.: Ethics and Values in Social Work. Basingstoke 2001
Beck, U.: Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main 1997
Borrmann, S.: Die berufsethischen Prinzipien des DBSH. In: Forum Sozial 3/2004, S. 12-14
Bourdieu, P.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998
Bourdieu, P.: Gegenfeuer 2. Für eine europäische Soziale Bewegung. Konstanz 2001
Bußmann, U.; Stöbe-Blossey, S.: Aktivierung von Freiwilligenarbeit als Element eines aktivierenden Staates. In: Dahme, H.-J. u.a.: Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen 2003, S. 127-148

- Castells, M.:** Das Informationszeitalter. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen 2001
- Chomsky, N.:** Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg 2001
- Dahrendorf, R.:** Anmerkungen zur Globalisierung. In: Kemper, P.; Sonnenschein, U.: Globalisierung im Alltag. Frankfurt am Main 2002
- Freund, T.; Lindner, W.:** Prävention. Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit. Opladen 2001
- Fritz, T.:** Was ist das GATS? In: www.attac.de/gats/wasistdasgats.pdf, Rev. 2003-7-8 2003
- Fritz, T.; Scherrer, C.:** GATS – zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck. Hamburg 2002
- Galuske, M.:** Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft. Weinheim 2002
- Galuske, M.:** Arbeitsgesellschaft: Flexible Arbeit – Flexible Jugend? In: Rauschenbach, T. u.a.: Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft. Weinheim 2003, S. 63-83
- Geiser, K.:** Problem- und Ressourcenanalyse in der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 2004
- Giddens, A.:** Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt am Main 1997
- Habermas, J.:** Der gesplittete Westen. Frankfurt am Main 2004
- Hinte, W.:** Der heimliche Lehrplan der neuen Steuerungsmodelle, oder: Wider die Blendung durch Folien – für mehr Selbstbewusstsein im Umgang mit Kienbaum, Mummert und Bertelsmann. In: ÖTV: Soziale Dienste, Soziale Arbeit – Neuorganisation und Weiterentwicklung. Stuttgart 1996, S. 121-135
- Kappeler, M.:** Rückblicke auf ein sozialpädagogisches Jahrhundert. Frankfurt am Main 1999
- Kappeler, M.:** Bedeutung und Funktion von Prävention in der Jugendhilfe. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit 2/1999a S. 24-33 und 3/1999a, S. 8-18
- Kessl, F.:** Die Wiederentdeckung der Gemeinschaft? Zur Verschränkung der Diskurse „Aktivierung neuer Gemeinschaftlichkeit“ und „Soziale Arbeit“. In: Widersprüche 76/2000
- Kessl, F.; Otto, H.-U.:** Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zur neosozialen Programmierung Sozialer Arbeit. In: Dahme u.a.: a.a.O. 2003, S. 57-73
- Klassen, M.:** Was leisten Systemtheorien in der Sozialen Arbeit? Ein Vergleich der systemischen Ansätze von Niklas Luhmann und Mario Bunge. Bern 2004
- Nightingale, D.; Pindus, N.:** Privatization of Public services. In: www.urban.org/pubman/privitiz.html, Rev. 2003-6-3, 1997
- Mahnkopf, B.:** Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus. In: Prokla 2/2000, S. 489-525
- Obrecht, W.:** Umriss einer biopsychosozialen Theorie menschlicher Bedürfnisse. Arbeitspapier der Hochschule für Soziale Arbeit Zürich. Zürich 1998
- Obrecht, W.:** Das Systemtheoretische Paradigma der Disziplin und der Profession der Sozialen Arbeit. Eine transdisziplinäre Antwort auf das Problem der Fragmentierung des professionellen Wissens und die unvollständige Professionalisierung der Sozialen Arbeit. Hochschule für Soziale Arbeit Zürich. Zürich 2001
- Plewe, D.; Walpen, B.:** Wissenschafts- und ideologienpolitische Bollwerke – die internationale Mont Pèlerin Society und Think Tank Bewegung für eine neoliberale kapitalistische Globalisierung. In: Buchholz, C. u.a.: Unsere Welt ist keine Ware. Köln 2002, S. 185-196
- Rose, N.:** Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling u.a.: Gouvernamentalität der Gegenwart. Frankfurt am Main 2000, S. 72-109
- Sommerfeld, P.; Haller, D.:** Professionelles Handeln und Management. In: Neue Praxis 1/2003, S. 61-89
- Staub-Bernasconi, S.:** Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit – lokal, national, international. Bern 1995
- Staub-Bernasconi, S.:** Sozialrechte – Restgröße der Menschenrechte? In: Wilken, U.: Soziale Arbeit zwischen Ethik und Ökonomie. Freiburg im Breisgau 2000, S. 151-174
- Staub-Bernasconi, S.:** Machtblindheit und Machtvollkommenheit Luhmannscher Theorie. In: Merten, R.: Systemtheorie Sozialer Arbeit. Opladen 2000a, S. 225-242
- Staub-Bernasconi, S.:** Soziale Arbeit als (eine) „Menschenrechtsprofession“. In: Sorg, R.: Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Münster 2003, 17-54
- Webb, S.A.:** Local orders and global chaos in social work. In: European Journal of Social Work 2/2003, S. 191-204
- Ziegler, H.:** Prävention – Vom Formen der Guten zum Lenken der Freien. In: Widersprüche 79/2001

Qualitätsmanagement in Kindertageseinrichtungen

Claudia Degenhardt

Zusammenfassung

Qualitätsmanagementsysteme halten Einzug in Einrichtungen der Elementarpädagogik. Im Mittelpunkt dieses Artikels steht die Auseinandersetzung mit der Frage, welchen Stand Qualitätsmanagementsysteme in Kindertageseinrichtungen haben. Zusätzlich wurde erarbeitet, ob Qualitätsmanagementsysteme für diese Einrichtungen überhaupt geeignet sind. Basierend auf einem Diskussionspapier des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin wurden dazu Leiterinnen von acht Kindertageseinrichtungen in einer Interviewstudie befragt.

Abstract

Quality management systems more and more enter establishments of elementary pedagogics. Center of this article is a discussion of the status of quality management systems in day nursery. In addition it analyzes whether such systems in basic are suitable for these services. Directors of eight day nurseries were interviewed in this study based on a discussion paper by the German Institute for Economical Research in Berlin.

Schlüsselwörter

Kind - Kindertageseinrichtung - Qualität - Management - Entwicklung - empirische Untersuchung

1. Einleitung

„Qualitätsmanagement hat etwas mit Lebensgestaltung zu tun“. So lautet das Zitat einer der befragten Kindergartenleiterinnen, die zu ihrer Meinung bezüglich des Qualitätsmanagementsystems in ihrer Einrichtung befragt wurde. Was in der Wirtschaft schon seit vielen Jahren zur Sicherung von effizienten und effektiven Produktionsabläufen nicht mehr wegzudenken ist, taucht nun auch vermehrt im Bereich der Elementarpädagogik auf. Basierend auf dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) und letztendlich forciert durch die Kommunalisierung der Tageseinrichtungen für Kinder¹ entstehen Managementsysteme zur Festlegung und Erreichung von Zielen. Die Umsetzung sowohl der Systeme als auch der Fachtermini bereiten Schwierigkeiten. Lassen sich Produktionsabläufe zum Beispiel in einer Automobilfirma problemlos in einzelne Schritte aufgliedern, wird dies bei der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen ungleich schwieriger, da komplexer. Es muss also eine Modifikation sowohl der Managementsysteme als auch

der Begrifflichkeiten erfolgen. Dies wird bereits in zahlreichen Ansätzen umgesetzt. Bekannte Modelle wie die Kindergarten-Einschätz-Skala, der Kronberger Kreis und andere wurden entworfen und veröffentlicht. Sie bieten den Kindertageseinrichtungen Grundlagen für ein Qualitätsmanagementsystem.

Die Anforderungen an die Mitarbeitenden der Kindertageseinrichtungen rufen unterschiedliche Reaktionen hervor. Bei den einen stoßen die Systeme auf Ablehnung, während andere ihnen offen begegnen. Aus eigener Erfahrung kann ich berichten, dass sich die Mehrzahl bis heute gegen die Umsetzung eines Qualitätsmanagementsystems wehrt. Wie sieht es aber bei den Beschäftigten der Einrichtungen aus, die bereits ein solches System in ihre Arbeit integriert haben? Welchen Stand hat hier das Thema Qualitätsmanagement? Ist ein solches System für Kindertageseinrichtungen geeignet?

Um diese Fragen zu beantworten, wurden die Leiterinnen von acht Kindertageseinrichtungen mit einem Qualitätsmanagementsystem in Experteninterviews befragt. Zusätzlich entsprechen diese Einrichtungen mindestens einem der folgenden Kriterien: Ganztagesbetreuung, Regelkindergarten, eine Altersgruppe von 1-14 Jahren, öffentlicher, kirchlicher oder privater Träger. Auf Wunsch der Leiterinnen werden die Ergebnisse der Befragung anonymisiert wiedergegeben. Für die Interviews wurde ein Leitfaden mit insgesamt acht Fragen entwickelt, die auf einem Diskussionspapier des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) basieren. Es beinhaltet unter anderem acht Kriterien, die bei der Entwicklung und Einführung eines Qualitätsmanagementsystems beachtet werden sollen.

Ich habe dieses Diskussionspapier gewählt, da es meiner Ansicht nach alle Aspekte wiedergibt, die ein gut funktionierendes Qualitätsmanagementsystem erfüllen soll. Gleichzeitig ist es eine Alternative zu den bereits erwähnten Methoden, die in der Literatur zu finden sind. Die acht Kriterien des Diskussionspapiers bieten den Einrichtungen einen Rahmen zur Orientierung. Dieser Rahmen ist sehr offen gehalten. Im Gegensatz dazu ist zum Beispiel die revidierte Fassung der Kindergarten-Einschätz-Skala (KES-R) sehr differenziert. Sie beinhaltet meiner Meinung nach zu viele Vorgaben und lässt den Erziehenden bei der Umsetzung wenig Freiraum. Einen weiteren Vorteil im Diskussionspapier des DIW sehe ich darin, dass sich die Erziehenden bei der Erarbeitung „ihres“ Qualitätsmanagementsystems intensiver mit den Inhalten auseinandersetzen müssen. Die Kriterien sind:

▲ **Qualitätskonsens**²: Qualität ist ein neutraler Begriff. Um etwas als qualitativ gut zu beurteilen, setzen Menschen unterschiedliche Erwartungen in eine Dienstleistung. In Kindertageseinrichtungen treffen die unterschiedlichen Erwartungen des erziehenden Personals, der Kinder, der Eltern, des Trägers und der Gesellschaft bezüglich einer guten Qualität der Pädagogik aufeinander. Das bedeutet, dass ein Konsens über Aushandlungsprozesse gefunden werden muss. Bevor sich ein Team in einen solchen Prozess mit Eltern, Trägern und anderen Interessensgruppen begibt, muss es selbst einen Qualitätskonsens seiner Arbeit finden.

▲ **Messbarkeit und Überprüfbarkeit**: Gleichzeitig mit der Erarbeitung der Qualitätsstandards müssen die Erzieherinnen und Erzieher ein Verfahren entwickeln, das eine Überprüfung derselben ermöglicht. Dieses Verfahren muss garantieren, dass Theorie und Praxis des Qualitätsmanagementsystems übereinstimmen. Das bedeutet, dass Maßstäbe festgelegt werden müssen, anhand derer der Qualitätsstand gemessen werden kann. Um regelmäßig überprüfen und messen zu können, ist eine überschaubare Anzahl von Qualitätsstandards erforderlich.

▲ **Verbesserungsanreize**: Inhalt eines Qualitätsmanagementsystems ist unter anderem die Qualitätsentwicklung. Dies erfordert vom Personal einer Kindertageseinrichtung, dass so genannte „Mindeststandards“ formuliert werden. Zusätzlich müssen aber auch solche Standards erarbeitet werden, die zu der genannten Qualitätsentwicklung beitragen. Die Mindeststandards sollen dabei überschritten werden, um die Weiterentwicklung zu gewährleisten.

▲ **Offenheit**: Das Qualitätsmanagementsystem muss so gestaltet sein, dass neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Pädagogik jederzeit integriert werden können. Voraussetzung dafür ist, dass das Qualitätsmanagementsystem der Einrichtung mit neuen wissenschaftlichen Entwicklungen verglichen wird. Vorab muss aber gewährleistet sein, dass diese neuen Erkenntnisse erkannt werden. Diese Form des „offenen und lernenden“ Systems fördert die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems.

▲ **Neutralität**: Ein Qualitätsmanagementsystem bedarf einer regelmäßigen Evaluation. Mit dieser Methode wird festgestellt, ob und wie die definierten Standards in der Praxis umgesetzt werden. Ist und Soll werden verglichen. Um Interessenskonflikte zu vermeiden, sollten dies unabhängige Personen durchführen, die den Zielen der Einrichtung neutral gegenüberstehen. Der Nutzen einer solchen Evalua-

tion ist größer, wenn die Mitarbeitenden der evaluierenden Person „Anerkennung und Reputation“ entgegenbringen.

▲ **Pluralität**: Teile des Qualitätsmanagementsystems sollen so gestaltet sein, dass sie den unterschiedlichen Wünschen und Anforderungen der Eltern entsprechen können. Dies bezieht sich auf die Bereiche, die für Eltern bei der Wahl einer Kindertageseinrichtung entscheidend sind. Grundsätzliche pädagogische Inhalte und Ziele sind hiervon nicht betroffen.

▲ **Universalität**: Das Qualitätsmanagementsystem einer Kindertageseinrichtung muss gültig sein für alle Kinder und Eltern. Es darf keine Unterschiede bezüglich der Herkunft oder des Bildungsstandes der Kinder machen. Eine universelle Gültigkeit des Qualitätsmanagementsystems fördert „das Ziel der Chancengleichheit“.

▲ **Beteiligung aller Akteure**: Um ein Qualitätsmanagementsystem einzuführen, das von allen Seiten anerkannt wird, ist eine Beteiligung aller beteiligten Gruppen notwendig. Dieses Kriterium wird von mir weiter gefasst. Die einzelnen Akteursgruppen sollen meiner Ansicht nach nicht erst bei der Einführung des Qualitätsmanagementsystems hinzugezogen werden, sondern bereits bei seiner Entwicklung. Die einzelnen Anforderungen an das System müssen auf eine gemeinsame Basis gestellt und in einem fortlaufenden Prozess immer wieder neu diskutiert werden. Nur so kann eine breite Akzeptanz auf allen Seiten entstehen.

2. Ergebnisse der Expertinneninterviews

Die aufgelisteten Ergebnisse geben einen Überblick über die Antworten der befragten Leiterinnen. Sie treffen deshalb nicht auf jede Einrichtung zu.

2.1 Qualitätskonsens

Die Mitarbeitenden jeder der befragten Kindertageseinrichtungen sind zu einem Qualitätskonsens gelangt. Durch Teambesprechungen, interne Weiterbildungen, Vorgaben durch den Träger und ständige Reflexion sind folgende Merkmale einer guten Qualität erarbeitet worden:

- ▲ ein inhaltlich geplantes Ziel der pädagogischen Arbeit,
- ▲ eine Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Kinder,
- ▲ Maßnahmen, die zu einer Befriedigung der Lebenssituation der Kinder führen,
- ▲ die konkrete Zusammenarbeit zwischen den Eltern und dem Personal,
- ▲ eine gute Zusammenarbeit der Mitarbeitenden,

- ▲ Vergleich und Reflexion der aktuellen und der geleisteten Arbeit,
- ▲ neue pädagogische Tendenzen reflektiert in die Arbeit integrieren,
- ▲ Ressourcen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und des Umfelds nutzen,
- ▲ eine gute räumliche Ausstattung.

Der Qualitätskonsens bildet die Grundlage der Arbeit. Weil alle Mitarbeiterinnen gemeinsam diesen Konsens erarbeitet haben, ist gewährleistet, dass die Umsetzung zielgerichtet erfolgt.

2.2 Messbarkeit und Überprüfbarkeit

In allen Einrichtungen sind Verfahren vorhanden, die zu einer Überprüfung der Qualitätsstandards eingesetzt werden:

- ▲ regelmäßige (Selbst-)Evaluation der pädagogischen Angebote,
- ▲ regelmäßige (Selbst-)Evaluation der Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Aufteilung und Einrichtung der Räume,
- ▲ regelmäßig stattfindende Elterngespräche,
- ▲ Reflexion der Resonanz von Eltern und Kindern auf die pädagogische Arbeit,
- ▲ Vergleich der Bedürfnisse von außen und des Profils der Einrichtung,
- ▲ monatlich stattfindender Austausch zwischen Leitung und Mitarbeitenden,
- ▲ Reflexion über die Qualitätsstandards, sobald Theorie und Praxis des Qualitätsmanagementsystems nicht mehr übereinstimmen.

Die Ergebnisse der Überprüfung werden anhand folgender Maßstäbe bearbeitet:

- ▲ Ermittlung von Ist-Werten und der Vergleich mit Durchschnittswerten, die bei der Erarbeitung der Standards festgelegt wurden;
- ▲ Vergleich der Regelungen und Ziele des Qualitätsmanagementhandbuchs und der Praxis der pädagogischen Arbeit.

Damit die Ergebnisse der Messung und Überprüfung zu einer Modifikation führen, müssen Maßstäbe und Verfahren aufeinander abgestimmt sein.

2.3 Verbesserungsanreize

Verbesserungsanreize, wie sie im Diskussionspapier des DIW gefordert werden, sind bei der Erarbeitung der Standards nicht festgelegt worden. Vielmehr unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Qualitätsentwicklung durch folgende Möglichkeiten:

- ▲ Möglichst täglich erfolgt eine Aktualisierung des Ist-Standes.
- ▲ In Teambesprechungen und an Planungstagen

werden Zeiten ausschließlich zur Besprechung von Verbesserungsmöglichkeiten festgelegt.

- ▲ Einmal jährlich finden Zielauswertungsgespräche statt, um die festgelegten Qualitätsziele eventuell neu zu definieren.

Eine Qualitätsentwicklung kann durch diese Maßnahmen nicht jederzeit gewährleistet werden. Sie ist zum Beispiel abhängig von der Bedeutung anderer Themen in Teambesprechungen und der Struktur der pädagogischen Reflexion.

2.4 Offenheit

Eine Offenheit des Qualitätsmanagementsystems ist in den Einrichtungen nur bedingt gegeben. Die geforderten wissenschaftlichen Erkenntnisse werden nicht vermittelt. Die Öffnung bezieht sich vielmehr auf interne Abläufe:

- ▲ Zweimal jährlich erfolgt ein individueller Rückblick auf die Arbeit, gleichzeitig werden neue Ziele für das kommende halbe Jahr gesetzt.
- ▲ Teamgespräche werden zur Diskussion des Qualitätsmanagementsystems genutzt.
- ▲ Die Bedürfnisse der Kinder und ihrer Eltern werden ermittelt und mit Ergebnissen aus dem Vorjahr verglichen.

Die Ergebnisse dieses Kriteriums ähneln sehr den Ergebnissen der Verbesserungsanreize. Die Leiterinnen fordern eine Offenheit „ihres“ Qualitätsmanagementsystems und finden dies zwingend notwendig. Spezielle Methoden und Maßnahmen, wie zum Beispiel Literaturrecherchen oder Austausch mit anderen Einrichtungen, gibt es (noch) nicht.

2.5 Neutralität

In den Einrichtungen wird sowohl Selbst- wie auch Fremdevaluation angewendet. Es überwiegt die Selbstevaluation. Hierunter wird verstanden, dass sich die Beschäftigten einer Einrichtung gegenseitig evaluieren, während Fremdevaluation bedeutet, dass dieses eine außen stehende Person vornimmt:

- ▲ Eine Kollegin aus einer anderen Einrichtung übernimmt die Fremdevaluation.
- ▲ Elternumfragen, Elternfragebögen und Elterngespräche werden zur Fremdevaluation eingesetzt.
- ▲ Selbstevaluationsverfahren werden noch entwickelt.
- ▲ In Teambesprechungen findet regelmäßig Selbstevaluation statt.

Eine Neutralität ist in den meisten Einrichtungen nicht gegeben. Dennoch ist es hilfreich für das Qualitätsmanagementsystem, eine Selbstevaluation durchzuführen, anstatt darauf zu verzichten.

2.6 Pluralität

Dem Kriterium der Pluralität wird in keiner der Einrichtungen entsprochen. Im Diskussionspapier des DIW wird gefordert, dass die Elternwünsche und -erwartungen in die Entwicklung des Qualitätsmanagementsystems mit einbezogen werden. In den Einrichtungen werden Fragen und Wünsche der Eltern auf folgende Art ermittelt:

- ▲ Beim Aufnahmegespräch werden den Eltern die Leistungen der Einrichtung vorgestellt.
- ▲ Halbjährlich oder jährlich finden Elterngespräche statt.
- ▲ Elternfragebögen werden zu Themen für Elternabende entwickelt.

Die Ergebnisse dieser Interaktionen zwischen Eltern und Erziehenden haben aber keinen Einfluss auf das Qualitätsmanagementsystem. Probleme oder Fragen werden erst dann geklärt, wenn sie entstanden sind.

2.7 Universalität

Es gibt derzeit kein Qualitätsmanagementsystem, das für alle Kindertageseinrichtungen eines Bundeslandes allgemein gültig ist. So verhält es sich auch mit den Qualitätsmanagementsystemen der befragten Einrichtungen:

- ▲ Es wurden Qualitätsmanagementsysteme individuell für die Einrichtungen entwickelt.
- ▲ Alle Einrichtungen eines Trägers arbeiten nach demselben Qualitätsmanagementsystem.

Kindertageseinrichtungen kirchlicher, kommunaler und privater Träger haben Qualitätsmanagementsysteme entwickelt, die so vielfältig sind wie ihre pädagogischen Ziele und Interessen.

2.8 Beteiligung aller Akteure

Ein Qualitätsmanagementsystem soll die Bedürfnisse aller beteiligten Akteursgruppen³ erfüllen können.

Um dies zu gewährleisten, muss bei der Erarbeitung des Systems garantiert sein, dass alle Akteursgruppen ihre Bedürfnisse äußern können. In den befragten Einrichtungen wurde dies wie folgt umgesetzt:

- ▲ Ein Qualitätsmanager hat das Team der Einrichtung bei der Entwicklung unterstützt.
- ▲ Die Erzieherinnen der Einrichtung haben das Qualitätsmanagementsystem selbstständig erarbeitet.

Um die Unterstützung und Akzeptanz des Qualitätsmanagementsystems von allen Seiten zu bekommen, ist eine Auseinandersetzung mit den Akteursgruppen und ihren Interessen Voraussetzung.

3. Diskussion der Ergebnisse

Die aktuelle Entwicklung in unserer Gesellschaft

fordert die Einführung von Qualitätsmanagementsystemen in Kindertageseinrichtungen. Welchen Stand Qualitätsmanagementsysteme derzeit in Kindertageseinrichtungen haben und inwieweit diese Systeme geeignet sind, ist derzeit unklar.

3.1 Qualitätskonsens

Die Interviews zeigen bezüglich des Kriteriums des Qualitätskonsenses, dass dies in allen Einrichtungen nur teilweise erfüllt wird. Zwar haben die Beschäftigten einen Qualitätskonsens gefunden, es fehlt jedoch überall eine Auseinandersetzung mit den Qualitätserwartungen beispielsweise des Trägers und der Eltern.

In den Befragungen werden alle relevanten Qualitätsmerkmale genannt, die eine gute pädagogische Arbeit ausmachen. Daraus lässt sich schließen, dass sich die Erzieher und Erzieherinnen ausführlich mit diesem Thema auseinander gesetzt haben. Ein Qualitätsmanagementsystem kann erfolgreicher umgesetzt werden, wenn die Mitarbeitenden „von Beginn an umfassend einbezogen werden“ (*Glöckner-Hertle; Wünsche* 2000, S. 54). Die pädagogische Arbeit mit den Kindern wird jedoch von weiteren Faktoren beeinflusst, zum Beispiel von den Erwartungen des Trägers und den Erziehungsvorstellungen der Eltern. Sie fließen täglich bewusst oder unbewusst in die Arbeit mit ein. Diese Qualitätsmerkmale werden von außen an die Erziehenden gerichtet. Um ihnen gerecht zu werden, muss sich eine Kindertageseinrichtung öffnen. Der Qualitätskonsens der dort Tätigen muss mit diesen weiteren Erwartungen diskutiert werden. Daraus entsteht ein erweiterter Qualitätskonsens der Einrichtung. So wird eine Grundlage für ein Qualitätsmanagementsystem geschaffen, mit welchem theoretisch alle Erwartungen erfüllt werden können.

Es bleibt festzuhalten, dass intern zwar eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Qualität stattgefunden hat, eine Erweiterung des Fokus auf andere beteiligte Gruppen jedoch nicht erfolgt ist. Auch *Erath* und *Amberger* weisen darauf hin, dass sich eine Kindertageseinrichtung immer auch daran messen lassen muss, inwiefern sie den Qualitätserwartungen der Interessenspartner gerecht wird (*Erath; Amberger* 2000, S. 49).

3.2 Messbarkeit und Überprüfbarkeit

Auch bezüglich der Messbarkeit und Überprüfbarkeit weisen die Qualitätsmanagementsysteme der befragten Einrichtungen Lücken auf. In allen Einrichtungen sind Verfahren vorhanden, die zur Überprüfung der Standards eingesetzt werden. Aber nur

wenige haben auch Maßstäbe festgelegt, um die Ergebnisse der Überprüfung mit dem Soll-Zustand zu vergleichen. Die Verfahren wie auch die Maßstäbe wurden unabhängig von den Standards entwickelt. Es besteht das Risiko, dass sie nicht zu den Standards passen. Somit gibt eine Überprüfung kein realistisches Bild des Ist-Zustandes wieder. Genauso verhält es sich mit den Maßstäben. Da auch sie willkürlich zu den Standards entwickelt wurden, können sie keine Tatsachen wiedergeben. Modifikationen müssen unter Umständen nach kurzer Zeit wieder verändert werden, da sie auf fehlerhaften Grundlagen der Überprüfung und Messung entwickelt wurden.

Eine gemeinsame Entwicklung von Qualitätsstandards und entsprechenden Methoden zur Überprüfung und Messbarkeit ist nicht erfolgt. Vielmehr werden in den Einrichtungen überwiegend willkürliche Verfahren und Maßstäbe eingesetzt, um die Standards zu modifizieren. Die Entwicklung von Überprüfungsverfahren ist jedoch wichtig, um zu ermitteln, welche Standards in der täglichen Arbeit mit den Kindern überhaupt umgesetzt werden und welche Bedeutung sie haben (*Glöckner-Hertle; Wünsche* 2000, S. 14).

3.3 Verbesserungsanreize

„Qualitätsentwicklung kommt nicht aus, ohne Standards für die zu erreichende Qualität festzulegen“ (*Pape; Kobelt-Neuhaus* 2002, S. 11). Mit dieser Forderung unterstreichen die Autorinnen das Kriterium der Verbesserungsanreize des DIW. Die Ergebnisse der Experteninterviews haben gezeigt, dass diesem Kriterium in den befragten Kindertageseinrichtungen nicht entsprochen wird. Ähnlich wie im vorhergehenden Kriterium wurden hierzu noch keine konkreten Verfahren entwickelt. Durch fehlende Orientierungspunkte erfolgt eine Weiterentwicklung des Systems wieder nur willkürlich. Sie ist unter anderem abhängig von der Motivation der Beschäftigten und der wirklichen Bereitschaft, Zeit in Gespräche zu investieren. Um aber die Aktualität des Qualitätsmanagementsystems zu gewährleisten, müssen Ziele definiert werden. Sie geben die Richtung vor, in welche sich die Einrichtung entwickeln möchte. Ob eine Weiterentwicklung oder eine Stagnation des Systems eingetreten ist, wird durch eine Überprüfung dieser Ziele erkannt. *Hiltrud von Spiegel* nennt es „Handwerkszeug“, das die Erzieherinnen und Erzieher brauchen, um „die pädagogische Arbeit auszuwerten“ und eine Weiterentwicklung des Systems zu garantieren (*Spiegel* 2002, S. 263). Unter dem Begriff „Handwerkszeug“ werden konkrete Methoden und der richtige Umgang damit zusammengefasst.

Eine Weiterentwicklung der Qualitätsmanagementsysteme in den befragten Kindertageseinrichtungen soll an dieser Stelle jedoch nicht ganz ausgeschlossen werden. Aber ich weise darauf hin, dass dies ohne konkrete Zielvorstellung sehr viel zeit- und unter Umständen auch kostenaufwändiger ist. Es besteht die Gefahr, dass Prozesse eingeleitet werden und sich nach kurzer Zeit herausstellt, dass diese nicht die beabsichtigte Wirkung erzielen. Gegenmaßnahmen müssen ergriffen werden, in deren Umsetzung zusätzlich Zeit investiert werden muss.

3.4 Offenheit

Die im Diskussionspapier des DIW geforderte Offenheit des Qualitätsmanagementsystems wird ebenfalls nur sehr begrenzt erfüllt. Die Arbeit mit den Kindern wird intern zwar offen reflektiert – doch ich erinnere an die Ergebnisse des Kriteriums Messbarkeit und Überprüfbarkeit, die auf mangelhafte Verfahren und Maßstäbe hinweisen. Eine geforderte Eigenschaft des Qualitätsmanagementsystems soll sein, dass es ein „offenes und lernendes System“ (*Spieß; Tietze* 2001, S. 14) ist, in welches wissenschaftliche Erkenntnisse reflektiert integriert werden. Wie beim Kriterium der Verbesserungsanreize muss dazu der Fokus der Beschäftigten erweitert werden. Das erfordert eine regelmäßige Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, sei es aus der Pädagogik, der Psychologie oder anderen Disziplinen. Empirische Daten sollen berücksichtigt werden, fordert auch *Meinhold* (1998, S. 50). In der Praxis bedeutet dies, dass die Erziehenden in ihrer Vorbereitungszeit regelmäßig und konsequent Literatur- oder Internetrecherchen betreiben. Die Ergebnisse dann werden in Teambesprechungen diskutiert. Es soll daraus eine reflektierte Integration der neuen Erkenntnisse folgen. Ich weise hier deutlich darauf hin, dass diese Auseinandersetzung reflektiert erfolgen muss. Offenheit bedeutet auch, dass sich die Mitarbeitenden bewusst gegen die Umsetzung neuer Erkenntnisse entscheiden, weil diese beispielsweise nicht in das Qualitätsmanagementsystem passen oder zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht umgesetzt werden können, da wichtige Voraussetzungen fehlen.

3.5 Neutralität

Das Kriterium der Neutralität wird nur in einer der befragten Einrichtungen umgesetzt. In dieser Einrichtung findet jährlich eine Fremdevaluation statt. Die anderen Einrichtungen haben die Form der Selbstevaluation gewählt. Erneut stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit. Wie bereits in mehreren Kriterien herausgearbeitet wurde, fehlen konkrete Verfahren und Maßstäbe für eine Reflexion der Arbeit. So auch

bei der Selbstevaluation. Hier fordert der „Nationale Kriterienkatalog“ die Leitungen von Kindertageseinrichtungen auf, den Beschäftigten „Verfahren zur Selbsteinschätzung ihrer Arbeit“ zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, „dass diese genutzt werden“ (Viernickel 2003, S. 273).

Vorteil einer Fremdevaluation ist die Distanz, die die evaluierende Person gegenüber den Beschäftigten in der Einrichtung und dem Träger hat. Unterschiede zwischen Standards und pädagogischer Praxis werden deutlicher erkannt und können direkt angesprochen werden. Aus eigener Erfahrung kann ich berichten, dass dies in den meisten Fällen jedoch nicht erwünscht ist. Einer außen stehenden Person werden nur ungern Einblicke in die Arbeit gewährt. Leider wird Kritik in den wenigsten Fällen als Chance zur Verbesserung und Weiterentwicklung gesehen. Vielmehr werden kritische Anmerkungen als Angriff auf die geleistete Arbeit und damit auf die eigene Person empfunden. Vorbeugend werden daher interne Abläufe nicht offen gelegt. Die Beschäftigten verschließen so „ihr“ Qualitätsmanagementsystem vor wichtigen Entwicklungsprozessen.

3.6 Pluralität

Bezüglich der Pluralität hat sich gezeigt, dass diesem Kriterium in keiner der Einrichtungen entsprochen wird. Elternwünsche und -erwartungen fließen in keiner der Einrichtungen in das Qualitätsmanagementsystem ein. Das bedeutet nicht, dass diese nicht ermittelt werden. Allerdings haben sie keine Auswirkungen auf das Qualitätsmanagementsystem. Deshalb werden sowohl im „Nationalen Kriterienkatalog“ wie auch im KJHG eine intensive Zusammenarbeit von Eltern und Erzieherinnen gefordert. Denn für Kinder ist es wichtig, dass ihre beiden Welten „zueinander passen“ (*ebd.*, S. 251).

Die Ergebnisse der Experteninterviews zeigen, dass die Qualitätsmanagementsysteme Lücken aufweisen. Der Bedeutung der Eltern als Erziehungspartner wird nicht entsprochen. Vielmehr werden sie aus den pädagogischen Prozessen ausgegrenzt. Unstimmigkeiten zwischen dem System und Elternanforderungen werden in Einzelgesprächen gelöst. Für die Arbeit der Erziehenden bedeutet dies, dass zusätzliche Zeit in die Gespräche investiert werden muss. Wenn Grundsätzliches im Qualitätsmanagementsystem verankert ist und Eltern darüber informiert sind, entfällt die Hälfte der täglich geführten Gespräche. Und zusätzlich können unklare Absprachen innerhalb des Teams dazu führen, dass für ein Problem eventuell mehrere Lösungen gesucht werden und Eltern sich ungerecht behandelt fühlen.

Aus eigener Erfahrung kann ich berichten, dass Eltern in der Regel ähnliche Anliegen haben. Haben sich die Mitarbeiterinnen einer Einrichtung gemeinsam mit den Eltern auseinander gesetzt und Lösungswege in das Qualitätsmanagementsystem integriert, müssen weniger Gespräche geführt werden. Unterstützt werden hier *Glöckner-Hertle* und *Wünsche* zitiert, die fordern, dass „Erwartungen und Wünsche der Kunden⁴ befriedigt werden“ (*Glöckner-Hertle; Wünsche* 2000, S. 70).

3.7 Universalität

Die Anforderungen des Kriteriums der Universalität können die Einrichtungen derzeit noch nicht erfüllen. Dazu müssen politische Entscheidungen getroffen werden, die festlegen, dass bundesweit ein einheitliches Qualitätsmanagementsystem entwickelt und umgesetzt wird. Momentan ist dies nicht der Fall und es sind keine Tendenzen zu erkennen, die darauf hindeuten, dass sich dies in absehbarer Zeit ändern wird.

Die Universalität der Qualitätsmanagementsysteme wird gefordert, um Kindern eine einheitliche Grundlage für ihre Entwicklung zu bieten. Wie aus den Ergebnissen zu sehen ist, gibt es Träger, die ein einheitliches Qualitätsmanagementsystem für ihre Einrichtungen entwickelt haben. Das dient nicht nur den Kindern, sondern auch dem Team. Das Qualitätsmanagementsystem wird von einigen Beschäftigten in so genannten Qualitätszirkeln erarbeitet. Regelmäßige Treffen und der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen garantieren die Aktualität und den Bezug zu der einzelnen Einrichtung. Diese Vorgehensweise ermöglicht einen Erfahrungsaustausch, Fehler müssen in der Regel nur einmal gemacht werden und Synergieeffekte sorgen dafür, dass die Einrichtungen von den Erfahrungen untereinander profitieren. Kindern kann daher keine Chancengleichheit gewährleistet werden, solange es für die Kindertageseinrichtungen noch kein einheitliches Vorgehen im Bereich des Qualitätsmanagements gibt. Das bedeutet, sie verlassen die Kindertageseinrichtungen mit unterschiedlichen Qualifikationen.

3.8 Beteiligung aller Akteure

Nach Aussagen der Leitungen werden auch die Anforderungen an das letzt genannte Kriterium, die Beteiligung aller Akteure, nur teilweise erfüllt. Einige Einrichtungen erfüllen das Kriterium überhaupt nicht. Sie haben ein Qualitätsmanagementsystem ohne Beteiligung einer der Akteursgruppen entwickelt. Andere haben Qualitätsmanager hinzugezogen, jedoch keine weiteren Akteure. Ohne Beteiligung der Akteursgruppen können diese die Umsetzung des

Qualitätsmanagementsystems in der Praxis nicht unterstützen. Ihnen fehlen die grundlegenden Informationen. Den Mitarbeitenden wiederum fehlen die Bedürfnisse und Erwartungen, die die Akteursgruppen möglicherweise an das Qualitätsmanagementsystem haben. Das erfordert auch bei diesem Kriterium eine Offenheit der Erzieher und Erzieherinnen. Sie müssen erkennen, wer zu den beteiligten Akteursgruppen gehört. Mit diesen muss ein Austausch stattfinden, um theoretische und praktische Inhalte miteinander zu vereinbaren. Nur so kann die Entwicklung und Umsetzung eines Qualitätsmanagementsystems reibungslos erfolgen. Auf diesem Weg wird garantiert, dass keine Bedürfnisse vergessen oder übergangen werden und nachträglich in das System integriert werden müssen. Dies entspricht einem der Grundsätze des Qualitätsmanagements, wie sie in der *EN ISO 9000:2000* zu finden sind: der „Einbeziehung der Personen“. Hier wird beschrieben, dass alle Beteiligten „das Wesen einer Organisation (ausmachen und) ihre vollständige Einbeziehung (es) ermöglicht, ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Organisation einzusetzen“ (*DGQ 2003*, S. 9).

4. Fazit

Die Auswertung der Experteninterviews auf Grundlage der Forderungen des DIW hat ergeben, dass Qualitätsmanagementsysteme in Kindertageseinrichtungen einen besseren Stand haben als noch vor einigen Jahren. Die Teams der Einrichtungen setzen sich vermehrt mit dieser Thematik auseinander. Sie stehen der Thematik nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenüber. Die Anzahl derer, die ein solches System in die Arbeit integrieren, nimmt stetig zu. Dennoch ist diese Auseinandersetzung noch nicht in dem Maße geschehen, wie sie meiner Meinung nach bereits hätte erfolgen können und müssen. Dies zeigt sich vor allem daran, dass keine der Einrichtungen bei der Entwicklung ihres Qualitätsmanagementsystems außen Stehende hinzugezogen hat. Nach wie vor werden keine Einblicke in die tägliche Arbeit gewährt. Dies gilt für Eltern, den Träger oder andere Kindertageseinrichtungen, aber auch für Fachpersonal aus anderen Disziplinen. Deren Bedeutung für das Qualitätsmanagementsystem ist vielen Erzieherinnen nicht bewusst. Wertvolle Impulse gehen dadurch verloren.

Um Qualitätsmanagementsysteme richtig in die Arbeit zu integrieren, muss ein Umdenken stattfinden. Eine Auseinandersetzung mit diesen Gruppen und ihren Interessen muss als Chance gesehen werden, die pädagogische Arbeit noch besser leisten zu können als bisher. Prinzipiell sind Qualitätsmanagementsysteme für den Bereich der Elementarpädago-

gik sogar sehr gut geeignet. Sie dienen dem „Leiten und Lenken einer Organisation bezüglich der Qualität“ (*ebd.*, S. 22). Sie lassen sich in der Arbeit mit Kindern einsetzen wie auch in der Industrie, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Eine Kindertageseinrichtung hat ebenso Ziele wie Firmen. Um diese Ziele effektiv und effizient zu erreichen, hilft das Qualitätsmanagementsystem beiden Organisationssystemen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die pädagogische Arbeit – wie erläutert – offen gestaltet werden muss.

Als abschließenden Hinweis erinnere ich an das Eingangszitat: „Qualitätsmanagement hat etwas mit Lebensgestaltung zu tun“. Übertragen auf die Gestaltung des Kindergartenalltags heißt das: Wenn die Erzieherinnen und Erzieher den Wert ihrer Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit fundiert darstellen können, wird dies dem Berufsbild auf längere Zeit gesehen zu einer Imageverbesserung verhelfen.

Anmerkungen

1 Im Folgenden „Kindertageseinrichtung“ genannt.

2 „Zitate“ und Zusammenfassung entnommen aus: Spieß; Tietze 2001.

3 Akteursgruppen einer Kindertageseinrichtung sind neben den Mitarbeitenden, den Kindern und Eltern beispielsweise auch der Träger, andere Einrichtungen des Stadtteils und/oder Essenslieferanten. Aber auch Fachleute aus anderen Disziplinen, wie zum Beispiel der Psychologie oder Soziologie, und Gewerkschaftsvertreter gehören dazu.

4 Unter Kunden verstehen die Autoren alle Gruppen, die in irgendeiner Form Kontakt zu der Einrichtung haben, dies reicht von den Kindern über die Beschäftigten bis hin zu Vertretern.

Literatur

DGQ: Normen zum Qualitätsmanagement. Berlin 2003

Erath, Peter; Amberger, Claudia: Das KitaManagementKonzept. Kindertagesstätten auf dem Weg zur optimalen Qualität. Freiburg im Breisgau 2000

Glöckner-Hertle, Ulrike; Wünsche, Michael: Qualitätsmanagement in Kindertagesstätten. Offenbach 2000

Meinhold, Marianne: Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 1998

Spieß, C. Katharina; Tietze, Wolfgang: Gütesiegel als neues Instrument der Qualitätssicherung von Humandienstleistungen. Gründe, Anforderungen und Umsetzungsüberlegungen am Beispiel von Kindertageseinrichtungen. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin. Diskussionspapier Nr. 243/2001

Viernickel, Susanne (Hrsg.): Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder. Ein nationaler Kriterienkatalog. Weinheim 2003

Pape, Inge; Kobelt-Neuhaus, Daniela. Es muss nicht immer ein ganzes Handbuch sein. In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik 10/2002, S. 8-11

Spiegel, Hiltrud von: Qualität selbst bestimmen. In: deutsche jugend 6/2002, S. 256-264

► Allgemeines

Rückläufige Arbeitszeit. Seit 1970 ist die jährliche Arbeitszeit je erwerbstätiger Person im Durchschnitt um gut ein Viertel gesunken. Grund dafür ist vor allem die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit, die Ausweitung des Urlaubsanspruchs und der Abbau von Überstunden. In den 1990er-Jahren ging die Verkürzung der Arbeitszeit fast ausschließlich auf die Ausweitung von Teilzeitarbeit, die Angleichung der neuen Bundesländer an das West-niveau und konjunkturelle Einflüsse zurück. 1970 hat im früheren Bundesgebiet ein Erwerbstätiger beziehungsweise eine Erwerbstätige 1956 Stunden im Jahr gearbeitet. 1991 waren es in Westdeutschland noch 1542 Stunden, 2002 in Gesamtdeutschland nur noch 1443 Stunden.
Quelle: Deutsche Angestelltenzeitung DHV 1.2005

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Bayern. 56 % der Bevölkerung wünscht sich bessere Informationen über die Möglichkeiten freiwilligen Engagements, das hat der Freiwilligensurvey 2004 ergeben. Die Informationswege vor Ort zu verbessern und weiter auszubauen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Landesnetzwerks in Bayern. Zahlreiche Informationen rund um das Thema Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in Bayern wurden im letzten Jahr auf den Internetseiten (www.wir-fuer-uns.net) gesammelt. Die Geschäftsstelle in Nürnberg arbeitet mit über 30 Freiwilligenagenturen beziehungsweise -zentren, rund 20 Selbsthilfekontaktstellen, über 90 Familien- und Mütterzentren sowie derzeit 15 Seniorenbüros in Bayern zusammen. Damit ist ein umfassendes Netz von über 150 Einrichtungen geschaffen, bei dem sich Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten eines eigenen Engagements informieren können. Außerdem lassen sich immer mehr Gemeinden vom Landesnetzwerk beraten, um bürgernahe Anlaufstellen für das Ehrenamt zu schaffen. Für 2005 sind verschiedene Projekte in Planung: Vor allem sollen Modellprojekte initiiert werden, die in Kindergärten und Schulen die jungen Menschen zu freiwilligem Engagement ermuntern. Anschrift: Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Gostenhofer Hauptstr. 61, 90443 Nürnberg, Tel.: 09 11/27 29 98 21, Fax: 09 11/929 66 90
E-Mail: lbe@iska-nuernberg.de

Transitions in Life – Hilfe bei Übergängen. Mit diesem Titel startete der Transatlantische Ideenwettbewerb USable im Januar 2005 eine neue Ausschreibung. Gesucht werden Ideen und funktionierende Praxismodelle aus den USA, die auch in Deutschland Menschen bei der Bewältigung von Übergängen helfen können. Für überzeugende Konzepte – und die Umsetzung innovativer Ideen in Deutschland – stellt die Körber-Stiftung Preise und Fördermittel von insgesamt 150 000 Euro bereit. Bei diesem Ideenwettbewerb gerät jenseits der Tagespolitik ein Amerika in den Blick, das viele lokale und regionale Initiativen hervorbringt, die Menschen in Übergangssituationen begleiten – als Pro-

gramme zur Unterstützung Hilfebedürftiger ebenso wie als Selbsthilfeprojekte. Ein traditionell stark ausgeprägtes Bürgerengagement, Serviceorientierung und Innovationsfreude in den USA prägen erfolgreiche Projekte für Übergänge wie zum Beispiel Selbsthilfegruppen bei Krankheit, Karriereplanung am Ende des Studiums, Welcome-Programme für neu Zugezogene oder Erziehungsberatung für junge Eltern. Informationen: USable, Kurt-A.-Körber-Chaussee 10, 21033 Hamburg, Tel.: 040/72 50-38 67, Fax: 040/72 50-39 22, E-Mail: usable@stiftung.koerber.de

Für ein gesundes Berufsleben. Seit 75 Jahren Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Von Wolfgang Krischke und Ralf Rumpel. Hrsg. Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Selbstverlag. Hamburg 2004, 270 S., EUR 29,90
DZI-D-7029

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) gehört heute zu den größten Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung. Im Mai 2004 wurde sie 75 Jahre alt. Aus diesem Anlass wurde diese Chronik aufgelegt, die die wechselhafte Geschichte der BGW beschreibt und mit vielen Abbildungen versehen wurde. Bestellanschrift: BGW, Postfach 76 02 24, 22052 Hamburg, Tel.: 040/202 07-0, Fax: 040/202 07-906

Fit fürs Schöffenamts. Unter dem Motto „Fit fürs Schöffenamts“ startet eine bundesweite Aktion zur Einführung und Fortbildung neu ins Amt berufener Schöffinnen und Schöffen. „Wir wollen auch nach außen sichtbar machen, welch große Bedeutung wir dem Laienrichtertum in unserem Rechtsstaat beimessen“, sagte Brigitte Zypries, Bundesjustizministerin und Mitglied im Kuratorium der Aktiven Bürgerschaft. Um die neuen Laienrichter und -richterinnen für ihre ehrenamtliche Arbeit an den Straferichtern fit zu machen, führen die Landesjustizverwaltungen erste Einführungsveranstaltungen durch. Unterstützt werden sie vom Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und dem Deutschen Volkshochschulverband. *Quelle: Aktive Bürgerschaft e.V., Newsletter 38-2005*

► Soziales

Arbeitslosenhilfe. Die Bundesagentur für Arbeit hat etlichen Arbeitslosen wegen einer fehlenden Härtefallregelung seit 2002 zu Unrecht Arbeitslosenhilfe verweigert. Wie das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel entschied, hätten bei der Prüfung der Bedürftigkeit von Arbeitslosen ohne Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherungen zur privaten Altersvorsorge nicht als Vermögen berücksichtigt werden dürfen (Az.: B 7 AL 30/04 R). Wie viele Menschen nun auf eine Nachzahlung pochen können, konnte das BSG nicht beziffern. In den neuen Regelungen seien Härtefälle wieder berücksichtigt. *Quelle: VdK Zeitung 2.2005*

Gemeinschaftliches Wohnen im Alter. Eine wachsende Zahl älterer Menschen wollen im Alter bewusst ihre Wohnsituation verändern und eine neue Lebensform ausprobieren. Gemeinschaftliches Wohnen scheint für sie eine passende Lösung für ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter sein. Dahinter verbirgt sich ein Spektrum unterschiedlicher Wohnkonzepte. Neben den Wohn- und Hausgemeinschaften verfolgen auch Projekte des Mehr-Genera-

tionen-Wohnens beziehungsweise des integrierten Wohnens das Ziel gemeinschaftlichen Lebens. In Zusammenarbeit mit dem „Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V.“, „Neues Wohnen im Alter e.V.“, der „Wohnbund-Beratung NRW“ und dem Grundlagenreferat Wohnen des Kuratoriums Deutsche Altershilfe beleuchtet „Forum Seniorenarbeit“, welche Anforderungen sich für das gemeinschaftliche Wohnen ergeben und wie den Herausforderungen begegnet werden kann. Weitere Informationen: Kuratorium Deutsche Altershilfe, An der Pauluskirche 3, 50677 Köln, Tel.: 02 21/93 18 47-22, E-Mail: annette.scholl@kda.de

Pflegebedürftigkeit und Sozialhilfe nach den neuen Vorschriften. Textausgabe mit Erläuterungen. Von Utz Krahmer. Richard Boorberg Verlag. Stuttgart 2004, 64 S., EUR 13,- *DZI-D-7004*

Mit dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch ab 1. Januar 2005 wird das Sozialhilferecht reformiert und zugleich in das Sozialgesetzbuch als dessen Zwölftes Buch (SGB XII) eingeordnet. Diese Broschüre enthält die einschlägigen Vorschriftentexte des SGB XII mit Erläuterungen für die Praxis zur schnellen Orientierung für Sozialämter, Gemeinden, Städte und Landkreise, vor allem auch für Betroffene, ihre Angehörigen sowie Pflegeeinrichtungen und Sozialdienste.

Ermäßigter Beitrag. Das Bundessozialgericht hat im August 2004 entschieden, dass Altersteilzeitbeschäftigte in der vollständigen Freistellungsphase lediglich Krankenversicherungsbeiträge nach dem ermäßigten Beitragssatz zahlen müssen (Az.: B 12 KR 22/02 R). Der Deutsche Beamtenbund rät allen Betroffenen, bei ihrer Krankenkasse eine Rückerstattung überzahlter Beiträge zu beantragen. Der Erstattungsanspruch verjährt vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Beiträge entrichtet worden sind. *Quelle: dbb magazin 1-2.2005*

PRO-Sozial-Förderpreis-2005. Das „Praxishandbuch Sozial Management“ hat zum zweiten Mal den „PRO-Sozial-Förderpreis“ ausgeschrieben. Gesucht werden innovative Sozialprojekte mit Zukunftsperspektive. Es winken Fördergelder in Höhe von insgesamt 4 500 Euro, Einsendeschluss ist der 1. Juni 2005. Im vergangenen Jahr wurde dieser Förderpreis zum ersten Mal ausgelobt und vergeben an den katholischen Verein für soziale Dienste in Münster e.V. für sein Projekt zur Schuldenprävention für Schüler, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Bezugspersonen, an die Adalbert-Raps-Schule Kulmbach für ihre Future Online Social School Projekt unter dem Motto „Soziale Integration durch technische Innovation“ in Verbindung mit den Werkstätten für behinderte Menschen sowie an den Caritasverband Stuttgart e.V. für sein Projekt „Soziale und sprachliche Integration von Migrantinnen und Migranten durch Begleitung und Unterstützung von MentorInnen“. Weitere Informationen: Praxishandbuch Sozial Management, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, Tel.: 02 28/82 05-74 10, Fax: 02 28/35 93 58 E-Mail: avk@vnr.de

► Gesundheit

Karriere ohne Barriere. Für viele sehr schwer behinderte und hochqualifizierte Menschen ist eine ständige Hilfe am Arbeitsplatz die einzige Chance, eine Beruf ausüben zu

können. Das Rheinische Integrationsamt des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) finanziert derzeit für 108 Personen eine so genannte Arbeitsassistentin. Erst seit wenigen Jahren sind die Integrationsämter in Deutschland durch eine gesetzliche Neuregelung in der Lage, Arbeitsassistentin zu finanzieren. Dadurch sollen Menschen, die auf Grund ihrer Behinderung bestimmte Handreichungen am Arbeitsplatz nicht ausführen können, ansonsten aber in der Lage sind, ihre arbeitsvertraglichen Pflichten zu erfüllen, die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht werden. Diese Hilfestellung übernimmt die Assistentin auf Anweisung der behinderten Beschäftigten. Den Kernbereich ihrer Arbeit müssen die behinderten Personen in jedem Fall selbst bewältigen. Der Personenkreis der Antragstellenden besteht aus Menschen mit körperlichen Behinderungen oder Sinnesbehinderungen im Alter zwischen 26 und 63 Jahren, wobei der Altersschwerpunkt zwischen 30 und 45 Jahren liegt. Die finanziellen Mittel stammen aus der Ausgleichsabgabe. *Quelle: Pressedienst des LVR vom 10. Januar 2005*

Hospize in Sachsen. Im Februar 2005 wurde in Chemnitz ein weiteres Hospiz eingeweiht. Damit stehen in jedem Regierungsbezirk des Freistaates Sachsen stationäre Hospizbetten für Menschen mit Bedarf für besonders aufwändige Pflege und psychosoziale Betreuung in der letzten Lebensphase zur Verfügung. Mit der Inbetriebnahme des Hauses gibt es in diesem Bundesland vier Hospize mit insgesamt 56 Betten. Eine umfassende Begleitung sterbender Menschen und deren Angehörigen ist neben den professionellen Kräften nur mit dem Einsatz ehrenamtlicher Hospizhelferinnen und -helfer leistbar. In Sachsen sind derzeit über 400 ausgebildete Freiwillige im Einsatz. *Quelle: Pressedienst des Sächsischen Ministeriums für Soziales vom 4. Februar 2005*

Vorsorge für Unfall, Krankheit und Alter durch Vollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung. Hrsg. Bayerisches Staatsministerium der Justiz. Verlag C.H. Beck. München 2005, 30 S., + Anhang, EUR 3,90 *DZI-D-7025* Jedem Menschen kann es passieren, dass durch Unfall, Krankheit oder Alter keine eigenen Entscheidungen mehr getroffen werden können. Daher sollte man durch einfache Vorsorge selbst festlegen, wer das im Ernstfall für einen tun kann. Diese Veröffentlichung informiert darüber, was für eine Vorsorge durch Vollmacht spricht und was geschehen kann, wenn keine erteilt wurde, warum eine Generalvollmacht allein nicht ausreicht und was eine Betreuungsverfügung ist, weshalb eine Patientenverfügung wichtig ist und vieles andere mehr. Dieser Wegweiser bietet bundesweit gültige Formulare zu den genannten Verfügungen, die von Fachleuten erarbeitet wurden. Die Rechtslage in Deutschland bis zum November 2004 wurde berücksichtigt.

Parkinsontherapie. Versicherten der Ersatzkassen, die an Parkinson erkrankt sind, steht jetzt eine ambulante, Video gestützte Therapie zur Verfügung. Sie gewährleistet eine exakt auf die individuellen Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten abgestimmte Behandlung. Das in Deutschland bisher einzigartige Projekt zur Sektoren übergreifenden Behandlung von Parkinsonpatienten und -patientinnen wird viele stationäre Krankenhausaufenthalte ersetzen. Durch den Einsatz der Videodokumentation im häuslichen Umfeld können die behandelnden Ärzte Änderungen der

Beweglichkeit über den Tagesablauf verfolgen und die Dosierung der Medikamente jederzeit anpassen. Eine einjährige Studie konnte die Erwartungen an eine verbesserte Diagnostik und Therapie mit diesem Versorgungsmodell belegen. Die Lebensqualität der erkrankten Menschen steigt, die Kosten der Behandlung hingegen sinken. Information: Universitätsklinikum Düsseldorf, Moorenstr. 5, 40225 Düsseldorf, Tel.: 02 11/81-041 73, Fax: 02 11/81-049 08

Versorgung von herzkranken Patientinnen und Patienten. Die Berliner Krankenkassen sowie die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz haben sich auf ein Konzept verständigt, mit dem künftig die Krankenhausversorgung für herzkranken Menschen in Berlin gesteuert werden soll. Das Konzept hat die Sicherstellung einer qualitätsgerechten und leitlinienorientierten Notfallversorgung und Krankenhausbehandlung aller Berliner Patientinnen und Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen zum Ziel. *Quelle: Das Krankenhaus 1.2005*

► **Jugend und Familie**

Familienkasse neuen Zuschnitts. Deutschland gibt vergleichsweise viel Geld für Familien und Kinder aus. Die Effekte der direkten monetären Transferleistungen sind im internationalen Vergleich eher gering. Denn Deutschland hat international die höchste Kinderlosigkeit, obwohl sich die meisten jungen Menschen Kinder wünschen. In der von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt begründeten „Allianz für die Familie“ werden deshalb von der Bundesregierung, der Wirtschaft und den Gewerkschaften neue

Maßnahmen und Instrumente entwickelt, mit denen die Lebensbedingungen für Familien verbessert werden sollen. Die Ministerin lässt derzeit prüfen, wie staatliche Informationen und Leistungen für Familien übersichtlicher und im Ergebnis effektiver organisiert werden können. Positive Erfahrungen anderer europäischer Länder mit so genannten Familienkassen sollen dabei berücksichtigt werden. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom Januar 2005*

Die Rechte gleichgeschlechtlicher Partner sind mit dem Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts weitgehend den Rechten von Ehegatten angeglichen worden. Im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung sind Lebenspartnerinnen und -partner dadurch jetzt in die Hinterbliebenenversorgung und den Versorgungsausgleich einbezogen. Zudem wurde die Möglichkeit eines Rentensplittings auch für eingetragene Lebenspartner geschaffen. Die Novelle trat zum 1. Januar 2005 in Kraft. *Quelle: VDR Info, Informationen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger 1.2005*

Reif für die Insel. Die Schulstation der Wedding-Grundschule. Hrsg. Tandem gBQ GmbH. Videofilm, 25 Minuten. Berlin 2004. EUR 10,- *DZI-D-6969*
In diesem Video wird die vielfältige Arbeit der Schulstation der Wedding-Grundschule in Berlin vorgestellt. Intensive Betreuung von Schülerinnen und Schülern, die dem Unterricht nicht mehr folgen können, Gespräche mit Eltern, aber auch die Ausbildung von Streit Schlichtenden charakteri-

Anzeige EREV

sieren die Tätigkeit dieses Schulprojekts. Ziel des Videos ist es, interessierten Fachleuten und Entscheidungsträgern die Bedeutung von Schulsozialarbeit in der Praxis zu zeigen. Sie erleben so als Zuschauende tägliche Situationen aus der Grundschule, in der die Schulstation eine wichtige Vermittlungs- und Betreuungsarbeit leistet. Bestellanschrift: Tandem gBQGmbH, Bülowstr. 90, 10783 Berlin. Tel.: 030/ 44 33 60 31, Fax: 030/44 33 60 40
E-Mail: e.gurlich@tandembqg.de

Schulische Fördervereine in Berlin vernetzt. Die schulischen Fördervereine in Berlin haben einen Landesverband gegründet, der die Aktivitäten der vielen unterstützenden Vereine an Schulen zusammenführen soll. Der Landesverband Schulischer Fördervereine Berlin e.V. (lsfb) wurde zu Beginn des letzten Jahres von 20 Schulvereinen aus unterschiedlichen Berliner Bezirken gegründet. Inzwischen haben sich fast 100 Fördervereine dem Landesverband angeschlossen. In Berlin gibt es an jeder zweiten Schule einen Förderverein. Im Rahmen einer Tagung der Dachverbände der Schulfördervereine (am 29. und 30. April 2005 in Berlin) soll die Gründung eines Bundesverbandes diskutiert werden. Weitere Informationen unter www.lsfb.de
Quelle: BBE-Newsletter 2.2005

► Ausbildung und Beruf

Anerkennung ausländischer Diplome in der Schweiz. Seit dem In-Kraft-Treten des Personenfreizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sind das Schweizerische Bundesamt für Berufsbildung (bbt) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren für die Anerkennung ausländischer Diplome in Sozialer Arbeit im Hinblick auf die Gleichwertigkeit mit einem entsprechenden schweizerischen Diplom zuständig. Das Verfahren zur Überprüfung wurde detailliert konzipiert und ein erster Pilotkurs für Ausgleichsmaßnahmen (Anpassungslehrgang, Zusatzausbildung, Eignungsprüfung) soll in diesem Jahr durchgeführt werden. Informationen unter www.bbt.admin.ch/dossiers/anerkennt/gleich/dl/index.htm#beurteilung *Quelle: SozialAktuell 3.2005*

Quartiersmanagement. Im März startet die neue Weiterbildung „Quartiersmanagement“ der Fachhochschule Potsdam. Quartiersmanagement gilt als Schlüsselinstrument zur Bewältigung der komplexen Probleme benachteiligter Stadtteile. Die Weiterbildung hat deshalb zum Ziel, die persönlichen Handlungskompetenzen von (potenziellen) Quartiersmanagerinnen und -managern zu erweitern. In anwendungsbezogenen Modulen wird mittels Impulsreferaten, Gruppenarbeit, Selbsterfahrung und Planspielen für entwicklungs- und lösungsorientierte Tätigkeiten, für interdisziplinäre und interkulturelle Arbeitsprozesse qualifiziert. Kontakt und weitere Informationen: Zentrale Einrichtung Weiterbildung der Fachhochschule Potsdam, Tel.: 0331/ 580-24 32, Fax: 03 31/580-24 39
E-Mail: weiterbildungs@fh-potsdam.de

Ehrenamtskoordinatorin/-koordinator. Ab Mai 2005 bietet die Diakonie in Düsseldorf auf der Grundlage des Qualitätshandbuchs Ehrenamt eine berufsbegleitende Weiterbildung an. Information: Diakonie in Düsseldorf, Referat Ehrenamt, Langerstr. 20a, 40233 Düsseldorf, Tel.: 02 11/73 53-361, Fax: 02 11/73 53-291

Tagungskalender

21.-22.4.2005 Freiburg. Fachtagung: Forschung und Praxis ambulanter Hilfen zur Erziehung. Information: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der Ev. Fachhochschule Freiburg, Bugginger Str. 38, 79114 Freiburg, Tel.: 07 61/478 12-24, Fax: 07 61/478 12-22
E-Mail: roennau@efh-freiburg.de

21.-22.4.2005 Berlin. Bundeskonferenz: Gemeinsame Gestaltung von Lern- und Lebenswelten. Zusammenspiel von Kinder- und Jugendhilfe & Schule im Sozialraum. Information: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-200, Fax: 030/400 40-232, E-Mail: agj@agj.de

25.-27.4.2005 Weingarten/Oberschwaben. Seminar: Was ist soziale Kompetenz? Vom Fremdwort zum Arbeitselement. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222
E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

29.-30.4.2005 Köln. Seminar: „Wie geht's dem Kind?“ Einschätzung kindlicher Entwicklung. Information: Kölner Verein für systemische Beratung e.V., Dr.-Simons-Str. 3, 50679 Köln, Tel./Fax: 02 21/88 48 66
E-Mail: kontakt@koelner-verein.de

10.-12.5.2005 Oberhausen. EREV-Bundesfachtagung: Erziehungshilfen und ihre Schnittstellenpartner – gemeinsam in die Zukunft. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V., Flüggestr. 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81

6.6.-8.6.2005 Gelsenkirchen. Veranstaltung: Gewalt im Griff – Methoden der konfrontativen Pädagogik. Information: DBSH Institut zur Förderung der sozialen Arbeit e.V., Niederstr. 12-16, 45141 Essen, Tel./Fax: 320 03-45
E-Mail: info@DBSH-Institut.de

13.-15.6.2005 Heidelberg. Kongress: Integrierte Versorgung: Chancen und Risiken für die Suchtrehabilitation. Information: Fachverband Sucht e.V., Walramstr. 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, Fax: 02 28/21 58 85
E-Mail: u.reingen@sucht.de

13.-16.6.2005 Holland. Fortbildungsreise: Freiwilligenmanagement in Holland. Information: Paritätische Akademie, Tucholskystr. 11, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 04 95-110, Fax: 030/28 04 95-29, E-Mail: haering@akademie.org

18.-19.6.2005 Berlin. Einführungsseminar: Mediation. Information: Institut TRIAGEL e.V., Horstweg 35, 14059 Berlin, Tel.: 030/32 60 93-28, Fax: 030/32 60 93-29
E-Mail: info@Institut-Triangel.de

Bibliographie Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie/ Sozialgeschichte

Binggeli, Ursula: Charlotte Jean-Richard: „Die Zukunft der Sozialen Arbeit ist von weiblicher Denkungsart geprägt!“ - In: Sozial Aktuell ; Jg. 36, 2004, Nr. 21, S. 14-16. *DZI-2220z*

Ellger-Rüttgardt, Sieglind: Sonderpädagogen im Dritten Reich: Der Versuch der Annäherung. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 73, 2004, Nr. 4, S. 350-364. *DZI-0293*

2.01 Staat/Gesellschaft

Beck, Jürgen: Bürgerversicherung: Steht die Verfassung ihrer Einführung entgegen? - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 53, 2004, Nr. 11, S. 386-392. *DZI-0524*

Posselt, Ralf-Erik: Gewalt und Rassismus: Sie fallen nicht vom Himmel ... - Über die Arbeit der Gewalt Akademie Villigst. - In: Thema Jugend ; 2004, Nr. 4, S. 8-9. *DZI-2975*

Reimon, Michel: Die Privatisierungsfälle. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2004, Nr. 4, S. 19-22. *DZI-2610z*

2.02 Sozialpolitik

Beblo, Miriam: Gender Mainstreaming in der mikroökometrischen Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 53, 2004, Nr. 10, S. 253-258. *DZI-0518*

Dörner, Klaus: „Unser Gesundheitswesen ist eine Gesundheitsvernichtungsmaschine“. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 1, S. 32-36. *DZI-2573*

Göhde, Thomas: Gesetz zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 58, 2004, Nr. 9/10, S. 51-62. *DZI-0079z*

Rieckhoff, Christian: Chancen und Risiken einer Altersvorsorge mit Aktienfonds. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 53, 2004, Nr. 11, S. 393-397. *DZI-0524*

Schreyögg, Jonas: Die Reformfähigkeit der Sozialpolitik in Deutschland aus Sicht der ökonomischen Theorie der Pfadabhängigkeit. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 53, 2004, Nr. 10, S. 247-253. *DZI-0518*

Zentner, Annette: Das Ausland in aller Munde: Eine systematische Analyse zum Einfluss anderer Gesundheitssysteme auf die deutsche Reformdebatte. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 58, 2004, Nr. 9/10, S. 24-34. *DZI-0079z*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Alt, Christian: Das DJI-Kinderpanel: Theorie, Design und inhaltliche Schwerpunkte. - In: Zeitschrift für Familienforschung ; Jg. 16, 2004, Nr. 2, S. 101-110. *DZI-3038*

Bach, Heinz W.: Australien musste die Arbeitsmarktreform reformieren: Erhebliche Mängel bei der Evaluation der privaten Agenturen festgestellt. - In: Arbeit und Beruf ; Jg. 55, 2004, Nr. 11, S. 321-327. *DZI-0620*

Ehmer, Susanne: Dialog als kreativer Denkraum in lernenden Organisationen. - In: Organisationsberatung – Supervision – Coaching ; Jg. 11, 2004, Nr. 4, S. 330-340. *DZI-3036*

Großjohann, Klaus: Wie geht es weiter ohne PLAISIR? Zeit- und Personalbemessung in der Pflege. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 84, 2004, Nr. 11, S. 432-434. *DZI-0199*

Hoff, Andreas: Der Wandel informeller Unterstützungsbeziehungen in der zweiten Lebenshälfte: Ergebnisse des Alterssurveys 1996 und 2002. - In: Informationsdienst Altersfragen ; Jg. 31, 2004, Nr. 6, S. 2-6. *DZI-3024*

Hummel, Konrad: Vielfalt ist Bürde und Auftrag: Die Städte brauchen ein interkulturelles Management. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 151, 2004, Nr. 6, S. 206-208. *DZI-0228*

Koch, Susanne: Was bringt Hartz IV für den Arbeitsmarkt? - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 58, 2004, Nr. 9/10, S. 9-23. *DZI-0079z*

Kreft, Wolfgang: Advantage Europa: EURES-Konferenz und EURECA-Jobbörse in der Arbeitsagentur Hamburg. - In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesagentur für Arbeit ; 2004, Nr. 21, S. 19-21. *DZI-2481z*

Leo, Martin: Innovation attraktiv machen: Zeitgemäße Personalentwicklung durch moderne Arbeitskonzepte – aus der Sicht der Mitarbeiter/innen. - In: Krankendienst ; Jg. 77, 2004, Nr. 10, S. 325-330. *DZI-0334*

Wilfing, Heinz: AUS- und FORTbilden: Erste Erfahrungen und neue Konzepte. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2004, Nr. 1, S. 20-21. *DZI-2610z*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Dietrich, Marius: Gerecht und attraktiv: Die interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 151, 2004, Nr. 6, S. 213-215. *DZI-0228*

Drolshagen, Ingrid: Pflege-Beratungskonzept: Ersatzkassen erweitern Service für Versicherte und ihre Angehörigen. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 84, 2004, Nr. 11, S. 435-436. *DZI-0199*

Dvorak, Karl: FH-Diplomstudiengang

St. Pölten: Geschichte und Entwicklung. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2004, Nr. 1, S. 14-16. *DZI-2610z*

Galas, Eckart: Krankenkassen stellen kieferorthopädische Versorgung in Niedersachsen sicher. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 58, 2004, Nr. 9/10, S. 35-43. *DZI-0079z*

Jenull-Schiefer, Brigitte: Aktivierungsangebote in Pflegeheimen: Eine Studie zur Inanspruchnahme und Zufriedenheit. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 37, 2004, Nr. 5, S. 393-401. *DZI-2309z*

Mittelbach, Axel: „Den Tagen mehr Leben geben...“: Aus der Arbeit eines ambulanten Hospizes. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 84, 2004, Nr. 11, S. 437-439. *DZI-0199*

Sandkamp, Michael: Lebens-Räume schaffen: ein etwas zorniges Plädoyer für die Pädagogisierung unserer Schulen. - In: Thema Jugend ; 2004, Nr. 4, S. 2-4. *DZI-2975*

4.00 Sozialberufe/ Soziale Tätigkeit

Ballast, Thomas: Der neue Einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen (EBM) kommt: Chancen und Risiken. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 84, 2004, Nr. 11, S. 444-446. *DZI-0199*

Fricke, Astrid: Familienverfahrensrecht für Sozialarbeiter: Teil 2. - In: Kindschaftsrechtliche Praxis ; Jg. 7, 2004, Nr. 6, S. 218-223. *DZI-3026*

Fürst, Helmut Karl: Über die Kunst der Verschleierung: Betrachtungen eines Berufsumsteigers. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2004, Nr. 1, S. 17-19. *DZI-2610z*

Grammer, Ilona: Pflegestudium rund-erneuert. - In: neue caritas ; Jg. 105, 2004, Nr. 21, S. 21-22. *DZI-0015z*

Sell, Stefan: Hochschulausbildung für Erzieherinnen zwischen Wunsch, Wirklichkeit und Hartz IV: Ein Blick auf die Landschaft neuer Studienmodelle. - In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik ; 2004, Nr. 9/10, S. 88-93. *DZI-0357*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Husi, Gregor: Wohin entwickelt sich die Gesellschaft? Welche Kompetenzen benötigt die künftige Soziale Arbeit? - In: Sozial Aktuell ; Jg. 36, 2004, Nr. 21, S. 6-11. *DZI-2220z*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Eirich, Martina: Bei der Geburt dabei? - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 14, 16-17. *DZI-0608*

Gründler, Elisabeth: Kurieren mit Yin und Yang. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 1, S. 64-65, 67-69. *DZI-2573*

Rudkowski, Tanja: Kassenspezifischer Kennzahlenvergleich als Grundlage für indikationsbezogenes Kostenmanagement in der stationären Psychiatrie. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 84, 2004, Nr. 11, S. 448-451. *DZI-0199*

5.03 Psychologie

Blank-Mathieu, Margarete: Ich und die Anderen: Wie Kinder im Wechselspiel mit anderen Menschen ihre Persönlichkeit bilden. - In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik ; 2004, Nr. 9/10, S. 67-71. *DZI-0357*

Schmid, Wilhelm: Mit sich selbst befreundet sein. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 1, S. 48-51. *DZI-2573*

Sodian, Beate: Die Entwicklung des Denkens: Vom Vorschul- zum Grundschulalter. - In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik ; 2004, Nr. 9/10, S. 12-16. *DZI-0357*

5.04 Erziehungswissenschaft

Ackermann, Karl-Ernst: Heilpädagogik als Profession und als Disziplin. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 73, 2004, Nr. 4, S. 344-349. *DZI-0293*

Ahrbeck, Bernd: Hörgeschädigtenpädagogik im Umbruch. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 55, 2004, Nr. 11, S. 482-486. *DZI-0200*

Butzkamm, Jürgen: Wie Kinder zur Sprache kommen. - In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik ; 2004, Nr. 9/10, S. 62-66. *DZI-0357*

Griebhammer, Tanja: Interkulturelle Kompetenz im Studium fördern: Eine Servicestelle vermittelt Angebote für Studentenwerke. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 151, 2004, Nr. 6, S. 230-232. *DZI-0228*

Klassen, Michael: Nachgraduierung, Bachelor- und Masterstudiengänge. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2004, Nr. 1, S. 23-25. *DZI-2610z*

Lob-Hüdepohl, Andreas: Bachelor und Master bekommen Profil. - In: neue caritas ; Jg. 105, 2004, Nr. 21, S. 9-13. *DZI-0015z*

Müller, Klaus D.: Impulse zur Leseförderung in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe. - In: Unsere Jugend ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 516-520. *DZI-0135*

Pantucek, Peter: Bildung nach der Akademie: Ein Rundgang durch eine sich rasch verändernde Landschaft. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2004, Nr. 1, S. 26-28. *DZI-2610z*

Senckel, Barbara: „Bildung“ – zur Aktualität eines „veralteten“ Begriffes. - In: Unsere Jugend ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 504-509. *DZI-0135*

Valtin, Renate: IGLU und einige Problemzonen der deutschen Bildungspolitik. - In: Unsere Jugend ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 498-503. *DZI-0135*

5.05 Soziologie

Schreyögg, Astrid: Was hat Work-Life-Balance mit dem Protestantismus zu tun? Zu Max Webers Religionssoziologie. - In: Organisationsberatung – Supervision – Coaching ; Jg. 11, 2004, Nr. 4, S. 352-364. *DZI-3036*

5.06 Recht

Bütler, Charlotte: Veränderungen in der Sozialhilfe. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 36, 2004, Nr. 21, S. 20-21. *DZI-2220z*

Dröbler, Thomas: Stichwort: Hartz IV. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 10, 2004, Nr. 5, S. 299-302. *DZI-3005*

Pothmann, Jens: Kinder- und Jugendhilfegesetz auf dem Prüfstand der Föderalismuskommission. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 7, 2004, Nr. 2, S. 3-4. *DZI-3022*

Raiser, Ulrich: Die Rückkehr des Lokalen: europäische Asylrechtsharmonisierung und die Rolle der Städte. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 151, 2004, Nr. 6, S. 209-212. *DZI-0228*

Reitmaier, Andrea: Die Verletzung der Unterhaltspflicht nach § 170 StGB: Ein Erfahrungsbericht aus der staatsanwaltschaftlichen Praxis. - In: Kindschaftsrechtliche Praxis ; Jg. 7, 2004, Nr. 6, S. 211-214. *DZI-3026*

Sieben, Stefan: Zwischen Verfassungswirklichkeit und nachvollziehbarer Beitragsberechnung: Kinder-Berücksichtigungsgesetz in der sozialen Pflegeversicherung. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 84, 2004, Nr. 11, S. 428-431. *DZI-0199*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Barth, Wolfgang: Kein Jahrzehnt der Integration. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 151, 2004, Nr. 6, S. 216-219. *DZI-0228*

Borchert, Ulrich: Wenn ein Förster Sozialarbeit macht - In: neue caritas ; Jg. 105, 2004, Nr. 21, S. 14-17. *DZI-0015z*

Fürst, Roland: Sind die FH-Diplomstudiengänge der Phönix, der mit seiner Asche nichts mehr zu tun haben will? - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2004, Nr. 1, S. 9-11. *DZI-2610z*

Hege, Marianne: Individualisierung im Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit. - In: Supervision ; 2004, Nr. 3, S. 11-18. *DZI-2971*

Seydel, Stefan M.: Soziale Arbeit als professionelle Rebellion. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 36, 2004, Nr. 21, S. 17-19. *DZI-2220z*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Keupp, Heiner: Identitätsarbeit und Wertorientierung in einer globalisierten Netzwerkgesellschaft. - In: Supervision ; 2004, Nr. 3, S. 28-41. *DZI-2971*

Schmidt-Lellek, Christoph J.: Kitsch in Beratung und Psychotherapie als Ausdruck eines verkürzten Menschenbildes. - In: Organisationsberatung – Supervision – Coaching ; Jg. 11, 2004, Nr. 4, S. 379-394. *DZI-3036*

Serafin, Eva: Einführung von Supervision, Coaching und Teamentwicklung bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. - In: Supervision ; 2004, Nr. 3, S. 51-57. *DZI-2971*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Burk, Rainer: Die richtige Kennzahl ermitteln. - In: Altenheim ; Jg. 43, 2004, Nr. 11, S. 36-38. *DZI-1449*

Jäger, Cornelia: Keine Zeit für qualifizierte Hilfeplanung? - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 10, 2004, Nr. 5, S. 269-273. *DZI-3005*

Thiele, Albert: Deutscher Altenpflege-Monitor 2004: Erste repräsentative Studie zu den Erwartungen und Einstellungen zukünftiger und potenzieller Altenpflegekunden in Deutschland. - In: Heim und Pflege ; Jg. 35, 2004, Nr. 11, S. 314-317. *DZI-2496z*

Wolters, Willi: Ernährungsdefizite vermeiden. - In: Altenheim ; Jg. 43, 2004, Nr. 11, S. 40-42. *DZI-1449*

6.04 Jugendhilfe

Beneke, Doris: Ausbau der Kinderbetreuung durch Tagespflege – Chance oder Risiko? Anmerkungen zum aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung. - In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik ; 2004, Nr. 9/10, S. 94-95. *DZI-0357*

Fendrich, Sandra: Demografische Entwicklung und Jugendhilfe in Ostdeutschland. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 7, 2004, Nr. 2, S. 2-3. *DZI-3022*

Meier, Rüdiger: Vorläufiger Stopp der „Sozialraumbudgetierung“ der ambulanten Jugendhilfe in Hamburg. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 10, 2004, Nr. 5, S. 304-307. *DZI-3005*

Schaefer, Marlies: Wo bleibt Ihre Zeit? Auf der Suche nach unentdeckten Strukturschätzen. - In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik ; 2004, Nr. 9/10, S. 96-98. *DZI-0357*

Schilling, Matthias: Das TAG – nicht nur eine finanzielle Herausforderung für die Kommunen. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 7, 2004, Nr. 2, S. 1-2. *DZI-3022*

Stähr, Axel: Zulässigkeit der Auswahl von freien Trägern im Rahmen des Konzepts der Sozialraumorientierung. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 10, 2004, Nr. 5, S. 307-311. *DZI-3005*

6.05 Gesundheitshilfe

Clausen, Kerstin: Die Bedeutung der Ernährung für die kindliche Entwicklung. - In: Theorie und Praxis der Sozialpäda-

gogik ; 2004, Nr. 9/10, S. 84-87.
DZI-0357

Maris, Bartholomeus: Schwangerenversorgung nach Maß. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 56-57. *DZI-0608*

Müller-Mettnau, Tine: Schwanger stillen – Tandemstillen. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 21-24. *DZI-0608*

Sonntag, Dilek: Deutsche Suchthilfestatistik 2003 für stationäre Einrichtungen. - In: Sucht ; Jg. 50, 2004, Nr. S1, S. S32-S53. *DZI-0964z*

Tenzer, Eva: Macht Lärm krank? - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 1, S. 60-62. *DZI-2573*

7.01 Kinder

Büttner, Christian: „Ich Tarzan, du Jane!“ Warum Jungen immer jagen müssen und Mädchen die Höhlen pflegen. - In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik ; 2004, Nr. 9/10, S. 56-61. *DZI-0357*

Heyl, Vera: Freundschaften im mittleren und höheren Erwachsenenalter: Der lange Arm frühkindlicher Erfahrungen. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 37, 2004, Nr. 5, S. 357-359. *DZI-2309z*

Jung-Hankel, Lothar: Für ein Kind gehört alles Schöne zur Liebe: Über die religiöse Entwicklung im Kindesalter. - In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik ; 2004, Nr. 9/10, S. 36-40. *DZI-0357*

Munsch, Chantal: Straßenkinder in Tadschikistan. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 10, 2004, Nr. 5, S. 295-298. *DZI-3005*

Nolden, Ulrich: Straßen-Kinder-Projekt: Spielen und Lernen auf Kölner Straßen. - In: Thema Jugend ; 2004, Nr. 4, S. 11-12. *DZI-2975*

Nuber, Ursula: Der lange Schatten der Kindheit. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 1, S. 20-27. *DZI-2573*

Sasse, Ada: Den Kindern das Wort geben: Zugänge zur Schriftkultur in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. - In: Unsere Jugend ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 510-515. *DZI-0135*

Stöppler, Reinhilde: Warum geht meine Schwester auf Rädern? Ein „anderes“ Thema für den Schulunterricht. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 55, 2004, Nr. 12, S. 525-534. *DZI-0200*

Wilhelm, Klaus: Fremde Betreuung – gute Betreuung. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 1, S. 28-30. *DZI-2573*

7.02 Jugendliche

Busch, Herbert: Extremsatanismus und sexuelle Gewalt: Ernst nehmen oder verdrängen? - In: Thema Jugend ; 2004, Nr. 4, S. 10-11. *DZI-2975*

Dölker, Frank: Chancen und Herausforderungen für die Jugendarbeit auf dem Land durch internationale Jugendarbeit.

- In: Unsere Jugend ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 532-540. *DZI-0135*

Edelkott, Elke: Eine zerbrechliche Beziehung: Erfahrungen aus der Arbeit des SkF mit jungen Müttern und ihren Kindern. - In: Thema Jugend ; 2004, Nr. 4, S. 4-5. *DZI-2975*

Weidenkaff, Ingo: Jugendkulturen und Szenen im Wandel. - In: Thema Jugend ; 2004, Nr. 4, S. 6-7. *DZI-2975*

7.03 Frauen

Niehaus, Mathilde: Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse behinderter Frauen im Sozialgesetzbuch IX – Anspruch und Wirklichkeit. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 55, 2004, Nr. 12, S. 535-540. *DZI-0200*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Alt, Christian: Deine Familie, meine Familie? Die Perspektiven von Müttern und ihren Kindern. - In: Zeitschrift für Familienforschung ; Jg. 16, 2004, Nr. 2, S. 111-129. *DZI-3038*

Bodenmann, Guy: Eine deutschsprachige Replikation der Paartypologie von Gottman. - In: Zeitschrift für Familienforschung ; Jg. 16, 2004, Nr. 2, S. 178-193. *DZI-3038*

Klößner, Christian A.: Familie aus der Perspektive von Kindern zwischen neun und 14 Jahren. - In: Zeitschrift für Familienforschung ; Jg. 16, 2004, Nr. 2, S. 130-143. *DZI-3038*

Ohling, Maria: Die Kinderbetreuung und die allein erziehende Mutter. - In: Unsere Jugend ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 522-531. *DZI-0135*

Seiffge-Krenke, Inge: Wie erleben Väter Familienbeziehungen während der turbulenten Zeit der Adoleszenz ihrer Kinder? - In: Zeitschrift für Familienforschung ; Jg. 16, 2004, Nr. 2, S. 144-155. *DZI-3038*

Stock, Tatjana: Geschwister mit Diplom. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; Jg. 56, 2004, Nr. 12, S. 6-8. *DZI-0608*

7.05 Ausländer/Aussiedler

Hügel, Volker Maria: Wenige Gewinner, viele Verlierer: Die Migrationsberatung und das Zuwanderungsgesetz. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 151, 2004, Nr. 6, S. 220-222. *DZI-0228*

Süssmuth, Rita: Zuwanderung und Integration. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 151, 2004, Nr. 6, S. 203-205. *DZI-0228*

7.09 Kriegsoffer/Opfer von Gewalttaten

Dimitz, Georg: Die „moralische Profession“ im Härtesten: Über Sozialarbeit mit (unbegleiteten minderjährigen) Flüchtlingen. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2004, Nr. 4, S. 4-6. *DZI-2610z*

Urbanek, Felicitas: Leben auf Abruf: Flüchtlingskinder und ihre Eltern in Asylbewerberheimen. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 151, 2004, Nr. 6, S. 227-229. *DZI-0228*

7.10 Behinderte/ kranke Menschen

Benkmann, Rainer: Helfen im gemeinsamen Unterricht: Förderliche Prozesse in der veränderten Schuleingangsphase. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 73, 2004, Nr. 4, S. 377-387. *DZI-0293*

Haenselt, R.: Zur Evaluation von angeleiteten Gesprächsgruppen für pflegende Angehörige von Demenzzkranken: Ergebnisse des GENA-Projektes in Mecklenburg-Vorpommern. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 37, 2004, Nr. 5, S. 402-410. *DZI-2309z*

Hörl, Josef: Gewalt gegen pflegebedürftige alte Menschen in der Familie: ein Zukunftsthema für die Generationenbeziehungen? - In: Zeitschrift für Familienforschung ; Jg. 16, 2004, Nr. 2, S. 194-215. *DZI-3038*

Rohrmann, Eckhard: Zwanzig Jahre Vorrang ambulanter Hilfen und die Beharrlichkeit muraler Dominanz. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 55, 2004, Nr. 11, S. 497-502. *DZI-0200*

Waldschmidt, Anne: „Behinderung“ revisited – das Forschungsprogramm der Disability Studies aus soziologischer Sicht. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 73, 2004, Nr. 4, S. 365-376. *DZI-0293*

7.13 Alte Menschen

Steiner, Barbara: Integration und Selbsthilfe durch intergenerative und interkulturelle Begegnung: Wohnen und Leben von älteren Migranten im Quartier – das Stuttgarter Generationenhaus West. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 151, 2004, Nr. 6, S. 223-226. *DZI-0228*

Wiesmann, Ulrich: Motorische Handlungskompetenz und Lebensqualität älterer aktiver Menschen. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 37, 2004, Nr. 5, S. 377-386. *DZI-2309z*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen: Tel.: 030/ 83 90 01-13, Fax: 030/831 47 50 E-Mail: bibliothek@dzi.de

Kommunale Gesundheitsförderung. Gesundheit gemeinsam gestalten 2. Hrsg. Eberhard Göpel und Viola Schubert-Lehnhardt. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2004, 257 S., EUR 19,80 *DZI-D-6885*

Integrierte Programme der Stadt- und Gemeindeentwicklung (Gesunde Städte, Lokale Agenda 21, Soziale Stadt) weisen den Kommunen eine zentrale Funktion für die öffentliche Gesundheitsförderung zu, denn hier wird konkret über die gesundheitlichen Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen, Frauen und Männern, In- und Ausländern entschieden. Die Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes plädieren für eine Wiederbelebung des Kommunalen in Deutschland. Sie vermitteln vielfältige Anregungen für eine gemeindebezogene Gesundheitsförderung und eine öffentliche Gesundheitspolitik, die die politische Handlungsfähigkeit der Kommunen stärkt.

Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Grundlagen und Arbeitshilfen für die Praxis. Von Hiltrud von Spiegel. Ernst Reinhardt Verlag. München 2004, 269 S., EUR 24,90 *DZI-D-6861*

„Berufliches Können“ braucht zentrale, auch wissenschaftlich begründbare Arbeitsregeln. Oft fehlen den Fachleuten in der Praxis, aber auch den Studierenden das Rüstzeug für die Planung und Nachbereitung ihrer Arbeit. Eine bestimmte Methode wird intuitiv ausgewählt. Warum diese aber in einer gegebenen Situation angemessen ist, bleibt unklar. Das methodische Handeln zeigt hier Auswege auf, indem es Hilfen für eine systematisch geplante und reflexive Arbeit bietet. Diese Buch ist mit seinem „Werkzeugkasten“ eine wichtige Hilfestellung für das Studium und die Praxis der Sozialen Arbeit.

„Wir sagen euch, was wir brauchen, und ihr plant mit uns.“ Partizipation von Mädchen und jungen Frauen in der Jugendhilfeplanung. Von Elke Schimpf und Ulrike Leonhardt. Kleine Verlag. Bielefeld 2004, 159 S., EUR 17,80 *DZI-D-6933*

In diesem Buch wird ein Partizipationsmodell vorgestellt, das Adressatinnen der Jugendhilfe in Planungsprozessen einen Expertinnenstatus gibt. Ausgangspunkt bildet eine qualitative Studie mit Mädchen und jungen Frauen, in der gezeigt wird, wie Bedürfnisse artikuliert, interpretiert und als Bedarf in Fachdiskurse eingebracht und bewertet werden. Im ersten Teil erfolgt eine Standortbestimmung und Zusammenschau theoretischer Erkenntnisse, die zur Planung, Durchführung und Auswertung von Beteiligungsprozessen in der Jugendhilfe relevant sind. Daran anschließend wird eine eigene qualitative Erhebung vorgestellt, in welcher vor allem sozialräumliche Erfahrungen, Handlungsweisen und Deutungsmuster von acht- bis 19-jährigen Mädchen und jungen Frauen beschrieben werden. Daraus werden Schlussfolgerungen für eine Bedarfsbestimmung und konkrete Empfehlungen für die Jugendhilfeplanung abgeleitet.

Zur Wirksamkeit von Qualitätsmanagement in Altenpflegeeinrichtungen. Von Bernd Seeberger. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2004, 339 S., EUR 35,–

DZI-D-6918

Der Gesetzgeber fordert ein „funktionierendes Qualitätsmanagementsystem“ für Pflegeeinrichtungen. Qualitätsmanagement (QM) kann zwar Arbeitsabläufe steuern und neu ausrichten, jedoch bleibt es nur ein Reorganisationsprogramm, um Einrichtungen und deren Abläufe nach den Grundsätzen des QM zu strukturieren. Es ist ein Führungsansatz, der von der Industrie übernommen, aber bisher nie auf seine Effektivität und Effizienz im Pflege- und Gesundheitswesen überprüft wurde. Während einer dreijährigen Evaluationsstudie ist der Autor der Frage nach einer möglichen Wirksamkeit von QM-Ansätzen nachgegangen. Ziel des Buches ist es, die möglichen Programm- oder Wirkungseffekte mit Hilfe von Personalbefragungen bei Führungspersonen und Mitarbeitenden der Pflege in Altenpflegeeinrichtungen zu erfassen und zu interpretieren. Trotz kurzfristig positiver Effekte bleibt offen, ob diese nicht auch mit weniger Aufwand hätten erreicht werden können.

Borderline: Das Selbsthilfebuch. Von Andreas Knuf und Christiane Tilly. Psychiatrie-Verlag. Bonn 2004. 175 S., EUR 12,90 *DZI-D-6926*

Dieser Ratgeber basiert auf den Erfahrungen vieler Menschen, die an der Borderlineerkrankung leiden, sowie auf dem Wissen erfahrener Borderlinetherapeutinnen und -therapeuten. Er bietet Anregungen und Empfehlungen, mit zentralen Problembereichen der Krankheit angemessener umzugehen. Ob es um selbstverletzendes Verhalten, das Empfinden der inneren Leere oder um die Bewältigung traumatischer Erfahrungen geht – immer gibt es Möglichkeiten, nicht im Borderlineerleben zu versinken. Ein Fragebogen und Hinweise auf Bücher, Adressen und weiterführende Hilfen sollen Betroffene auf dem Weg zur persönlichen Stabilisierung begleiten.

Kinder- und Jugendhilferecht. SGB VIII – KJHG. Handwörterbuch. Hrsg. Reinhard Joachim Wabnitz. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2004. 237 S., EUR 20,– *DZI-D-6931*

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein großes Aufgabenfeld innerhalb des Sozialwesens in Deutschland. Die zentrale Rechtsgrundlage für fachliches Handeln ist das Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII), welches durchgängig enge Bezüge sowohl zum Zivilrecht, insbesondere zum Familienrecht, wie auch zur Sozialarbeit und zur Sozialpädagogik aufweist. Dieses Handwörterbuch bietet eine konzentrierte und verständliche Darstellung der Materie, erklärt rund 190 Fachbegriffe des SGB VIII sowie der angrenzenden Rechtsgebiete des Zivil-, Sozial- und sonstigen öffentlichen Rechts und erläutert alle wesentlichen Rechtsfragen und Rechtsgrundlagen zum Beispiel zu den Bereichen Kindergarten, Jugendverbände, Trennung- und Scheidungsberatung, Hilfe zur Erziehung oder Jugendamt.

Familienrecht in der Sozialarbeit. Schnell nachschlagen – leicht verstehen. Von Finn Zwißler. Walhalla Fachverlag. Regensburg 2004, 160 S., EUR 19,90 *DZI-D-6967*

Die zentrale Bedeutung der Familie in der Gesellschaft ist in Gesetzgebung und Rechtsprechung umfassend verankert. Fundierte Kenntnisse im Familienrecht sind deshalb

eine wesentliche Voraussetzung für eine qualifizierte Arbeit sozialberatender Institutionen. Dieses Nachschlagewerk erspart zeitaufwändige Recherchen. Systematisch erläutert finden die Leserinnen und Leser familienrechtlich relevante Vorschriften für die tägliche Beratung einschließlich aller notwendigen Zusatzinformationen, zum Beispiel zum Recht in der Ehe, zur Scheidung der Ehe, zum Abstammungsrecht, zur Vormundschaft und Pflegschaft. Diese Zusammenstellung ist als Handbuch für die Praxis sowie für Ausbildung und Studium gedacht.

Arme habt ihr allezeit! Ein Plädoyer für eine armutsorientierte Diakonie. Von Steffen Fleßa. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2003, 184 S., EUR 21,90
DZI-D-6966

„Arme habt ihr allezeit bei euch!“ Wer sich mit den Problemen der Armut beschäftigt, wird diesem Wort aus dem Johannesevangelium (Joh. 12,8) größte Aktualität bescheinigen. Nicht nur international, sondern auch in Deutschland ist sie ein wachsendes Problem, das Menschen ausgrenzt, ihrer Chancen beraubt und unglücklich macht. Aber viele kirchliche und diakonische Einrichtungen widmen sich anderen Zielgruppen als den materiell Armen. In dieser Programmschrift plädiert der Autor mit Argumenten aus der Theologie und den Wirtschaftswissenschaften dafür, dass Arme die primäre Zielgruppe christlicher Diakonie sein müssen. Entscheidungsträgern auf allen Ebenen der Diakonie wird ein Leitfaden an die Hand gegeben, die Angebote und Leistungen für ihre Zielgruppen neu zu überdenken.

Stufen zur Akademisierung. Wege der Ausbildung für Soziale Arbeit von der Wohlfahrtsschule zum Bachelor-/Mastermodell. Von Elke Kruse. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2004, 265 S., EUR 27,90

DZI-D-6935

In dieser Studie wird die historische Entwicklung der heutigen Hochschulausbildung für Sozialarbeit und Sozialpädagogik von der Gründung erster Ausbildungsstätten bis hin zur derzeit aktuellen Studienstrukturreform mit Bachelor und Master im Hinblick auf die Erfordernisse einer weiterführenden Studienreform nachgezeichnet. Durch Verknüpfung bisher oftmals unverbundener Sichtweisen auf die Facetten der Hochschulausbildung und ihrer Geschichte werden unter Einbeziehung aller für die heutigen Studiengänge relevanten Ausbildungsstränge wiederkehrende Themen herausgefiltert, die Orientierungspunkte für zukünftige Ausbildungsreformen darstellen.

Praxis Krisenintervention. Ein Handbuch für helfende Berufe: Psychologen, Ärzte, Sozialpädagogen, Pflege- und Rettungskräfte. Hrsg. Wolf Müller und Ulrike Scheuermann. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart 2004, 351 S., EUR 27,–

DZI-D-6943

In Zeiten knapper Ressourcen gewinnt Krisenintervention immer größere Bedeutung: Vielerorts entstehen Krisendienste und psychosoziale Einrichtungen nehmen Krisenintervention in ihr Tätigkeitsprofil auf. Dieses Sammelwerk gibt eine praxisnahe Einführung in die Thematik, zeigt auf, wie Krisenintervention gelehrt und gelernt werden kann und erhellt die Hintergründe der Arbeit mit speziellen Ziel-

Neues zum Fundraising
im Fundraising-Weblog.
Tagesaktuell.

www.sozialbank.de

Die Bank für Wesentliches.



Bank
für Sozialwirtschaft

gruppen wie Angehörigen psychisch Erkrankter, Suizidgefährdeten, Menschen mit geistiger Behinderung, Traumatisierten nach Unglücken oder Anschlägen.

Adipositas-Therapie bei übergewichtigen Kindern.

Ein Vergleich. Von Sonja Lehrke. Verlag Dr. Kovac. Hamburg 2004. 217 S., EUR 78,- *DZI-D-6970*

Die Zahl übergewichtiger Kinder ist in den letzten Jahren rapide angestiegen. In Anbetracht der vielfältigen medizinischen und psychosozialen Folgebelastungen der Adipositas, der hohen Persistenzraten sowie der geringen Effektivität von therapeutischen Maßnahmen im Erwachsenenalter besteht eine dringende Notwendigkeit für möglichst frühzeitig einsetzende effektive Interventionen. Diese Arbeit soll hierzu einen Beitrag leisten. Nach einer theoretischen Einführung in die Thematik wird eine empirische Therapiestudie vorgestellt, in deren Rahmen ein multimodales, verhaltenstherapeutisch orientiertes Therapieprogramm mit zusätzlichen systemischen Komponenten evaluiert wurde.

Internet und Arbeitsrecht. Dritte, aktualisierte Auflage. Von Wolfgang Däubler. Bund-Verlag. Frankfurt am Main 2004, 309 S., EUR 24,90 *DZI-D-6971*

Das Internet hat die Rechtswissenschaft erreicht. Gerichte befassen sich mit virtuellen Hausverboten, Internetauktionen und unerwünschten Werbemails. Der Gesetzgeber hat bereits viele neue Regelungen geschaffen, andere sind auf den Weg gebracht. Ob es um privates Surfen, um Probleme des Datenschutzes oder um Mitbestimmungsrechte des Betriebs- oder Personalrats geht, das Internet wirft auch in der Arbeitswelt zahlreiche Probleme auf. Der Autor gibt unter anderem Antworten auf die Fragen: Dürfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren dienstlichen Internetanschluss auch privat nutzen? Darf der Arbeitgeber die E-Mails der Beschäftigten lesen? Welchen Inhalt sollten Internet- oder E-Mail-Betriebsvereinbarungen haben? Wie verhält es sich mit dem Datenschutz? Was ist zu beachten, wenn die Arbeitsabläufe nur noch über das Netz erfolgen? Der Ratgeber gibt viele Hinweise zur Lösung betrieblicher Fragen und enthält Formulierungsvorschläge für Betriebsvereinbarungen.

Impressum

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83

90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail:

koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof.

Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns Berlin;

Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin);

Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Holger Gerecke (Senatsverwaltung für Gesund-

heit, Soziales und Verbraucherschutz); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen

e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset

(Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg;

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin;

Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Hildebrand Ptak (Evangelische Fachhochschule Berlin); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport); Frank Walter, Berlin;

Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin,

Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.

dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. MwSt. und Versandkosten)

Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasser/-innen dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin

Druck: Offsetdruckerei Gerhard Weinert GmbH, Saalburgstr. 3, 12099 Berlin

ISSN 0490-1606